

# Das Parlament

Berlin, 12. September 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 37-38 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Ein grüner König

Charles III. Mit 73 Jahren ist der neue König des Vereinigten Königreiches und Nordirlands sowie 14 weiteren souveränen Staaten – darunter Australien, Kanada und Neuseeland – bei der Thronbesteigung nicht nur der älteste, sondern auch der am besten vorbereitete Monarch in der britischen Geschichte. Und doch gilt der erstgeborene Sohn von Queen Elizabeth II., die am vergangenen Donnerstag im Alter von 96 Jahren und nach 70-jähriger Regentschaft verstarb, als ein grüner König. Neben seinem ausgeprägten Interesse für Architektur und Stadtplanung engagierte sich Charles bereits seit den 1980er Jahren durchaus meinungsstark für Naturschutz und ökologische Landwirtschaft. Wiederholt sprach er sich vehement für verstärkte Maßnahmen zum Klimaschutz aus.



© picture-alliance / Zoonar / Petra Schüller

## ZAHL DER WOCHE

16

**Premierminister** hat Queen Elizabeth II. während ihrer 70-jährigen Regentschaft erlebt. Mit Ausnahme von Winston Churchill, der bei ihrer Thronbesteigung 1952 bereits regierte, wurde alle britischen Regierungschefs von ihr ernannt – zuletzt Liz Truss nur zwei Tage vor dem Tod der Monarchin.

## ZITAT DER WOCHE

»Sie war die Monarchin des Jahrhunderts.«

**Bundestagspräsidentin Bärbel Bas** würdigte am vergangenen Freitag die Tags zuvor verstorbene Königin Elizabeth II. und ihren Beitrag für die Aussöhnung zwischen Briten und Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Bundestag gedachte der Monarchin mit einer Schweigeminute.

## IN DIESER WOCHE

**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**  
**Umwelt** Das Haus von Ministerin Steffi Lemke will mehr investieren **Seite 4**

**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**  
**Bau** Opposition kritisiert Miet- und Bauetat der Regierung **Seite 5**

**INNENPOLITIK**  
**Familie** Streit um Bundesprogramm zur Förderung von Sprach-Kitas **Seite 6**

**EUROPA UND DIE WELT**  
**Verteidigung** Rekordausgaben aus Wehr-Etat und Sondervermögen **Seite 8**

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
64546 Mörfelden-Walldorf



# Krise, Krise, Krise

**GENERALDEBATTE** Merz und Scholz streiten über den richtigen Weg in eine bessere Zukunft

**F**riedrich Merz gegen Olaf Scholz, der Oppositionsführer gegen den Kanzler – das Duell der Matadore scheint die Gemüter der beiden Kontrahenten zuverlässig in Wallung zu bringen. Zu beobachten war das zuletzt wieder am vergangenen Mittwoch in der Generaldebatte zur ersten Beratung des Haushaltsplans 2023. (20/3100). Ein engagierter Unionsfraktionschef attackierte, ein engagierter Kanzler keilte zurück. Merz warf der Regierung Versagen auf ganzer Linie vor. Es fehle den Ampelparteien der Kompass und „jede Fähigkeit zum politisch-strategischen Denken.“ Die „hochkomplexen Fragen der Energiepolitik und der Versorgungssicherheit“ hätte Scholz nicht Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) überlassen dürfen, der in Partei und Apparat von Lobbyisten der Umweltpolitik umgeben sei, „die alles zur Strecke bringen, was auch nur einigermaßen Aussicht auf Erfolg hat, diese Krise in den Griff zu bekommen.“

**Streit um AKW** Wer wolle, dass die Preise sinken, der müsse dafür sorgen, dass auf der Angebotsseite genug Energie zur Verfügung stehe, sagte Merz, der dabei zuallererst an die drei noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke denkt. Mit Blick auf deren geplante Abschaltung rief er dem Kanzler zu: „Stoppen Sie diesen Irrsinn in Ihrer Regierung, solange Sie die Zeit noch haben.“ Über das aktuell größte Problem, die Geldentwertung, gehe die Regierung „mit einer bemerkenswerten Ignoranz hinweg“. Die Sommerpause habe die Koalition im Streit verbracht und herausgekommen sei „wieder einmal ein Sammelsurium an Kompromissen auf dem Niveau des kleinsten gemeinsamen Nenners“, so Merz zum 65-Milliarden-Euro-Entlastungspaket. Die Regierung sei „weit davon entfernt, sachgerechte Antworten auf die gewaltigen Herausforderungen zu geben. 300 Euro für jeden Haushalt? Bräuchten nicht andere mit einem Durchschnittseinkommen von vielleicht 1.500, 1.600 Euro netto eher 1.000 Euro, statt alle 300?“, fragte Merz. Nach einer halben Stunde Zuhören reichlich geladen trat dann der Kanzler ans Rednerpult, verabschiedete sich von seinem vorbereiteten Manuskript und ging zum Gegenangriff über. „Wer Spaltung herbeiredet, der gefährdet den Zusammenhalt in diesem Land. Und das ist jetzt das Falsche“, sagte Scholz. Und an Merz gewandt: „Unterschätzen Sie unser Land nicht. Unterschätzen Sie nicht die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Wir haben eine gute Tradition, uns unterzuhaken, wenn es schwierig wird.“ Dann erklärte er der Union, dass es heute weniger Probleme gäbe, wenn es in der Vergangenheit weniger Versäumnisse gegeben hätte. Das zielt auf die Energiepolitik der Kanzlerin Angela Merkel. Die Union habe einige Auslegescheidungen getroffen, Kohle, Atomenergie – aber sie habe „niemals die Kraft gehabt,



Die Energiepreise steigen, die Verbraucherpreise auch: Die Politik versucht zu entlasten, doch Deutschland steht ein schwieriger Winter bevor.

© picture-alliance/Zoonar/Petra Schüller

in irgendetwas einzusteigen“, rief Scholz, und fügte erklärend hinzu: „Sie waren unfähig, den Ausbau der Erneuerbaren herbeizuführen. Sie haben Abwehrkämpfe geführt gegen jede einzelne Windkraftanlage. Und jeder Abwehrkampf der letzten Jahre schadet unserem Land noch heute.“ Dagegen habe die jetzige Ampelregierung frühzeitig dafür gesorgt, dass die Gasspeicher, anders als im vergangenen Jahr, gut gefüllt seien, dass Deutschland an der Küste eigene Gasterminals baue, dass man mit den europäischen Partnern gemeinsam dafür kämpfe, die Abhängigkeit von russi-

sch Importen zu verringern. Die meisten Probleme habe man bereits gelöst, „bevor Sie mitbekommen haben, dass da überhaupt eins war“, rief er der Union zu und zeigte sich für den Winter des Stopps der russischen Gaslieferungen durch die Pipeline Nord Stream 1 optimistisch. „Wir können sagen: Wir kommen wohl durch.“ Zur weiteren Entlastung von Bürgern und Unternehmen habe man sich in der Regierung auf ein drittes, noch umfangreicheres Paket verständigt. „Unser Land wird über sich hinauswachsen, weil wir niemanden allein lassen.“

Die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel stellte fest, Deutschland steuere in den schwersten Sturm seit Bestehen der Republik, Millionen Existenzen stünden auf dem Spiel. – und der Kanzler beschwichtigte die Leute „mit hohlen Durchsagen“. „Wir sind im Krisenmodus – ja“, sagte Britta Haßelmann von den Grünen. „Wir wissen, viele Menschen haben Angst vor Abstieg und vor Armut. Und wir federn das ab.“ Wenn das nicht reiche, wenn es in zwei Monaten mehr brauche, dann werde man mehr tun. Für die Linke ist diese Frage beantwortet: Es reiche schon jetzt nicht. „Herr Scholz, Sie werden nicht müde, zu behaupten, dass keiner alleingelassen würde. Leider stimmt das nicht, und das wissen die Menschen auch“, hielt die Fraktionsvorsitzende Amira Mohamed Ali dem Kanzler vor: Das Entlastungspaket sei eine Frechheit. Es brauche eine funktionierende staatliche Preisaufsicht und einen Preisdeckel. Dem FDP-Fraktionschef Christian Dürr war es vorbehalten, auf die Ampelpläne zur Regulation des Strommarkts zu sprechen zu kommen. Die Entscheidung des Koalitionsausschusses, sich für eine Strompreisbremse nicht nur auf europäischer Ebene einzusetzen, sondern gegebenenfalls auch national den Schritt zu gehen, das bestehende System der EEG-Umlage zu nutzen, damit die Strompreise in Deutschland für alle Menschen, für alle Unternehmen nach unten gehen, das sei die richtige Antwort in dieser Krise, „auch wenn sie ordnungspolitisch nicht leicht ist; das sage ich ganz offen“.

Michael Schmidt

## EDITORIAL

### Zeit für Sorgen

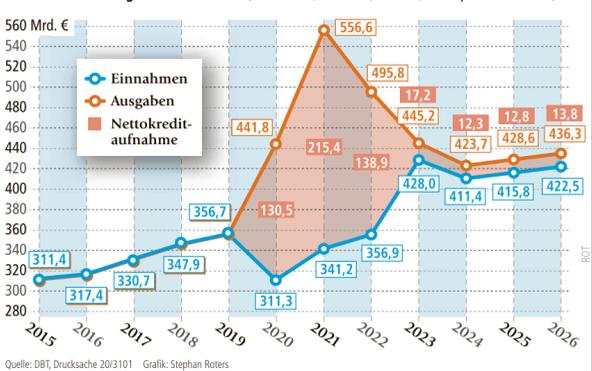
VON CHRISTIAN ZENTNER

Die Schuldenbremse sei kein Fetisch, musste Finanzstaatssekretär Florian Toncar zu Beginn der Haushaltsberatungen in Vertretung des Finanzministers klarstellen. Tatsächlich zahlt sich in diesem Haushalt erneut aus, dass der Bund im vergangenen Jahrzehnt häufig komplett auf Schulden verzichtet und die Schuldenquote gesenkt hat. Auch dadurch kann er nun, trotz der Corona-Belastungen seit 2020, seinen Anteil an der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in der Energiekrise finanzieren. Die Entlastungen zeigen, dass die Menschen jetzt nicht alleine gelassen werden, doch was ist mit den Unternehmen? Das Problem: Jede Hilfe bei Energiekosten könnte die Energiepreise weiter antreiben, auch weil der Spardruck sinkt. Allerdings neigen Unternehmen nicht zur Verschwendung, denn ansonsten leidet ihre Wettbewerbsfähigkeit. Es gibt zu denken, wenn Industrieverband (BDI) und Gewerkschaftsbund (DGB) dieselben Befürchtungen teilen. Ohne bezahlbare Energie werde Deutschlands industrielle Basis zerstört, warnte die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi und der BDI legte für den industriellen Mittelstand dar, dass aufgrund der Energiepreise ein Drittel der Betriebe um ihre Existenz fürchte.

In seiner Haushaltsrede erhörte Wirtschaftsminister Robert Habeck die Mahnungen und kündigte einen Rettungsschirm für Unternehmen an. Die deutsche Wirtschaft stemmt sich derweil gegen einen Abwärtssog. Im zweiten Quartal 2022 wuchs sie um 0,1 Prozent, die Arbeitslosigkeit bleibt gering. Doch die Belastungen werden nicht weniger. Der Mindestlohn steigt, die Europäische Zentralbank hat die größte Zinserhöhung seit Euro-Einführung beschlossen und die Kaufzurückhaltung wächst. Alles zusätzlich zu den Energiepreisen. Kritisch sehen kann man vor diesem Hintergrund die Entscheidung, ausgerechnet jetzt auf Kapazitäten zur Stromproduktion zu verzichten. Zumal es noch nie versucht worden ist, Kernkraftwerke – wie nun von der Bundesregierung vorgesehen – in einen Winterschlaf zu versetzen und im Notfall aufzuwecken. Die Abwägung ist aber bei dieser Frage keine rein wirtschaftliche, sondern eine politisch-gesellschaftliche. Der Atomausstieg beendete einen gesellschaftlichen Großkonflikt. Doch es gilt wohl ebenfalls: Für jede wegfallende Kilowattstunde am günstigen Ende der Stromproduktion wird am teuren Ende eine Kilowattstunde gebraucht, auch aus Gaskraftwerken.

## Entwicklung des Bundeshaushaltes bis 2026

Einnahmen und Ausgaben in Mrd. Euro (Ist bis 2021, Soll 2022, Entwurf, Finanzplan 2024 - 2026)



Quelle: DBT, Drucksache 20/3101 Grafik: Stephan Roters

## Ampelkoalition beschließt Entlastungspaket

**INFLATION** Die Preise vor allem für Lebensmittel und Energie steigen – so will die Regierung jetzt gegensteuern

Die wirtschaftliche Lage verschärft sich. Im August stieg die Inflationsrate in Deutschland auf 7,9 Prozent. Unter dem Titel „Deutschland steht zusammen“ hat die Koalitionsregierung jüngst ein 65-Milliarden-Maßnahmenpaket „zur Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung und zur Stärkung der Einkommen“ vorgelegt: **Strompreisbremse:** Um die Haushalte zu entlasten, wird eine Strompreisbremse eingeführt und der Anstieg der Netzentgelte gedämpft. Für einen noch zu definierenden Basisverbrauch an Strom soll ein vergünstigter Preis gelten. **Abschöpfen von Zufallsgewinnen:** Das Geld dafür soll durch das Abschöpfen von „Zufallsgewinnen“ von Unternehmen gewonnen werden. Dafür wird ein Höchstwert für Erlöse am Spotmarkt festgelegt.

**Nachfolge Neun-Euro-Ticket:** Es soll ein bundesweit nutzbares, digital buchbares Abo-Nahverkehrsticket mit einem Preis zwischen 49 und 69 Euro geben. Die Länder sollen sich an den Kosten beteiligen. Der Bund stellt 1,5 Milliarden Euro bereit. **Einmalzahlungen:** Zum 1. Dezember 2022 sollen Rentnerinnen und Rentner einmalig eine Energiepreispauschale von 300 Euro erhalten. Studierende erhalten einmalig 200 Euro. **Niedrigerer CO2-Preis:** Die für den 1. Januar 2023 anstehende Erhöhung des CO2-Preises um fünf Euro pro Tonne im Brennstoffemissionshandel wird um ein Jahr verschoben auf Januar 2024. **Kindergeld:** Das Kindergeld soll zum 1. Januar 2023 über das verfassungsrechtlich erforderliche Maß um 18 Euro erhöht, der

Kinderzuschlag für Alleinerziehende auf 250 Euro monatlich angehoben werden. **Wohngeld:** Der Wohngeldanspruch wird ausgeweitet, der Kreis der Berechtigten steigt von 700.000 auf zwei Millionen. Wohngeldberechtigte erhalten einmalig einen Heizkostenzuschuss von 415 Euro. **Sozialbeiträge:** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringen Einkommen werden bei den Sozialbeiträgen um 1,3 Milliarden Euro entlastet. Sie müssen künftig erst ab einem Einkommen von 2.000 Euro volle Sozialbeiträge zahlen. Dazu wird die sogenannte Midijob-Grenze, die im Oktober von 1.300 auf 1.600 Euro steigt, ab Januar 2023 auf 2.000 Euro angehoben. **Unternehmenshilfen:** Die bestehenden Hilfsprogramme werden bis Ende 2022 verlängert. Für energieintensive Unterneh-

men, die die Steigerung ihrer Energiekosten nicht weitergeben können, wird ein neues Hilfsprogramm aufgelegt. Zugleich wird Kurzarbeitergeld bis Ende 2022 und der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Gastronomen in Höhe von sieben Prozent um ein weiteres Jahr verlängert. **Gas-Steuer:** Zeitnah wollen die Koalitionsfraktionen zudem einen Gesetzentwurf zur Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas von 19 auf 7 Prozent für die Zeit vom 1. Oktober 2022 bis 31. März 2024 einbringen. **mis**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

HÄLT DIE SCHULDENBREMSE?

Ein Muss

PRO



Manfred Schäfers, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Die Ampel versucht sich an etwas, das an die Quadratur des Kreises erinnert: Die Bürger um 65 Milliarden Euro zu entlasten – und nächstes Jahr wieder im Rahmen der Schuldenregel zu wirtschaften. Kann das funktionieren? Es muss. Dafür gibt es drei Gründe, juristische, wirtschaftliche, politische. Erstens hat die Regierung nicht die Wahl, ob sie sich an die Verfassung halten will. Es ist ihre Pflicht. Nach Russlands offenem Bruch mit der europäischen Nachkriegsordnung hat man das Grundgesetz geändert, um die Bundeswehr in den nächsten Jahren an der Schuldenregel vorbei mit Krediten von 100 Milliarden Euro stärken zu können. Umgekehrt heißt das: Damit gibt es keinen Grund, wegen Moskaus Angriffskrieg in der Ukraine nochmals die Schuldenregel auszusetzen – zumal sich bisher die Wirtschaft noch erstaunlich stabil zeigt. Das kann sich natürlich in der sich zuspitzenden Energiekrise ändern. Doch in dem Fall hilft, dass die Schuldenregel flexibel ist. Eine Konjunkturkomponente sorgt dafür, dass die zulässige Neuverschuldung größer wird, wenn das Wirtschaftswachstum schwindet. Sicher gibt es immer die Versuchung, mehr Gas zu geben – nicht zuletzt bei Grünen und SPD. Der Hinweis, dass sich Angebotsengpässe nicht mit einer künstlich erhöhten Nachfrage beseitigen lassen, wird dort kaum helfen. Hier kommt der dritte Faktor ins Spiel. Finanzminister Christian Lindner (FDP) hat die Rückkehr zur Schuldenregel zu seinem zentralen Projekt gemacht. Er kann nicht umfallen, ohne politischen Totalschaden zu erleiden. So spricht viel dafür, dass die Schuldenbremse greift. Ob gegebenenfalls die Regeln nochmals gedehnt werden, steht auf einem anderen Blatt.

Nur noch so als ob

CONTRA



Thomas Sigmund, »Handelsblatt« Düsseldorf

Wer soll das bezahlen? Wer hat so viel Geld? Der Karnevalsschlager von Jupp Schmitz kommt einem bei der Debatte über die Schuldenbremse in den Sinn. Der Bundesfinanzminister betont bei jeder Gelegenheit, dass er für alles und jeden genügend Pinkepinke hat. Doch auch wenn man daran gerne glauben würde: Die begründeten Zweifel wachsen von Tag zu Tag. Die Zusage des Kanzlers »You'll never walk alone« wird einfach teuer. Das muss gar kein Vorwurf sein gegen eine Politik, die sich gerne mit dem Geld der Bürger in die Retterpose wirft. Aber allein ein Blick in das Dritte Entlastungspaket mit einem Umfang von 65 Milliarden Euro zeigt, dass es bei der Finanzierung nur Hoffnungswerte gibt. Diesmal sollen es die sogenannten Zufallsgewinne richten, von denen aber keiner weiß, wie und wann die Einnahmen daraus sprudeln. Die 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr werden als Sondervermögen deklariert, um die Schuldenbremse einzuhalten. Doch Schulden sind Schulden. Da hilft kein Schattenhaushalt. Dabei geht es schon lange nicht mehr um die Rückzahlung der Staatsschulden in Höhe von 2,4 Billionen Euro. Damit müssen unsere Kinder und Enkel fertigwerden. Jetzt geht es nur noch darum, so zu tun, als ob man nicht so viele neue Schulden aufnehmen will. Wirtschaftsminister Robert Habeck hat gerade vorgeschlagen, wie er die Atomkraftwerke am Netz behält und trotzdem juristisch sauber Ende des Jahres aus der Kernenergie aussteigt. Das hätte der weltbekannte Zauberer Houdini nicht besser hinbekommen. Der Finanzminister übt schon an einem neuen Trick: die Illusion, die Schuldenbremse einzuhalten, die es schon lange nicht mehr gibt.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 8. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Boehring, Finanzstaatssekretär Florian Toncar (FDP) sprach bei der Einbringung des Haushalts in der vergangenen Woche mit Blick auf die Ziele Krisenbewältigung, Investitionen, Soziales und Infrastruktur von einer guten Grundlage für die parlamentarischen Beratungen. Stimmen Sie dieser Einschätzung zu?

Nein, keineswegs. Noch 48 Stunden vor der Einbringung wurde der Entwurf durch ein sogenanntes Entlastungspaket von 65 Milliarden Euro durcheinandergewirbelt. Es ist außerdem davon auszugehen, dass in den nächsten zehn bis zwölf Wochen vor der Verabschiedung noch weitere Änderungen erfolgen, die 10 bis 20 Prozent des Volumens des Gesamthaushaltes ausmachen könnten. Insofern ist das eben keine gute Grundlage für die Beratungen. Und sozial ist der Haushalt schon mal gar nicht. Es gibt nichts Asozialeres als eine hohe Inflation. Wenn die hohen Energiepreise im Winter bei den privaten Haushalten und den Unternehmen durchschlagen und Arbeitsplätze vernichten, kommen wir in eine Größenordnung, die der Staat nicht ansatzweise sozial abfedern kann.

Ist die ausufernde Inflation Folge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine?

Der Krieg spielt da sicherlich rein. Aber schon im Januar dieses Jahres gab es bei den Energiekosten Steigerungen von mehr als 100 Prozent in Vergleich zum Vorjahr. Die Grundlagen für die Inflation sind schon vor vielen Jahren gelegt worden. Da ist zum einen die Niedrigzinspolitik der EZB zu nennen und die hohe Staatsverschuldung im Euro-Raum. Aber auch die verfehlte Energiepolitik, die schon seit Jahren alles dramatisch verteuert. Und natürlich haben auch die viel zu scharfen Corona-Maßnahmen ihren Teil dazu beigetragen. Dazu kommen nun noch die politisch gewollten Sanktionen. Damit schädigen wir das eigene Land mehr als Russland. Russland verzeichnet Rekord-einnahmen durch die gestiegenen Energiepreise. Das ist eine Sanktionspolitik, die nur uns selbst schadet.

Die Bundesregierung will nach eigenen Bekunden die Inflation bekämpfen. Was tut sie konkret dagegen?

Nichts. Und das gilt auch für die Vorgängerregierung.

Aber mit dem aktuellen Haushaltsentwurf soll doch die Schuldenbremse wieder einhalten werden...

Wenn überhaupt, gelingt das nur durch Trickereien. Die aufgenommenen Schulden für Sondervermögen beispielsweise werden nicht auf die Schuldenbremse angerechnet. Dazu kommen sehr hohe Gewährleistungen und Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Das sind dreistellige Milliardenbeträge, die eines Tages auch haushaltsrelevant werden. Vorhandene Einsparpotenziale werden indes nicht genutzt.

Welche sehen Sie?

Da gäbe es eine ganze Menge. Bei der Migration, bei der Klimapolitik, bei der Weltbeglückungsidee der Agenda 2030. Doch weder die Große Koalition noch die jetzige Regierung tun da etwas. Immerhin: Der zuletzt unglaublich aufgeblähte Corona-Etat von Gesundheitsminister Lauterbach ist um gut 40 Milliarden Euro gekürzt worden. Das ist ein positiver Punkt, den wir anerkennen. Wir nähern uns so der pandemischen Realität.

Die Bundesregierung versucht mit Entlastungspaketen die Folgen der steigenden Preise abzumildern. Sind das nicht auch Sachen dabei, die Ihre Unterstützung finden?

»Die Gefahr besteht«

PETER BOEHRINGER Der AfD-Haushaltsexperte befürchtet angesichts steigender Energiepreise eine Pleitewelle im Winter.



© Peter Boehring/H Dreblow

Selbstverständlich sind da auch sinnvolle Maßnahmen enthalten, aber es ist eben alles ein Nachsorgen bei Problemen, die die Politik erst geschaffen hat. Den Grundfreibetrag zu erhöhen, begrüßen wir – ebenso wie eine Erhöhung der Penderpauschale. Das haben wir im Übrigen schon seit Jahren gefordert. Nicht vergessen darf man dabei aber, dass diese Gelder aus dem Steuerbeutel kommen. Es ist also keine wirkliche Entlastung, sondern nur eine Art Umverteilung. Außerdem gibt es auch hier Taschenspielertricks. In dem 65-Milliarden-Euro

Paket sind Dinge drin, die die Länder stemmen müssen, nicht der Bund. Außerdem finden sich da Vorhaben, die ohnehin geplant waren. Das beste Entlastungspaket wäre meiner Ansicht nach das Abtreten der Ampel.

Erreichen die angedachten Entlastungen bei den Energiepreisen auch den Mittelstand?

Bei den Corona-Hilfen war es so, dass einige Privathaushalte und die ganz großen Unternehmen etwas bekommen haben.

Hier sieht es auch wieder so aus, als ob die kleinen und mittelständischen Unternehmen vergessen würden.

Rechnen Sie also mit einer großen Pleitewelle im Winter?

Die Gefahr besteht durchaus. Und es wird sich dabei in den allermeisten Fällen nicht um »temporäre Insolvenzen« handeln. Die Folgen davon schlagen natürlich – wenn auch zeitverzögert – bei den Staatsfinanzen zu Buche. Erst kommt das Kurzarbeitergeld, dann mehr Arbeitslosigkeit I und schließlich höhere Kosten für Hartz IV.

Sie fordern – ebenso wie die Union und auch die FDP – die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern. Ein bedeutender Effekt für die Strompreise wäre damit aber angesichts des Merit-Order-Prinzips nicht verbunden, oder?

Es stimmt schon, dass derzeit die Kosten beim teuersten Anbieter den endgültigen Börsenpreis für Strom bestimmen. Das ist derzeit die Stromgewinnung über das teure LNG-Gas. Gäbe es mehr günstiges Pipeline-Gas oder aber mehr Strom durch Atomkraftwerke – auch durch die, die schon abgeschaltet wurden, aber noch völlig in Ordnung sind – würden die teuren Gaskraftwerke nicht mehr zum Zuge kommen und sich die Preise dramatisch nach unten entwickeln. Das wäre aber auch mit einem anderen Schritt möglich.

Woran denken Sie da?

Es würde wohl schon reichen, wenn der Bundeskanzler nur mal öffentlich darüber nachdenkt, ob die Sanktionen gegen Russland tatsächlich sinnvoll sind. Wenn man dann noch die Waffenlieferungen an die Ukraine einstellt und nicht mehr als Kriegspartei agiert, bin ich sicher, dass die Spekulationskomponente aus dem Strompreis dramatisch rausginge und wir über Nacht eine Halbierung der Strompreise haben.

Die Bundesregierung hat aber deutlich gemacht, weiterhin an Sanktionen und Waffenlieferungen festzuhalten. Hoffen Sie also auf ein Auseinanderbrechen der Ampel?

So schnell wird die Koalition nicht platzen. Der Machterhaltungstrieb verbindet sie, trotz aller Meinungsverschiedenheiten. Auch die FDP, die sich gern als Regulativ sieht, hat am Ende immer nachgegeben. Bei der Atomkraft werden die Grünen nachgeben, da bin ich mir sicher. Alle drei Kraftwerke werden im Dauerbetrieb weiterlaufen. Aber klar: Die steigenden Kosten und die Inflation haben schon das Potenzial, die Ampel zu sprengen. Besonders großer Grund zur Freude bestünde dann aber nicht. Ein Bundeskanzler Friedrich Merz würde uns noch dramatischer zur Kriegspartei machen. Das verrät seine ganze Rhetorik. Er spricht auch die für das Gasproblem ökonomisch einfachste Lösung nicht an – nämlich die Öffnung von Nord-Stream 2.

Glauben Sie ernsthaft, dass Russland in einem solchen Fall die vereinbarte Menge an Gas nach Deutschland durchleiten würde?

Zumindest könnte man dann sehen, ob Putins Argument stimmt, dass Nord-Stream 1 kaputt ist und deshalb kein Gas mehr kommt. Wenn es aber kommt, würden die Gaspreise um zwei Drittel nach unten gehen und der Strompreis um 50 Prozent sinken.

Das Gespräch führte Götz Hausding.

Peter Boehring ist seit 2017 Mitglied des Bundestages und haushaltspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Unabhängige: Paula Piechotta

Paula Piechotta kommt gerade vom Fahrstuhl. »Da hab ich Marco Buschmann getroffen, und in diesem Punkt waren wir uns einig: Gut, dass das Infektionsschutzgesetz jetzt durch ist!«, sagt sie zu Beginn des Zoom-Gesprächs aus ihrem Büro. Buschmann ist Bundesjustizminister von der FDP. Und Piechotta, 35, ist Ärztin, Abgeordnete sowie stellvertretendes Mitglied im Gesundheitsausschuss. Aber was ist mit der Abschaffung der Maskenpflicht in Passagierflugzeugen, wurmt das die Medizinerin nicht? »An dieser Frage hat sich viel kristallisiert«, entgegnet Piechotta, »aber für den Infektionsschutz ist sie vielleicht nicht die zentrale aller Fragen«. Piechotta bedauert, dass das Maskentragen politisiert worden sei, »aus Sicht des öffentlichen Gesundheitsschutzes ist das schade, denn am wichtigsten ist, dass alle mitmachen, egal wen man wählt«. Wer mit der Leipzigerin spricht, hört keine Bandwurmsätze und mäandrende Ausflüchte. Piechotta scheint einen unabhängigen Blick auf die Geschehen zu werfen; den der Ärztin verliert sie dabei natürlich nicht. Ihre Hauptaufgabe aber ist der Haushaltsausschuss, dessen Mitgliedern angesichts der Entlastungssummen, die der Bund wegen der Energiekrise und der Inflation auszugeben gedenkt, schummrig werden könnte. »Wir alle wissen, dass bei neuen Bedarfen, Krisen oder Schocks weiter geschaut werden muss, was noch geht«, sagt sie. Meinte nicht Florian Toncar von der FDP, mehr zu tun sei dem Bund nicht möglich? Sie denkt nicht lange nach. »Wenn es hart auf hart kommt, sei es bei Corona, beim Ukrainekrieg oder bei der

Energiekrise, hat die FDP immer gezeigt, dass sie mitzieht und nötige Ausgaben mitentscheidet.« Als Piechotta vor einem Jahr in den Bundestag einzog, ging es für sie mit dem Drehen an den großen Stellschrauben los. Dafür hatte sie mit dem politischen Engagement begonnen, war vor zwölf Jahren den Grünen beigetreten, die sie einmal als »am wenigsten schlimm« bezeichnet hatte. Der Impuls dafür war biografischer Na-



© picture-alliance/Grésler FP

»Im Gesundheitssystem ist man sehr den Unzulänglichkeiten ausgesetzt, kann aber nur sehr wenig ändern.«

tur. In der Familie hatte sie als 18-Jährige eine Angehörige zu pflegen, erfuhr dabei, wo es im Gesundheitssystem hakt. Es folgten das Medizinstudium sowie das Engagement in der Bundesvertretung der Medizinstudierenden, und sie erfuhr, wo es im Gesundheitssystem hakt. Dann die Promotion und die Arbeit als Radiologin im Leipziger Universitätsklinikum: »Im Gesundheitssystem ist man sehr den Unzulänglichkeiten ausgesetzt, kann aber nur sehr wenig ändern.« Dafür ging sie in die Politik.

2014 hatte sie für den thüringischen und 2019 für den sächsischen Landtag kandidiert, jeweils nur direkt. Mit ihrem Einzug hatte sie nicht gerechnet, »es ging um die Abdeckung aller Wahlkreise im ersten und um Zweitstimmenmaximierung im zweiten Fall«, sagt sie. Dann aber, während der Pandemie, habe es die Bitte gegeben, in Leipzig für den Bundestag zu kandidieren. Eine so genannte Kampfkandidatur überstand Piechotta, holte 18,4 Prozent der Erststimmen im Wahlkreis Leipzig II hinter dem Linken Sören Pellmann – der bundesdeutsche Bekanntheit erreichte, indem er Anfang September die erste »Montagsdemo« gegen die hohen Energiepreise und den Regierungsumgang damit organisierte. »Nebenan« versammelten sich Rechte und versuchten den Schlichter. »Leipzig ist der Leuchtturm in Sachsen im Kampf gegen Rechts«, sagt sie. »Deswegen finde ich es extrem unvorsichtig, einen offensichtlichen Anknüpfungspunkt für Rechtsextreme gerade in Leipzig mitten in der Stadt in Kauf zu nehmen.« Ihre Beziehung zu Pellmann? »Schwierig.« Noch in Erinnerung sei sein Auftritt im Sommer 2021 mit Sahra Wagenknecht, einem russischen Generalkonsul und freigelassenen weißen »Friedenstauben« – »ein Versuch, AfD-Wähler zurück zur Linken zu kriegen«. Zweimal im Monat arbeitet Piechotta als Radiologin im Leipziger Uniklinikum. »Das wollte ich nie wegwerfen, will auch im Job fit bleiben«, sagt sie. »Um innerlich unabhängig zu bleiben.« Wenn sie an den großen Stellschrauben nicht mehr drehen kann – oder nicht mehr will. Jan Rübel

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos  
Stephan Roters

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

»Das Parlament« ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung »Das Parlament« wird Recycling-Papier verwendet.

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Redaktionsschluss  
9. September 2022

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
Kurhessenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363  
82034 Deisenhofen  
Telefon (089) 8 58 53-8 32  
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32  
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anzeigerverkauf, Anzeigerverwaltung, Disposition  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363  
82034 Deisenhofen  
Telefon (089) 8 58 53-8 36  
Telefax (089) 8 58 53-6 28 36  
E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
http://www.das-parlament.de  
E-Mail:  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur  
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur  
Alexander Heinrich (ah)

Verantwortliche Redakteure  
Lisa Brüßler (lbr)  
Claudia Heine (che)  
Nina Jeglinski (njk)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Elena Müller (emu)  
Sören Christian Reimer (scr) CvD  
Sandra Schmidt (sas)  
Michael Schmidt (mis)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)



Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) sieht seinen Haushaltsentwurf nicht nur als „Krisentat“, er setze auch „mutige Schwerpunkte für die Zukunft“. Die Opposition sieht das anders.

© picture-alliance/photothek/Leon Kuegeler

# Getrieben von der Inflation

**ETAT 2023** Finanzminister Lindner sieht geringere Neuverschuldung als Beitrag zur Bekämpfung der Preissteigerung

Die Einbringung des Regierungsentwurfs für den Bundeshaushalt 2023 vergangene Woche begann ungewöhnlich: Statt Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) trat der parlamentarische Staatssekretär Florian Toncar (FDP) ans Rednerpult, um die Etatplanung der Bundesregierung vorzustellen. Der Finanzminister hatte sich aufgrund eines Trauerfalls im Familienkreis entschuldigen lassen. Die Gelegenheit, das Werk, für das sein Ministerium federführend verantwortlich zeichnet, vorzustellen, bekam der Minister zwei Tage später. Kurzfristig war eine Debatte zum Einzelplan des Bundesfinanzministeriums angesetzt worden, der normalerweise als Teil der Allgemeinen Finanzdebatte aufgerufen wird. In der Debatte unterstrich der Finanzminister die haushalts- und finanzpolitische Haltelinie des Etats – und die krisenbedingten Herausforderungen. Die Bundesregierung wolle auch mit dem neuen Entlastungspaket an der Einhaltung der Schuldenbremse im Haushalt 2023 festhalten. 2020 und 2021 hatte der Bund jeweils mit einer Ausnahmeregelung deutlich höhere Schulden aufgenommen. Die Rückkehr zur Schuldenbremse sei aus „Verfassungsgrün-

den ohnehin zwingend“, sagte Lindner. Es sei aber auch ein „Gebot der ökonomischen Klugheit“. Denn: „Wir sind ökonomisch in einer außerordentlich herausfordernden Lage“, sagte Lindner mit Blick auf die Inflation. Das habe auch die historische Entscheidung der Europäischen Zentralbank, den Leitzins um 0,75 Punkte zu erhöhen, gezeigt. Die Inflation zu bekämpfen müsse daher die „erste Priorität“ sein, bedeute sie doch unter anderem ein „Verarmungsprogramm für die Familien in der Mitte der Gesellschaft“, sagte Lindner. Entsprechend verteidigte er die Pläne der Regierung, die kalte Progression abzubauen zu wollen. Inflation bekämpfe man nicht „mit immer neuen Schulden, sondern nur dadurch, dass man zurück zur Seriosität und Solidarität findet“, führte der Liberale weiter aus. Für diesen Kurs der „fiskalischen Neutralität“ wolle er sich auch auf europäischer Ebene einsetzen. Der Finanzminister wollte den Etat aber nicht nur als Krisenhaushalt verstanden wissen. Es sei auch ein Etat, „der mutige Schwerpunkte für die Zukunft setzt“. Als Beispiele nannte Lindner etwa Investitionen in erneuerbare Energien und in die Schieneninfrastruktur. „Aus dem Haushalt sprechen Entscheidungskraft und Konsequenz“, befand der Finanzminister.

Wenig überraschend – das zeigten die Debatten der Haushaltswoche nachdrücklich – sehen die Oppositionsfraktionen das ganz anders, gerade auch hinsichtlich finanz- und haushaltspolitischer Aspekte. **»Hinfälliger« Entwurf** In der Schlussrunde am Freitag kritisierte die CDU-Abgeordnete Ingeborg Gräßle, dass der Haushaltsentwurf eigentlich hinfällig sei. Er enthalte das von der Bundesregierung geplante Entlastungspaket, das nur als „Presseerklärung“ vorliege, noch gar nicht. „Sie bejubeln ein Vorgehen der Bundesregierung, das diesen Bundestag brüskiert“, warf sie den Abgeordneten der Koalitionsfraktionen vor. Es fehlten nicht nur die Details zu den Maßnahmen, sondern auch die Zustimmung der Länder, „über deren Köpfe Sie hier einfach bestimmt haben“, sagte die Christdemokratin. Die Abgeordnete verwies zudem auf einen Bericht des Bundesrechnungshofes zur Schuldenragfähigkeit des Bundes. Danach liege die Nettokreditaufnahme des Bundes tatsächlich bei 78 Milliarden Euro und eben nicht bei 17 Milliarden Euro, wie der Finanzminister versuche zu verkaufen. Die FDP könnte auf die Unterstützung der Union beim Thema Schuldenbremse zählen, „wenn man sich in die Koalitionsreihen

begibt, sieht es, glaub ich, schlecht aus“, meinte Gräßle. Ähnlich hatte sich in der Allgemeinen Finanzdebatte zum Beginn der Haushaltsberatungen auch der haushaltspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Peter Boehringer, geäußert (siehe Seite 2). Es sei schlicht nicht wahr, dass die Schuldenbremse eingehalten werde, „wenn es zum Nachtragshaushalt kommt, sowieso nicht mehr“. Aus gänzlich anderer Richtung attackierte die Linksfraktion den Etat-Entwurf. Gesine Lötzsch beschied dem Haushaltsentwurf, „gut für Gasspekulanten, Stromhändler, Waffenhändler, Immobilienkonzerne und Vermögende“ zu sein, aber schlecht „für Menschen, die jeden Cent umdrehen müssen“, und für kleine und mittlere Unternehmen, „deren Existenz bedroht ist oder die schon aufgeben mussten“. Die Linken-Abgeordnete forderte eine Übergewinnsteuer. „Damit ließen sich Gas, Strom und Mieten deckeln. Das wäre der richtige Weg“, sagte die haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion. **Kompromisse** Von Seiten der Koalitionsfraktionen erfuhr der Finanzminister naturgemäß von seiner eigenen Fraktion die größte Unterstützung. Der haushaltspolitische Sprecher der Liberalen, Otto Fricke,

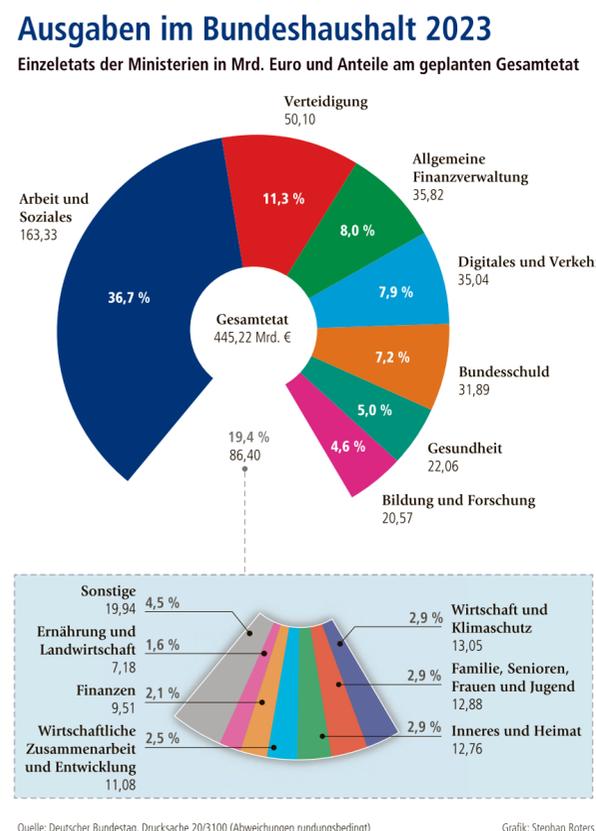
freute sich, dass es trotz großer Skepsis von anderer Seite gelungen sei, einen Etat im Rahmen der Schuldenbremse vorzulegen. „Diese Koalition hat gezeigt, dass man, wenn man hart arbeitet, wenn man gegenseitig Kompromisse macht und dabei immer an die Menschen denkt, dann auch die Verfassung und die Schuldenbremse einhalten kann“, sagte Fricke in der Dienstsitzungsdebatte. Der Chef-Haushälter der SPD-Fraktion, Dennis Rohde, hielt in derselben Debatte ein Plädoyer für einen starken Staat. Schon während der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie während der Corona-Pandemie habe der Staat das Heft des Handelns in die Hand genommen. „Wir brauchen jetzt wieder einen starken Staat, der die Bürgerinnen und Bürger nicht allein lässt. Nur gemeinsam kommen wir durch die Krise“, sagte der Sozialdemokrat mit Verweis auf Inflation und steigende Energiepreise. Er lobte die Beschlüsse des Entlastungspaketes. „Das alles wird Geld kosten“, betonte Rohde. Aber jetzt nicht zu handeln, würde den Staat sowie die Bürgerinnen und Bürger später mehr kosten. Felix Banasak (Bündnis 90/Die Grünen) lenkte in der Abschlussrunde am Freitag den Blick auf eine weitere Folge der EZB-Zinserhöhung. „Das bedeutet, dass wir

geldpolitisch Rezessionsdynamiken wahrscheinlicher erleben werden.“ Daher müsse man sich fragen, was man tun könne, um diese Dynamiken weniger wahrscheinlich zu machen. Man werde die Wirtschafts- und Fiskalpolitik diesen „veränderten Realitäten“ anpassen, so der Abgeordnete. Einfach dürfte das alles nicht werden – darauf wies eingangs der Woche auch Grünen-Chef-Haushälter Sven-Christian Kindler hin: Er kündigte angesichts der Krisen „die schwierigsten Haushaltsberatungen seit Jahrzehnten“ an. Diese starteten ab kommender Sitzungswoche in den Fachausschüssen sowie im Haushaltsausschuss, der Abschluss ist für November geplant. **Etat-Entwurf** Der am 1. Juli 2022 vom Kabinett beschlossene Entwurf sieht im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 445,2 Milliarden Euro vor. Das sind rund 50,6 Milliarden Euro oder 10,2 Prozent weniger als in diesem Jahr. Die Neuverschuldung für 2023 wird in dem Entwurf mit 17,2 Milliarden Euro ausgewiesen, in diesem Jahr sind es im Soll 138,9 Milliarden Euro. Eine Ausnahme von der Schuldenobergrenze, die jeweils von 2020 bis 2022 in Anspruch genommen wurde, ist in dem Entwurf nicht vorgesehen. *Sören Christian Reimer*

Einzelplan		EINNAHMEN		AUSGABEN	
		2023 in 1.000 €	Veränderungen zu 2022 in 1.000 €	2023 in 1.000 €	Veränderungen zu 2022 in 1.000 €
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	103	-90	44.981	+91
02	Deutscher Bundestag	1.920	+96	1.107.723	-1.183
03	Bundesrat	51	+30	39.676	+4.383
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	166.502	+63.000	3.668.223	-192.952
05	Auswärtiges Amt	162.489	+14.700	6.397.431	-710.153
06	Bundesministerium des Innern und Heimat	641.745	-160.830	12.761.722	-2.224.672
07	Bundesministerium der Justiz	640.277	-4.500	953.417	+15.438
08	Bundesministerium der Finanzen	521.198	-101.291	9.508.622	+682.479
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz	685.531	-46.389	13.050.889	+1.717.114
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	82.174	+470	7.175.723	+71.146
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	2.792.725	+1.029.649	163.330.501	+2.249.521
12	Bundesministerium für Digitales und Verkehr	8.646.403	+669.950	35.041.000	-1.070.000
14	Bundesministerium der Verteidigung	30.997	-679.800	50.104.875	-299.953
15	Bundesministerium für Gesundheit	104.169	-349	22.062.281	-42.294.755
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit u. Verbraucherschutz	894.179	+71.731	2.436.370	+263.986
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	220.048	+21.000	12.880.547	+280.586
19	Bundesverfassungsgericht	40	-	40.465	+4.555
20	Bundesrechnungshof	360	-1.861	186.956	+14.051
21	Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	85	-	45.699	+2.456
22	Der Unabhängige Kontrollrat	-	-	13.488	+1.113
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	749.110	+1.276	11.080.000	-1.269.893
25	Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	245.354	-20.373	5.010.038	+47.490
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung	41.251	-	20.571.598	+186.398
32	Bundesschuld	18.734.771	-121.896.133	31.885.867	+13.422.569
60	Allgemeine Finanzverwaltung	409.859.803	+70.469.524	35.823.193	-21.470.005
	<b>SUMME</b>	<b>445.221.285</b>	<b>-50.570.190</b>	<b>445.221.285</b>	<b>-50.570.190</b>

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 20/3100

Grafik: Stephan Roters



Sie sei „die stille Ministerin“, die in der öffentlichen Wahrnehmung eher im Schatten stehe mit ihrem um den Klimaschutz gebrachten, geschrumpften Umweltressort. So heißt es nicht selten über Steffi Lemke (Grüne). Doch das hat sich offenbar geändert, seit im Hitzesommer die Wälder brannten, Seen austrockneten und in der Oder tonnenweise tote Fische schwammen. Die Umweltministerin ist plötzlich da, lässt sich an trockenen Flussauen fotografieren, stapft über Äcker und durch Moore, um auf den Zusammenhang von Klima- und Artenschutz hinzuweisen.

Die Umweltkatastrophe an der Oder hat einem ihrer wichtigsten Themen Schub verliehen: dem natürlichen Klimaschutz. Vier Milliarden Euro hauptsächlich aus dem Klima- und Transaktionsfonds will die Bundesregierung bis 2026 für den Schutz von Wäldern, die Renaturierung von Flussauen und die Wiedervernässung von Mooren ausgeben. Solche Ökosysteme binden, wenn intakt, Treibhausgase und leisten so einen Beitrag zum Klimaschutz. Vier Milliarden – so viel Geld sei noch nie von der Bundesebene in den Naturschutz geflossen, betonte Lemke kürzlich auf ihrer Sommerreise durch Mitteldeutschland.

**Gewässerschutz** In der Debatte über den Einzelplan 16 des Bundeshaushalts 2023 (20/3100) konzentrierte sich die Ministerin denn auch vor allem auf dieses Vorhaben. Der Dürresommer habe gezeigt, wie wichtig es sei, „Wasser in der Landschaft zu halten und in den Städten zu speichern“, bekräftigte Lemke und drängte zum Umdenken im Umgang mit Flüssen und Gewässern: „Die verändern sich jetzt rapide, und die Gefahren durch chemische Einleitungen und den Ausbau erhöhen sich.“ Dass das Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz trotz „all der Krisen und Katastrophen“ mit einem Beteiligungsprozess jetzt starten könne, freute sie sehr.

Großen finanziellen Spielraum bietet der eigentliche Etat der Ministerin nicht. Zwar steigt das Budget für ihr Haus leicht, doch fast die Hälfte der für das kommende Jahr geplanten Ausgaben in Höhe von 2,44 Milliarden Euro sind bereits für die Endlagerung von Atommüll vorgesehen. Für Investitionen in den Umwelt- und Naturschutz bleibt da nicht viel – ein willkommener Anlass für Kritik der Opposition.

**»Ungedeckte Checks«** Die monierte in der Plenardebatte am vergangenen Dienstag vor allem falsche Schwerpunkte und fehlende Finanzierung zentraler Vorhaben. Die Ampel kündigte viel an, doch die finanzielle Ausstattung bleibe auf der Strecke, monierte vor allem die Union: „Sie arbeiten wirklich ganz oft mit ungedeckten Checks“, hielt Astrid Damerow (CDU) der Ministerin vor. Beispiel Wasserstrategie: Hier liege die Regierung in vielen Punkten zwar richtig, doch es fehle der Plan, wie Maßnahmen priorisiert und vor allem bezahlt werden sollten. Beispiel Räumung von Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee: Die Kosten für eine Bergungsplattform beliefen sich auf 100 Millionen Euro, im Haushalt seien aber nur 20 Millionen eingestellt, so Damerow. „Woher kommen die anderen 80 Millionen?“ Beispiel Fischsterben an der Oder: Den betroffenen Ländern, Kommunen und Unternehmen seien Schäden entstanden, die sie nicht allein schultern könnten – doch der Haushalt gebe auf solche Fragen keinen Antworten, bemängelte die Abgeordnete.

**Klimaanpassung** Fraktionskollegin Anja Weisgerber (CSU) mahnte außerdem die Vorlage des dringend benötigten Klimaanpassungsgesetzes an und beanstandete die Kürzung der Mittel für Klimaanpassungs-



# Auf dem Trockenen

## UMWELT Ministerin verspricht Milliarden für natürlichen Klimaschutz. Opposition kritisiert fehlende Finanzierung

Ökosysteme wie Moore, Wälder und Flussauen – hier im Nationalpark Unteres Odertal – können Treibhausgase binden. Doch viele trocken aus. Vier Milliarden Euro will die Regierung deshalb bis 2026 in ihren Schutz investieren.

maßnahmen um 15 Millionen Euro. Angesichts der Herausforderungen verwunderte das. In der aktuellen Energiekrise müsse Lemke zudem als „Stimme der Verbraucherinnen und Verbraucher“ stärker zu hören sein, forderte die Abgeordnete.

Harsche Kritik bekam die Ministerin auch von AfD und Linken zu hören: Die Bundesregierung bringe mit ihrer Energiepolitik „das Kunststück“ fertig, gleichzeitig Versorgungssicherheit und „viele schöne deutsche Landschaften zu zerstören“, empörte sich Wolfgang Wiehle (AfD). Zwei Prozent

der Fläche Deutschlands wolle die Ampel mit Windrädern und Solarkraftwerken „zupflastern“, aber das Umweltministerium schweige. Alternativen schlage die Ministerin aus ideologischen Gründen aus: Dabei könnten moderne Atomreaktoren sogar nukleare Reststoffe älterer Kraftwerke als Brennstoff verwenden, meinte Wiehle. So erübrige sich die Endlagerung weitgehend und das Umweltministerium könne viel einsparen.

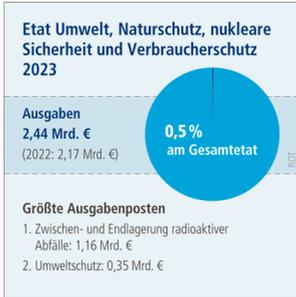
**Waldumbau** Victor Perli (Linke) warf der Bundesregierung vor, den Umweltschutz „unter die Räder“ kommen zu lassen. „Wir finden es völlig falsch, dass die Ampelkoalition die Umweltpolitik so runterfährt.“ Es müsse mehr getan und vor allem mehr Geld für die Umwelt ausgeben werden, verlangte er. Fraktionskollege Ralph Lenkert pochte angesichts der vielen Waldbrände darauf, den Waldumbau nicht nur mit 121 Millionen, sondern mit einer ganzen Milliarde Euro zu fördern.

Rednerinnen und Redner der Koalitionsfraktionen verteidigten den so gescholtenen Haushaltswurf: Michael Thews (SPD) betonte, dass das Budget immerhin um knapp 264 Millionen Euro größer ausfalle als im Vorjahr. Für die Haushaltsberatun-

gen signalisierte er zudem die Bereitschaft, beim Meeresschutz nachzulegen: Für die Vernichtung von Munitionsaltlasten brauche es tatsächlich mehr Geld.

**Hochwasserschutz** Ähnlich äußerte sich Frank Schäffler (FDP), der auch ankündigte, beim Hochwasserschutz nachbessern zu wollen. Kritik am vermeintlich mangelnden verbraucherpolitischen Engagement der Ampel konterte Schäfflers Fraktionskollegin Judith Skudelný mit einem Gegenangriff: Geringverdienere, Rentnerinnen, Auszubildende und Studierende würden mit dem aktuellen Hilfspaket spürbar entlastet. Die Mittelschicht profitiere zudem durch den Abbau der kalten Progression. Diesen habe die CDU nie hinbekommen, sagte die Liberale. Die Maßnahmen der Koalition seien „Verbraucherschutz in Krisenzeiten.“

Sebastian Schäfer (Grüne) bezeichnete den Mittelaufwuchs für das Umweltressort als „wichtiges Signal in schwierigen Zeiten“. Das Ministerium werde gestärkt als „Motor“ für den Natur- und Artenschutz, befand schließlich Jan-Niclas Gesenhus (Grüne) – nicht zuletzt durch die zusätzlichen vier Milliarden für den natürlichen Klimaschutz. *Sandra Schmid*



# Der Herr Bundesminister steckt im Stau

## DIGITALES UND VERKEHR In die Infrastruktur müssen langfristig 318 Milliarden Euro investiert werden

Symbolträchtiger hätte die Debatte über den Etat von Digital- und Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) nicht beginnen können. Als Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) die Beratung des Einzelplan 12 des Bundeshaushalts 2023 aufrief, verkündete er dem Plenum: „Der Herr Bundesminister, der als Erster reden sollte, hat mitteilen lassen, dass er sich im Verkehr befindet.“ Und als Wissing schließlich den Plenarsaal erreichte, musste er die erste Rednerunde aller Fraktionen abwarten, bis er schließlich seinen 35 Milliarden schweren Etats vorstellen konnte. „Nach dem Verkehrsstau sind Sie jetzt im Rednerstau“, beschied ihm Kubicki.

So durfte Wissings Parteikollege Frank Schäffler die Aussprache eröffnen und gab den Grundtenor für die Argumentationsmuster der Ampelkoalition vor: Die deutsche Verkehrsinfrastruktur steckt in einem massiven Investitionsstau und schuld daran ist die Vorgängerregierung: „Wir können nicht alles, was in 16 Jahren Angela Merkel an Investitionsmaßnahmen veräußert wurde, jetzt in wenigen Jahren wieder korrigieren.“ Zum Beleg seines Arguments präsentierte Schäffler beeindruckende Zahlen: Nach den aktuellen Bedarfsplänen für Schiene, Straße und Wasserwege würden 65 Milliarden Euro mehr benötigt, um alle Projekte jetzt und in Zukunft zu realisieren, als ursprünglich veranschlagt. 318 Milliarden Euro wären nötig, um die Bedarfspläne zu finanzieren, führte der Haushaltspolitiker aus. In einer solchen Situation sei es gut, dass sich der Koalitionsausschuss wenige Tage zuvor darauf geeinigt habe, den Etatsansatz für Investitionen in das Bundesschiennetz von 8,85 Milliarden Euro um 500 Millionen zu erhöhen und eine weitere Milliarde Euro an Verpflichtungsermächtigungen für Ausgaben in den kommenden Jahren zu genehmigen, sagte Schäffler.

**Fehlende Weichen** Auch der SPD-Haushaltspolitiker Metin Hakverdi (SPD) verwies auf die „erheblichen Probleme in unserer Infrastruktur“ und seine Kollegin Paula Piechotta von den Grünen wählte Wissing gar in die „engere Auswahl“ für das Regierungsmitglied, das „das schwerste Erbe angetreten hat“. Hakverdi benannte als ein Beispiel das Fehlen von etwa 70.000 Weichen im Schiennetz der Deutschen Bahn, die in den vergangenen 30 Jahren mehrheitlich aus Kostengründen „unter dem Druck von Privatisierungsfantasien“ abgebaut worden seien, monierte der Sozialdemokrat. Der Mangel an Weichen mache das Schiennetz anfällig, weil Züge im Bedarfsfall nicht auf Ausweichstrecken umgeleitet werden können.

Paula Piechotta führte die Belastung der Verkehrswege durch den Klimawandel als Beispiel an. Die historischen Pegel-Tiefstände am Rhein in diesem Sommer hätten zu einem massiven Rückgang der transportierten Güter geführt: „Die Unternehmen, die gerade versuchen, das Ganze auf die Schiene zu verlagern, merken in diesen Tagen, dass das ganz oft nicht geht. Jeden Tag könnten über 50 zusätzliche Güterzüge fahren, wenn die Kapazitäten da wären“, beklagte Piechotta.

Dass die Verkehrsinfrastruktur erhebliche Investitionen benötigt, wird auch von der Opposition so gesehen. Der AfD-Haushaltspolitiker Marcus Bühl verwies auf die geschätzten Ausgabenreste von 7,24 Milliarden Euro bei den Investitionen im lau-

fenden Jahr, davon allein 2,13 Milliarden beim Schiennetz. „Investitionen auf dem Papier, die nicht realisiert werden, sind Augenwischerei und bringen null Fortschritt“. Am meisten interessiere die Bürger aber die Preisentwicklung an den Tankstellen nach dem Auslaufen des Tankrabatts. Für Pendler, besonders im ländlichen Raum, oder auch für das Transportgewerbe seien „die Spritpreise unerträglich“, befand Bühl. „Es war und ist der politische Wille dieser und der vorherigen Koalition, Autofahren zu verteuern und eine ideologische Verkehrswende zu betreiben, sei es durch die CO2-Bepreisung oder durch hohe Energiesteuern.“ Die hohen Kraftstoffsteuern müssten gesenkt und die Pendlerpauschale erhöht werden, forderte Bühl.



Sehr unterschiedlich bewerteten die Fraktionen hingegen das Neun-Euro-Ticket für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und ein mögliches Nachfolgemodell. SPD, Grüne und FDP hatten sich in ihren Koalitionsgesprächen darauf geeinigt, dass der Bund ab 2023 ein solches Ticket mit 1,5 Milliarden Euro mitfinanziert – allerdings nur, wenn sich die Bundesländer in gleicher Höhe beteiligen.

Bernd Rixinger (Linke) überzeugte dies nicht. Erst habe es die Regierung nicht geschafft, das Auslaufen des Neun-Euro-Tickets zu verhindern oder eine direkte Nachfolgeregelung auf den Weg zu bringen. „Und was Sie jetzt vorlegen, ist mut- und kraftlos.“ Der vorgelegte Kompromiss beim Preis zwischen 49 und 69 Euro pro Monat sei zu teuer und untergrabe den Erfolg des Neun-Euro-Tickets. Rund 52 Millionen Tickets seien zwischen Juni und August verkauft worden, jeder Zehnte habe das Auto stehen lassen und 1,8 Millionen Tonnen CO2 seien eingespart worden, rechnete der Verkehrspolitiker vor.

Thomas Bareiß (CDU) hingegen bezweifelte den Erfolg des Neun-Euro-Tickets. Nur ein ganz geringer Teil der Nutzer sei wirklich vom Auto auf den ÖPNV umgestiegen. Vor allem sei es eine „teure Veranstaltung“ gewesen: „2,5 Milliarden Euro, so viel haben uns diese drei Monate gekostet.“ Gemessen am Investitionsaufkommen von rund 20 Milliarden Euro im Verkehrsbe- reich seien mehr als zehn Prozent für ein „Marketingprojekt“ ausgegeben worden. Dieses Geld fehle bei den wichtigen Investitionen, befand der Verkehrspolitiker.

Als Minister Wissing schließlich ins Mikrofon trat, nahm er die Beiträge seiner Vorredner aus den Reihen der Koalition dankbar auf: „Sie haben recht, Frau Kollegin Piechotta: Ich habe ein schweres Erbe angetreten, was die Infrastruktur in Deutschland angeht.“ *Alexander Weinlein*

# Minister Cem Özdemir will Tierwohl nicht aufschieben

## ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT Heftige Kritik in der Debatte um Agrar-Haushalt – FDP macht Koalitionspartnern ein Angebot beim Umbau der Tierhaltung

Von einem „Totalausfall“ und einem „Trauerspiel“ hat die Opposition bei der Vorlage des Etatentwurfs 2023 durch Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) gesprochen. Der Minister hatte zuvor noch einmal für seine Absicht geworben, einen Haushalt vorzulegen, der den „notwendigen Wandel“ zu einer Landwirtschaft berücksichtige, „die resilienter gegenüber Krisen wird, die Klima und Artenvielfalt schützt und die unsere Lebensgrundlagen bewahrt“.

**Größter Posten** Von den insgesamt 7,18 Milliarden Euro sind die größten Einzelposten die Zuschüsse zur Alterssicherung der Landwirte mit 2,48 Milliarden Euro (2022: 2,37 Milliarden Euro) sowie die Zuschüsse zur Krankenversicherung der Landwirte über 1,48 Milliarden Euro (2022: 1,44 Milliarden Euro). „Die agrarsoziale Sicherung ist wieder ein stabiler Posten“, sagte Özdemir. Jedoch gelte es trotz der Krisen auch die Ziele nicht aus den Augen zu verlieren. „Wir stärken den ökologischen Landbau, um neue Impulse für eine nachhaltige Landwirtschaft zu setzen“, erklärte er. Mit 150 Millionen Euro solle in diesem Haushalt der Weg in eine zukunftsfähige Tierhaltung starten. Insgesamt solle bis ins Jahr 2026 dafür insgesamt eine Milliarde

Euro zur Verfügung stehen. Gerade was die Tierhaltung angehe, sei die Geduld der Landwirtinnen und Landwirte schon seit vielen Jahren strapaziert worden. Und offenbar nicht nur die. Von Seiten der CDU/CSU-Fraktion kam heftige Kritik. Steffen Bilger (CDU) ist der Ansicht: „Die Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland ist bei diesem Minister nicht in guten Händen“. Die Politik Özdemirs habe weder in der Koalition noch im Bundestag eine

Mehrheit. In der Krise sei dieser Minister „insgesamt leider ein Totalausfall“. Unterstützt wurde Bilger von seinem Fraktionskollegen Josef Rief (CDU). Die Ampel agiere immer noch viel zu defensiv. Der Finanzplan sehe für die nächsten Jahre ein Absenken des Agrarhaushalts vor. Bei der Alterssicherung für die Landwirte habe aufgestockt werden müssen, doch auch weiterhin weigere sich die Regierung, die Mittel für die landwirtschaftliche Unfallversiche-

rung wieder auf den bisherigen Wert von 177 Millionen Euro anzuheben. Das bedeute für die Betriebe eine Beitragserhöhung um 18 Prozent. Das sei alles andere als eine „Wertschätzung für die Bauern“. Die AfD-Fraktion schloss sich der harschen Kritik der Union an. Peter Felser nannte die Arbeit des Ministers einen „Schlingerkurs ins Nichts“. Dabei wären „Stabilität und Planbarkeit“ das richtige Signal für die Landwirte. Weiter steigende Preise und immer neue Vorschriften ließen „mehr und mehr Landwirte aufgeben“.

Ina Latendorf (Die Linke) fand ebenfalls heftige Worte für den vorgelegten Einzelplan 10 und für die Arbeit der Bundesregierung. „Dieser Einzelplan ist ein Trauerspiel für alle Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten“, sagte sie. Lediglich 0,7 Prozent des Gesamthaushalts machten die Ausgaben – nach Abzug der Sozialleistungen – für die Landwirtschaft aus. „Dabei hat die Ampel die Agrarwende versprochen“, sagte Latendorf.

**Debatte unterbrochen** Inmitten der Debatte gab Vize-Bundestagspräsidentin Yvonne Magwas (CDU) den Tod der britischen Königin Elizabeth II. bekannt, die im Alter von 96 Jahren verstorben war. Das Plenum erhob sich zu einer Schweigemin-



Anne-Monika Spallek (Grüne) rechnete der Unions-Fraktion vor, was in den vergangenen 16 Jahren in deren Verantwortung für das BMEL nicht erreicht wurde. „Ein verpflichtendes Tierhaltungskennzeichen könnte es längst geben“. Seit 2014 hätten zwei Agrarminister der Union dafür gesorgt, dass dieses Thema nicht abschließend geklärt wurde. Die Ampel-Koalition werde nun dafür sorgen, dass diese Kennzeichnung komme und zwar so, wie es im Koalitionsvertrag vorgesehen sei.

**Moratorium** Gero Hocker (FDP) forderte ein Umdenken bei der Behandlung von Landwirten. „Das Landwirte-Bashing muss aufhören“, sagte er. Anstatt Absichtserklärungen abzugeben, müssten Taten folgen. Immer mehr Menschen erklärten, sie seien bereit, höhere Lebensmittelpreise zu bezahlen. „Das passiert aber nicht!“ Seine Fraktion sei deshalb bereit, die von der Borchert-Kommission geforderte Mehrbelastung von 40 Cent pro Kilogramm Fleisch mitzutragen, damit der Stallbau für mehr Tierwohl begonnen werden könne. Allerdings solle damit ein Moratorium verbunden sein, dass bis zu 20 Jahre lang keine weiteren Auflagen folgten. „Wir wollen, dass die ländlichen Regionen eine Perspektive haben“, sagte er. *Nina Jeglinski*



Mehr Tierwohl stand im Mittelpunkt der Debatte um den Agrarretat.



Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) geriet in der Debatte zu seinem Etat erneut unter Druck.

© picture-alliance/dpa/Michael Kappeler

# Noch ein Rettungsschirm

**WIRTSCHAFT UND KLIMASCHUTZ** Habeck kündigt Hilfen für kleinere Unternehmen an

**R**und 13,05 Milliarden schwer soll er werden, der Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). Besonders die Kapitel Innovationen, Technologie und Neue Mobilität und die Luft- und Raumfahrt sollen erneut einen großen Anteil des Haushalts für das Haus von Bundesminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) ausmachen. Doch die geplanten Investitionen in Forschung und Entwicklung etwa bei der Elektromobilität oder der Wasserstofftechnik, oder die Bekämpfung des Fachkräftemangels und des Klimawandels waren kaum Thema bei der ersten Lesung des Einzelplan 09 am vergangenen Donnerstag. Die Aussprache wurde, wie schon die Generaldebatte am Mittwochmorgen, dominiert von Inflation, explodierenden Energiekosten, Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke, drohenden Unternehmensinsolvenzen und der Eignung des Wirtschaftsministers für sein Amt.

»Verbockt, verhindert, zerstört« Habeck nutzte seine Rede, um mit deutlichen Worten die Kritik an seiner Arbeit, die in den vergangenen Tagen laut geworden war, zurückzuweisen. »Eigentlich haben wir Besseres zu tun, als übereinander zu reden«, so Habeck – und setzt seinerseits einen Sei-

tenhieb gegen den politischen Gegner: Die Union sei für »16 Jahre energiepolitisches Versagen« verantwortlich. Die Ampel räume jetzt in wenigen Monaten auf, was die Union in 16 Jahren »verbockt, verhindert und zerstört« habe. Dann wurde der Minister konstruktiver und kündigte Hilfen für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) an, die von den hohen Gaspreisen besonders betroffen sind. Bis man die Energiepreise senken könne, wolle man den Unternehmen »jede Hilfe zukommen lassen«, sagte Habeck. »Wir werden einen breiten Rettungsschirm für die Unternehmen aufspannen.«

So wolle man energieintensiven KMU die Teilnahme am bereits laufenden Energiekostendämpfungsprogramm (EKDP) ermöglichen. Offen ist noch, bis wann das Programm umgesetzt werden soll und mit welchen Kosten zu rechnen ist – klar ist, dass dieser Posten im vorliegenden Haushaltsentwurf noch nicht berücksichtigt ist.

**Atomkraft** Die Abgeordneten des Koalitionspartners FDP machten in der Debatte deutlich, dass ihnen die angekündigte Lösung mit zwei Atomkraftwerken als Notreserve nicht ausreicht. »Wir müssen Druck auf dem System nehmen«, sagte der Liberale Karsten Klein, dies ginge aber nur mit »mehr Kohle und mehr Kernkraft«. Reinhard Houben sagte, die FDP sei der festen Überzeugung, »dass wir in dieser Notlage die drei AKWs, die uns zur Verfügung stehen, noch einmal mit Brennstäben ausstatten sollten«. Zuvor hatte Houben noch den Ton der Unions-Abgeordneten als dem Niveau der Debatte nicht angemessen bezeichnet, in der Frage der AKW-Laufzeiten ist man sich jedoch mit der CDU/CSU-Fraktion einig. »Wenn Sie sagen, dass jede Kilowattstunde zählt, dann zählt auch jede Form der Energieversorgung«, sagte Jens Spahn (CDU) zum Thema Atomkraft. Seine Parteikollegin Julia Klöckner kritisierte gekürzte Haushaltsmittel für digitale Technologien und innovative Unternehmensgründun-

gen. »Sie kürzen die Mittel für berufliche Bildung und Mittelstand, für Fortbildungseinrichtungen«, so Klöckner und resümierte: »Wir brauchen einen Wirtschaftsminister und keinen Insolvenzverwalter in dieser Bundesregierung.«

Die Rednerinnen und Redner der SPD-Fraktion zeigten sich auffallend aufgeräumt und zuversichtlich, aus dem teilweise heftigen Schlagabtausch zwischen Grünen und Union hielt man sich raus. Zwar signalisierten die Abgeordneten am Rednerpult ihre Unterstützung für den Haushalt des BMWK, aber es wurde auch betont, dass es »in den kommenden Wochen noch Diskussionsbedarf« geben werde. Die Sozialdemokratin Nina Scheer verwies lobend auf den Klimatransformationsfonds, über den über mehrere Jahre eine Summe von 177 Milliarden Euro für den Klimaschutz und eine umweltverträgliche Energieversorgung investiert werden soll. Dazu gehören beispielsweise »Maßnahmen der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien im Gebäudebereich« (16,87 Milliarden Euro) oder die Dekarbonisierung der Industrie (2,2 Milliarden Euro).

Die Redner der AfD bezeichneten die Mitglieder der Bundesregierung als »energiepolitische Geisterfahrer« und »Traumtänzer« (Leif-Erik Holm), »Wirtschaftszerstörer« oder »erbärmliche Heuchler« (Karsten Hils). Für letzteren Kommentar wurde Hils von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) gerügt.

Für Entrüstung nicht nur in den Reihen der Ampelfraktionen und der Union, sondern auch bei den eigenen Genossen sorgte in der Debatte Sahra Wagenknecht (Die Linke). Zu Beginn ihrer Rede forderte sie Minister Habeck zum Rücktritt auf: »Treten sie zurück, Herr Habeck, denn Ihre Laufzeitverlängerung führt ganz sicher zum Supergau der deutschen Wirtschaft.« Dann sagte Wagenknecht in Richtung der Regierungsbank: »Das größte Problem ist Ihre grandiose Idee, einen beispiellosen Wirtschaftskrieg gegen unseren wichtigsten Energielieferanten vom Zaun zu brechen.« Während der Rede bekam Wagenknecht Beifall aus der Fraktion, doch nach der Debatte distanzieren sich mehrere Abgeordnete sowie prominente Parteimitglieder der Linken klar von Wagenknechts Worten. *Elena Müller*



## »Je teurer wir bauen, desto teurer werden die Mieten«

**BAU** Das Ministerium will mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Doch im Bundestag halten viele die Regierung selbst für einen Kostentreiber

Mit einem Moratorium gegen Zwangsräumungen und einem vorübergehenden Mietstopp will die schottische Regionalregierung dem Anstieg der Lebenshaltungskosten begegnen. Maßnahmen ganz nach dem Geschmack von Caren Lay, der wohnungspolitischen Sprecherin der Linken im Bundestag: Schon jetzt müssten die Bürger elf Prozent mehr für das Wohnen ausgeben als im Vorjahr, erklärte sie vergangene Woche in der Debatte über den Etatentwurf für das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen im kommenden Jahr (20/3100). »Und die großen Preissprünge bei Energie kommen ja erst noch.« Lays Fazit: »Niemand darf jetzt seine Wohnung verlieren.« Kündigungen müssten ausgesetzt, Zwangsräumungen und Gassperren verboten werden. Und »das beste Mittel gegen die Inflation ist übrigens ein Mietstopp«, urteilte die Linken-Politikerin.

»Geldverschwendung« Nicht nur Lay befand allerdings, dass der von der Bundesregierung vorgelegte Plan, der 2023 Ausgaben von 5,01 Milliarden Euro (2022: 4,96 Milliarden Euro) für Bauen und Wohnen vorsieht, »bei Weitem nicht ausreicht«, um die drohende »Explosion der Nebenkosten« zu entschärfen. Auch Marc Bernhard (AfD) urteilte, dieser ändere für die Men-

schen »rein gar nichts; denn Sie setzen die nutzlose Geldverschwendung der Vorgängerhaushalte einfach fort«. Mehr noch, die Ampelkoalition würde die Krise am Wohnungsmarkt durch immer härtere Vorgaben zum energieeffizienten Bauen und Sanieren selbst verschärfen; nicht zuletzt sei die Politik der vergangenen zehn Jahre direkt für die hohen Energiepreise verantwortlich. »Ihre Aufgabe ist einzig und allein, dafür zu sorgen, dass die Menschen in unserem Land ausreichend bezahlbaren Wohnraum haben«, appellierte er an Ressortchefin Klara Geywitz. Die Sozialdemokratin, die das neu geschaffene Ministerium im Januar übernommen hat, nachdem die Themen Bauen und Wohnen zuvor anderen Ressorts zugeordnet waren, wies die Kritik zurück. Zum einen sehe die Bundesregierung im jüngsten Entlastungspaket erneut einen einmaligen Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger vor. Ab Januar 2023 solle es zudem eine umfassende Reform des Wohngeldes geben. Der Empfängerkreis solle ausgeweitet und eine dauerhafte Klima- und Heizkostenkomponente implementiert werden. Diese »historisch größte Reform des Wohngeldes wird dabei helfen, dass wesentlich mehr Menschen als bisher Unterstützung bekommen, um ihre Nebenkosten zu tragen«, sagte Geywitz.

Auch der vorliegende Haushaltsplan sei geprägt von der Kernfrage, »wie in Deutschland mehr und preiswertere Wohnungen gebaut werden können«. Das von ihr ins Leben gerufene »Bündnis bezahlbarer Wohnraum« werde dazu bereits am 12. Oktober seine Ergebnisse vorstellen. Geywitz verwies auf Schwerpunkte im Etat: So sollen die Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich steigen, von 750 Millionen im Jahr 2022 auf 2,5 Milliarden Euro für die Jahre 2023 und 2024. 790 Millionen Euro sollen weiterhin an die Länder fließen, um städtebauliche Maßnahmen zu fördern, 228 Millionen Euro (2022: 252

Millionen Euro) an die Kommunen, damit sie Einrichtungen für Sport, Jugend und Kultur sanieren können. Denn: »Auch viele Sportvereine machen sich über ihre Nebenkosten große Sorgen.« Darüber hinaus erhalte das Ministerium eine Milliarde Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds der Bundesregierung, um den Bau klimafreundlicher Wohnhäuser und »Familien bei ihrer Eigentumbildung« zu fördern.

»Eigentum fördern« Auf ein Konzept zur Wohneigentumsförderung, wie es das Ministerium noch im Herbst vorlegen will, pocht innerhalb der Koalition vor allem die FDP. »Wir müssen alles dafür tun, dass Wohneigentum und Bauen im privaten Bereich nicht zu einem unbezahlbaren Luxus für Privatpersonen wird«, betonte Torsten Herbst. Dabei müsse die Bundesregierung auch die Baukosten im Blick behalten. Durch die Einführung neuer Standards dürfe staatliches Handeln nicht zum weiteren Kostentreiber werden. »Denn je teurer wir bauen, desto teurer werden die Mieten.« Herbst erinnerte an den Koalitionsvertrag, in dem der »Check von Bau- und Wohnkosten« niedergeschrieben sei. Auf die derzeit in Planung befindliche Holzbauintiative des Ministeriums verwies in dem Zusammenhang Markus Kurth

(Bündnis 90/Die Grünen). Beton und Zement seien »Klimakiller« und »Kostentreiber« beim Bauen. Mit Holz statt Beton als Baustoff könne auch der Zielkonflikt »Klimaschutz versus Neubau« produktiv aufgelöst werden, befand er. Auf diesen Zielkonflikt hatte zuvor Jan-Marco Luczak (CDU) hingewiesen und die Bundesregierung scharf für ihre Prioritätensetzung kritisiert: »Im Koalitionsvertrag hieß es im Wohnungskapitel noch, dass die Bezahlbarkeit des Wohnens an erster Stelle kommt, die Klimaneutralität erst an der zweiten.« Doch diese Reihenfolge habe sich, »jedenfalls wenn man die Verteilung der Finanzmittel betrachtet, ganz offensichtlich geändert«. Geywitz, urteilte er, werde ihrer Aufgabe als Bauministerin nicht gerecht, wenn sie den Zielkonflikt einseitig zugunsten des Klimaschutzes auflöse. Sie müsse ihren ehrgeizigen Zielen endlich auch Taten folgen lassen. Uwe Schmidt (SPD) gab sich deswegen zuversichtlich. »Das neugeschaffene eigenständige Bundesministerium ist jetzt arbeitsfähig«, erklärte er. Die Themen Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung hätten damit »endlich den Stellenwert erhalten, den sie verdienen«. Nun müsse es darum gehen, die Dinge ins Laufen zu bringen. »Das wird uns im parlamentarischen Verfahren beschäftigen.« *Johanna Metz*



## 20 Prozent mehr für ITZBund

**FINANZEN** Für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen sind laut Haushaltsentwurf der Bundesregierung (20/3100, Einzelplan 08) im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 9,5 Milliarden Euro vorgesehen. Das sind 628,5 Millionen Euro beziehungsweise 7,7 Prozent mehr als im Soll für 2022. Der Großteil der Ausgaben und des Zuwachses entfällt auf die dem Geschäftsbereich des Ministeriums zugeordnete Zollverwaltung sowie das Informationstechnikzentrum Bund (ITZ-Bund).

Von den Fach- und Programmkapiteln schlagen die Wiedergutmachungen des Bundes mit 1,5 Milliarden Euro (Soll 2022: 1,4 Mrd. Euro) am stärksten zu Buche. Für »Sonstige Bewilligungen« sind im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 302,7 Millionen Euro vorgesehen und damit 150,4 Millionen Euro mehr als 2022. Das Gros des Aufwuchses betrifft die Titelgruppe »IT-Betriebskonsolidierung Bund«. Die Ausgaben in diesem Bereich sollen um 142,4 Millionen Euro auf 239,3 Millionen Euro steigen. Für die Bundeszollverwaltung sind Ausgaben in Höhe von 3,2 Milliarden Euro vorgesehen und damit rund 61 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Für das Informationstechnikzentrum Bund sind Ausgaben in Höhe von 1,4 Milliarden Euro veranschlagt. Das ist ein Aufwuchs von 226 Millionen Euro beziehungsweise rund 20 Prozent im Vergleich zu 2022.

Laut Entwurf des Personalhaushalts sollen im kommenden Jahr mit 52.657,2 Stellen und Planstellen 1.375,1 mehr zur Verfügung stehen als in diesem Jahr. Das Plus entfällt vor allem auf die Zollverwaltung (2023: 44.244,1, +1.186,2) und das ITZ-Bund (2023: 3.949,6, +201,4). *scr*

### KURZ NOTIERT

#### Ausgaben für Schuldendienst steigen um 82 Prozent

Das sich verändernde Zinsumfeld schlägt auf den Bundeshaushalt durch: Die Bundesregierung rechnet 2023 mit deutlich höheren Zinsausgaben. Die Ausgaben für den Schuldendienst sollen laut Einzelplan 32 (Bundeshaushalt des Haushaltsentwurfs (20/3100) im kommenden Jahr 29,5 Milliarden Euro betragen. Das sind 13,3 Milliarden Euro beziehungsweise 82,4 Prozent mehr als das Soll für 2022. 2021 hatte der Bund noch 3,9 Milliarden Euro für den Schuldendienst ausgegeben.

Das sich verändernde Zinsumfeld zeigt sich indes deutlich bei den etatisierten »Disagio auf Bundesanleihen, Bundsobligationen, Bundesschatzanweisungen, unverzinsliche Schatzanweisungen und Darlehen«. In den vergangenen Jahren hatte der Bund bei der Ausgabe von Anleihen und Co. Aufgeld (Agio) verlangt, die im Haushalt jeweils einnahmewirksam wurden und die Ausgaben für den Schuldendienst reduzierten. 2021 waren es im Ist 10,9 Milliarden Euro, für 2022 rechnet der Bund noch mit rund 670 Millionen Euro. Für 2023 hingegen geht der Haushaltsentwurf davon aus, dass auf Anleihen und Co. ein Disagio fällig ist. Veranschlagt sind dafür Ausgaben in Höhe von 8,6 Milliarden Euro. Laut Finanzplanung des Bundes (20/3101) sollen die Ausgaben für den Schuldendienst 2024 bei 24,9 Milliarden Euro liegen und bis 2026 auf 29,4 Milliarden Euro ansteigen. *scr*

#### Allgemeine Finanzverwaltung: Weniger Ausgaben

Im Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzverwaltung) des Regierungsentwurfes für den Bundeshaushalt 2023 (20/3100) sind im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 35,82 Milliarden Euro (2022: 57,3 Mrd. Euro) und Einnahmen in Höhe von 409,86 Mrd. Euro (2022: 339,39 Mrd. Euro) veranschlagt. In dem Einzelplan sind »die Einnahmen und Ausgaben zusammengefasst, die nicht einem einzelnen Ressort zugeordnet werden können oder den Bund insgesamt betreffen«.

Den Großteil der veranschlagten Einnahmen in dem Einzelplan machen die Steuereinnahmen aus. Unter den Steuereinnahmen, nämlich als Mindereinnahmen, werden auch die Abführungen an die Europäische Union ausgewiesen. Sie sollen im kommenden Jahr 40,32 Milliarden Euro betragen (2022: 40,2 Mrd. Euro). Im Kapitel Allgemeine Bewilligungen sollen die Ausgaben von 54,63 Milliarden Euro auf 33,14 Milliarden Euro fallen. Grund hierfür ist unter anderem ein deutlich geringerer Ansatz für Corona-Unternehmenshilfen, die in diesem Einzelplan veranschlagt worden sind. Dafür sind für 2023 eine Milliarde Euro etatisiert, im laufenden Jahr sind es 17,24 Milliarden Euro. Zudem ist keine Zuweisung an den Klima- und Transformationsfonds vorgesehen (2022: 5,85 Mrd. Euro). In dem Einzelplan sind zudem Globale Mehrausgaben von fünf Milliarden Euro veranschlagt (2022: vier Mrd. Euro). Im Gegenzug sollen die Globalen Minderausgaben sechs Milliarden Euro betragen (2022: acht Mrd. Euro). *scr*

Auch über dieser Haushaltsdebatte schwebte unsichtbar ein ungebeter Gast der russische Präsident Wladimir Putin. Während der Bundesarbeitsminister tapfer betonte, Putins Kalkül werde nicht aufgehen, die AfD ein Ende der Sanktionen gegen Russland forderte, probierten es andere Abgeordnete mit einem optimistischen Blick auf kommende Reformen, zum Beispiel auf das Bürgergeld, das kommen würde, ganz unabhängig vom Agieren des Präsidenten in Moskau. Die Diskussion über den Haushaltsentwurf 2023 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) am vergangenen Donnerstag verlor sich auf diese Weise nicht in einzelnen Etapensätzen, sondern hatte das große Ganze im Blick. Der Sozialstaat zückt sein Schwert gegen die Bedrohung von außen. So, natürlich staatstragender, drückte sich nicht nur der Minister sinngemäß aus. So betonte Hubertus Heil (SPD): „Die Ursache für die Probleme ist, dass Energie als Waffe eingesetzt wird, um den sozialen Frieden zu untergraben. Putin wird unsere Gesellschaft nicht spalten.“ Jetzt komme es darauf an, Arbeitsplätze zu sichern. Deshalb „werden wir den vereinfachten Zugang zum Kurzarbeitergeld weiter verlängern und den Bundestag bitten, uns alle Handlungsoptionen für eine wirtschaftliche Eskalation im Bereich der Kurzarbeit zu geben“, kündigte er an. Äußere Sicherheit und innerer sozialer Friede seien zwei Seiten einer Medaille, sagte Heil und erklärte mit Blick auf die Fachkräftesicherung: „Wir brauchen nicht nur Krisenmanagement, sondern auch Fortschritt und langfristige Lösungen.“

**Gezielte Hilfen** Hermann Gröhe (CDU) konnte sowohl den angekündigten kurzfristigen als auch den langfristigen Lösungen nicht viel abgewinnen. Er stellte klar, seine Fraktion hätte sich eine gezielte Einmalzahlung in den Entlastungspaketen gewünscht: „Mehr Geld für die, die bis weit in die Mitte unserer Gesellschaft hinein jeden Cent umdrehen müssen, keine Unterstützung für die, die sie nicht brauchen.“ Er bezeichnete außerdem das geplante Bürgergeld als absurd „Einknicken vor Mitwirkungsverweigerern“ und warnte, es dürfe nicht zu einem bedingungslosen Grundeinkommen mutieren.

Markus Kurth (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte wiederum die Art der Kritik aus der Union am Bürgergeld. Dieser läge ein zweifelhaftes Menschenbild zugrunde, sagte er. Die Regierung habe keinesfalls vor, ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen und Sanktionen abzuschaffen, wie es die Union stets behauptete. „Wir haben eine sechsmonatige Vertrauenszeit vereinbart. Es geht darum, zunächst mal auf der Basis von Vertrauen eine Arbeitsbeziehung zwischen Jobcenter, Fallmanagern und Hilfebedürftigen zu beginnen.“ Kathrin Michel (SPD) fügte dem hinzu, es handle sich nicht nur um eine Namensänderung oder Regelsatzerhöhung. „Die Reform bedeutet die Entfristung des sozialen Arbeitsmarktes, mehr gezielte Weiterbildung und vor allen Dingen individualisierte Betreuung auf Augenhöhe.“

Claudia Raffelhüschen (FDP) verteidigte den Haushaltsplan. So würden im Gesamtbudget für die Grundsicherung im kommenden Jahr zwar weniger Mittel zur Verfügung stehen als 2022. „Wir nutzen die vorhandenen Mittel aber effizienter.“ Im Vergleich zum Vor-Corona-Niveau von 2019 stünden Leistungsberechtigten pro Kopf sogar rund 170 Euro mehr zur Verfügung, rechnete sie vor.

Jürgen Pohl (AfD) kritisierte den Etat dagegen als „Haushalt der Ideologen, Träumer und Kostgänger“ und diagnostizierte eine „skandalöse Realitätsverweigerung“. So sei-



# Standhaft bleiben

## ARBEIT UND SOZIALES Mit einem starken Sozialstaat will die Regierung Spaltungstendenzen bekämpfen

Papierfabrik in Brandenburg. Geraten Betriebe in Schieflage, soll wieder Kurzarbeitergeld helfen. © picture-alliance/dpa/Christophe Gateau

en Rentner nach wie vor vergessen, denn die „jämmerlichen 300 Euro“ im Entlastungspaket würden niemals reichen, um die Preissteigerungen auszugleichen. „Die untersten 40 Prozent auf der Einkommensskala haben keine Rücklagen und werden für die verkorkste Energie- und Sanktionspolitik zur Kasse gebeten“, sagte Pohl.

Gesine Lötzsche (Die Linke) charakterisierte das Entlastungspaket als „Tropfen auf den heißen Stein“. Durch die galoppierende Inflation wird es aufgesogen. Wer als Alleinerziehende zwei Kinder zu versorgen hat, wird nicht einmal zur Hälfte entlastet. Wer soll eigentlich Ihrer Meinung nach die andere Hälfte bezahlen? Sie forderte, dass Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen ein Jahr lang monatlich 125 Euro plus 50 Euro für jedes Familienmitglied erhalten.

**Haushalt in Zahlen** Nach einem leichten Rückgang in diesem Jahr soll der Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales im kommenden Jahr um rund zwei Milliarden Euro steigen und damit der ausgangstärkste Etat des Bundeshaushalts bleiben. Laut Haushaltsentwurf 2023 (20/3100) kann das BMAS im nächsten Jahr 163,33 Milliarden Euro (2022: 161,1 Milliarden Euro) ausgeben. Die größten und deutlich gestiegenen Ausgabenposten sind Kosten für die Renten-

versicherung und die Zuschüsse des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: Dafür sieht der Entwurf insgesamt 121,28 Milliarden Euro (2022: 116,79 Milliarden Euro) vor. Ebenfalls ein Schwergewicht im Haushalt sind die Kosten für arbeitsmarktpolitische Leistungen und Programme: Dafür plant der Bund, einschließlich der Mittel für die Bundesagentur für Arbeit, 40,96 Milliarden Euro ein und damit deutlich weniger als 2022 (42,35 Milliarden Euro). 40,59 Milliarden Euro (2022: 40,81 Milliarden Euro) entfallen auf die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Dazu gehören wiederum Leistungen in Höhe von 21,33 Milliarden Euro (2022: 21,09 Milliarden Euro) für das Arbeitslosengeld II. Für die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung sind zehn Milliarden Euro eingeplant (2022: 9,8 Milliarden Euro). Die Leistungen für Eingliederung in Arbeit sollen sich auf 4,2 Milliarden Euro belaufen (2022: 4,81 Milliarden Euro). Claudia Heine

# Lauterbach-Etat deutlich abgespeckt

## GESUNDHEIT Rund 22 Milliarden Euro für 2023

Der Etatentwurf des Bundesgesundheitsministeriums für 2023 kommt deutlich abgespeckt daher. Statt 64,36 Milliarden Euro wie in diesem Jahr sind nun Ausgaben in Höhe von 22,06 Milliarden Euro geplant. Seit 2017 gesetzlich festgeschrieben sind 14,5 Milliarden Euro für den Gesundheitsfonds zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Hinzu kommt diesmal ein ergänzender Bundeszuschuss von zwei Milliarden Euro. Gänzlich coronabefreit ist der Lauterbach-Etat dann aber doch nicht. Gut zwei Milliarden Euro sind für die zentrale Beschaffung von Corona-Impfstoffen eingeplant.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) erklärte zu Beginn der Debatte in der vergangenen Woche die Schrumpfung des Gesundheitshaushaltes mit der Erwartung, die Corona-Pandemie werde Deutschland im kommenden Jahr nicht mehr vor „teure und unlösbare Probleme“ stellen. Lauterbach kündigte zahlreiche Projekte zur Modernisierung des Gesundheitswesens an, die mit dem vorgelegten Haushalt verfolgt würden. Um die Pflege als Arbeitsplatz wieder interessanter zu machen, werde es beispielsweise ein Krankenpflegeentlastungsgesetz geben. Reformen seien auch mit Blick auf die Fallpauschalen bei Krankenhäusern angedacht. Bei Kinderkliniken sollen die Fallpauschalen komplett entfallen und das Prinzip der Kostendeckung greifen, sagte der Gesundheitsminister. Vorankommen will er auch bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens, wo Deutschland im europäischen Vergleich derzeit wie ein Entwicklungsland dastehe.

**Gesundheitskiosk** „Ideenlos, kraftlos und mutlos ist der Haushaltsentwurf“, befand Sepp Müller (CDU). Lauterbach, so seine Forderung, müsse aus dem Modus des Ankündigungsmisters herauskommen und zum „Mach-Minister“ werden. „Verlassen Sie die Corona-Pandemie und kümmern Sie sich um unser Gesundheitssystem“, sagte Müller. Er kritisierte das Regierungsvorhaben, deutschlandweit 1.000 sogenannte Gesundheitskioske als Beratungsangebote für Patienten in sozial benachteiligten Regionen aufbauen zu wollen. Stattdessen brauche es gerade im ländlichen Raum mehr Hausarztpraxen.

Paula Piechotta (Grüne) verteidigte den Gesundheitsminister. Die jetzige Regierung müsse die Fehler der Vorgängerregierung ausbaden, sagte sie. Mit dem Haushaltsentwurf, so Piechotta, steige die Bundesregierung in die sogenannten Pandemie-Bereitschaftsverträge ein. Mit diesem neuen Instrument würden Hersteller hohe dreistellige Millionenbeträge an die Hand gegeben, damit sie Kapazitäten für die Impfstoffproduktion vorhalten, „falls es nochmals zu einer endemischen oder pandemischen Lage kommt“. Weitergeführt würden auch die Beratungshotlines für Patienten – „eine Errungenschaft der Pandemie“, wie die Grünen-Abgeordnete sagte.

Mehr als zwei Milliarden Euro plane der Minister für neue Corona-Impfstoffkäufe, während vorhandene Überbestände vom Verfallsdatum bedroht seien, kritisierte

Wolfgang Wiehle (AfD). Und das, wo doch andere Länder längst zur Normalität zurückgekehrt seien. „Deutschland wird immer mehr zum gesundheitspolitischen Geisterfahrer“, befand Wiehle. Eine nachdenklich stimmende Konstante aber habe der Haushalt, so der AfD-Abgeordnete. Die Pharmaindustrie profitiere „mit zehnstelligen Beträgen“. Nicht nur durch die Impfstoffbeschaffung, sondern auch durch die angesprochenen Pandemie-Bereitschaftsverträge. Karsten Klein (FDP) forderte die Bundesländer auf, Kosten, die der Bund im Rahmen der Corona-Krise übernommen habe,



die aber in der Zuständigkeit der Länder lägen, künftig selbst zu stemmen. Die Länder müssten die entsprechenden Strukturen aufbauen, ihre Gesundheitsämter auf Vordermann bringen und die Digitalisierung dort einführen. „Ich gehe davon aus, dass die Länder 2023, im Falle, dass es nochmal ernst wird, auf eigenen Füßen stehen“, sagte der FDP-Abgeordnete.

Klein machte auf Defizite der Länder im Bereich der Krankenhausinvestitionen aufmerksam. Der Bundesrechnungshof habe festgestellt, dass die Länder jährlich bis zu fünf Milliarden Euro zu wenig in die Krankenhäuser investierten, sagte er. Daher komme die Digitalisierung nicht voran und würden die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern nicht verbessert.

Gesine Lötzsche (Die Linke) warnte vor einer Erhöhung der Krankenkassenbeiträge. Das sei eine „dreiste Abzocke“, sagte sie. Die Alternative sei die Bürgerversicherung, über die die SPD nun schon seit 18 Jahren rede. „Wo bleibt sie?“, fragte Lötzsche. Zugleich kritisierte sie SPD und Grüne, vor der FDP in die Knie gegangen zu sein, als es um die Abschöpfung der „Traumgewinne“ der Pharmaindustrie während der Pandemie ging. „Das darf so nicht weitergehen.“

**Fallpauschalen** Positiv bewertete die Linken-Abgeordnete, dass ein erster Schritt zur Abschaffung der Fallpauschalen gemacht werden solle. Schlussendlich müssten diese aber generell abgeschafft werden. Svenja Stadler (SPD) machte deutlich, dass der Etat über dem von 2019 – dem letzten Jahr vor Corona – liege. „Die Steigerung um 6,8 Milliarden Euro zeigt, dass es uns wichtig ist, etwas zu verändern“, sagte Stadler. Gehandelt werden müsste dort, wo es notwendig sei. Götz Hausding

### »Der Haushaltsentwurf ist ideenlos, kraftlos und mutlos.«

Sepp Müller (CDU)

# Streit um die frühkindliche Sprachförderung

## FAMILIENPOLITIK Die Koalition verspricht ein neues Kita-Qualitätsgesetz und wehrt sich gegen den Vorwurf, die »Sprach-Kitas« abschaffen zu wollen

Der leicht steigende Etat des Bundesfamilienministeriums kann die Oppositionsfraktionen nicht besänftigen: In der Debatte über den Haushalt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für 2023 übten die CDU/CSU-Fraktion, die AfD-Fraktion und die Fraktion Die Linke in der vergangenen Woche deutliche Kritik an den Plänen der Ampel-Koalition für das nächste Jahr. So warf die Union der Regierung vor, die frühkindliche Bildung durch ein Auslaufen des Sprach-Kita-Bundesprogramms zu vernachlässigen, die AfD kritisierte eine falsche Schwerpunktsetzung zugunsten von Minderheiten und Die Linke nannte die hohe Zahl an armen Kindern eine „Schande“. Die Koalition verwies im Gegenzug auf das geplante Kita-Qualitätsgesetz, in dem das bisherige Sprach-Kita-Programm aufgehen könne und auf die Maßnahmen des dritten Entlastungspaketes, mit dem insbesondere auch Familien

gehilfen werde. Die Haushaltsmittel des Familienministeriums sollen im kommenden Jahr geringfügig steigen. Der Einzelplan 17 des Regierungsentwurfs für den Bundeshaushalt 2023 (20/3100) sieht Ausgaben von 12,88 Milliarden Euro vor gegenüber 12,59 Milliarden Euro im vergangenen Jahr. Für gesetzliche Leistungen für Familien sind 11,45 Milliarden Euro eingeplant (2022: 10,76 Milliarden Euro). Größter Einzelposten ist das Elterngeld, das mit 8,28 Milliarden Euro zu Buche schlägt (2022: 7,73 Milliarden Euro). Auf das Kindergeld und den Kinderzuschlag entfallen 1,8 Milliarden Euro (2022: 1,7 Milliarden Euro), davon 1,47 Milliarden Euro auf den Kinderzuschlag für geringverdienende Familien und 195 Millionen Euro auf das Kindergeld. Einspart werden soll bei der Kinder- und Jugendpolitik, für die noch 616,5 Millionen Euro bereitstehen (2022: 1,02 Milliarden Euro). Aufgestockt werden sollen allerdings die Ausgaben zur Stärkung von Viel-

falt, Toleranz und Demokratie, und zwar von 183,5 Millionen Euro auf 200 Millionen Euro. Die Zuschüsse und Leistungen für laufende Zwecke an Länder, Träger und Aufgaben der freien Jugendhilfe summieren sich auf 224,35 Millionen Euro (2022: 296,01 Millionen Euro). 511,84 Millionen Euro soll die Ministerin für die Stärkung der Zivilgesellschaft, für Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik ausgeben können (2022: 578,95 Millionen Euro). Davon entfallen 346,27 Millionen Euro auf die Stärkung der Zivilgesellschaft (2022: 356,1 Millionen Euro) und 207,2 Millionen Euro auf den Bundesfreiwilligendienst (wie 2022).

Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) verwahrte sich gegen den Vorwurf aus den Kommunen, Sprach-Kitas, also Kitas mit dem Schwerpunkt Sprachförderung, abschaffen zu wollen. Die Regierung nehme in den nächsten zwei Jahren jeweils zwei Milliarden Euro in die Hand, um die Qualität der Kitas zu verbessern. Teil des Kita-Qualitätsgesetzes sei auch die Sprachförderung, die eine Regelfinanzierung erhalte und nicht weiter über Projekte finanziert werde, verteidigte sich die Ministerin. Silvia Breher (CDU) wollte diese Argumentation nicht nachvollziehen und sagte:

„Dieser Haushalt vernachlässigt die frühkindliche Bildung.“ Mit dem Ende des Sprach-Kita-Bundesprogramms als eigenes Programm würden lange gewachsene Strukturen zum Ende des Jahres zerstört, denn es gebe immer noch keine Absprache mit den Ländern, wie es ab 1. Januar weitergehen solle. Außerdem stehe die Regierung auch ein Programm zur Fachkräftoffensive für Erzieher. „Für die Zukunft der Kinder ist das nicht viel drin“, lautete ihr Fazit.

**Hausaufgaben für die Länder** Sönke Rix (SPD) sah das ganz anders. Der Bund stelle den Ländern vier Milliarden Euro für eine Kita-Qualitätsoffensive in den nächsten zwei Jahren zur Verfügung. Aber: „Die Länder müssen ihre originären Aufgaben nun wahrnehmen.“ Die Koalition verstetige die Mittel dafür, das bedeute, sie überführe sie in ein Gesetz. Er stellte für seine Fraktion allerdings auch in Aussicht, Übergangslösungen für die bisherigen Strukturen der Sprach-Kitas finden zu wollen. Bruno Hönel (Grüne) verwies auf die angespannte Haushaltslage und die dennoch leicht steigenden Mittel für den Familienetat. „Das ist ein gutes Signal in einer schwierigen Zeit“, sagte er. Während jedoch die Haushaltslage des Bundes schwie-

rig sei, verfügten die Bundesländer derzeit über genügend finanzielle Spielräume, um ihre Aufgaben zu schultern. „Wir geben mit dem neuen Kita-Qualitätsgesetz den Ländern die Möglichkeit, das Programm weiterzuführen“, ergänzte er. Claudia Raffelhüschen (FDP) freute sich, dass trotz der aktuellen Herausforderungen die Schuldenbremse im kommenden Jahr wieder gelten soll. „Denn wir ahnen einerseits alle, dass die weltpolitische Situation uns sicherlich noch auf Jahre hinaus Gründe geben könnte, vieles an staatlichem Geld zu verausgaben und vieles an finanz-

politischer Vernunft über Bord zu werfen.“ Andererseits werde uns gerade vor Augen geführt, was die Geldflutungs politik der EZB bewirke: galoppierende Inflation, Lohn-Preis-Spirale und Rezession. Mariana Harder-Kühnel (AfD) warf der Koalition vor, die traditionelle Familie anzugreifen und sich stattdessen auf Minderheiten- und Gleichstellungspolitik zu konzentrieren. „Lassen Sie doch endlich Frauen Frauen und Männer Männer sein“, sagte sie und kritisierte unter anderem das geplante Selbstbestimmungsgesetz, mit dem die Änderung des Geschlechtseintrags in Dokumenten einfacher werden soll. Die vordringliche Aufgabe der Regierung wäre es, die demographische Katastrophe abzuwenden, hier tue sich aber gar nichts, so Harder-Kühnel.

Gesine Lötzsche (Die Linke) nannte es eine „Schande“, dass Kinder in Deutschland ein großes Armutrisiko seien. Sie kritisierte, dass es noch keine Mittel für die Kindergrundsicherung im Haushaltsplan gebe. „Kinder sind immer die ersten Opfer der Krise“, das sei bei Corona der Fall gewesen, aber das dürfe sich jetzt nicht wiederholen. „Die Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse, sie gefährdet die Zukunft unserer Kinder und Enkel und verhindert nötige Investitionen“, betonte Lötzsche. che



### »Für die Zukunft der Kinder ist in diesem Haushalt nicht viel drin.«

Silvia Breher (CDU)





Eine Alarmsirene in Thüringen: Auch im nächsten Jahr sollen die Warnstrukturen in Deutschland nach den Worten von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) weiter modernisiert werden. © picture-alliance/dpa/Bodo Schackow

# Kürzungen in der Kritik

**INNERES** Auch in der Koalition wird beim Etat von Ministerin Faeser Nachbesserungsbedarf gesehen

Das der Haushaltsentwurf einer Bundesregierung im Parlament auf Kritik der Opposition stößt, ist der Normalfall. Ungewöhnlicher ist dagegen, wenn auch Koalitionsfraktionen Verbesserungsanfragen, wie dies am Freitag bei der ersten Lesung des Haushaltes 2023 des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) geschah. Da meldete Jamila Schäfer (SPD) „parlamentarischen Nachbesserungsbedarf“ am Regierungsentwurf (20/3100, Einzelplan 6) an, und Martin Gerster (SPD) wertete die Etatvorlage als „gute Arbeitsgrundlage“ für die weiteren Beratungen, bei denen man sie noch „ein ganzes Stück besser machen“ könne.

**»Wir können diesen Entwurf ein ganzes Stück besser machen.«**  
Martin Gerster (SPD)

Die Ressortchefin betonte zugleich, dass der Haushaltsentwurf 2023 im Einzelplan des BMI 1,5 Milliarden Euro mehr vorsehe als in der ursprünglichen Finanzplanung. Dabei mache der Sicherheitsbereich mehr als die Hälfte des Budgets aus. Wichtig sei ihr, dass das Technische Hilfswerk (THW) und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sowie das Vollzugspersonal der Bundespolizei und des Bundeskriminalamtes (BKA) von den pauschalen Stellenkürzungen ausgenommen seien. Vielmehr erhalte die Bundespolizei 1.000 zusätzliche Stellen und das BKA 180. Auch die für die Cybersicherheit zuständigen Behörden würden mit dem Etat gut ausgestattet. Ferner werde der Bevölkerungsschutz im Vergleich zur Finanzplanung um rund 145 Millionen Euro gestärkt, fügte Faeser hinzu. Für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) würden 146 neue Stellen geschaffen. Mit dem Etatentwurf 2023 stünden dem THW und dem BBK mehr als eine halbe Milliarde Euro zur Verfügung. Damit werde man unter anderem die Warnstrukturen in den Ländern weiter modernisieren und die Notstromversorgung der kritischen Infrastruktur verbessern.

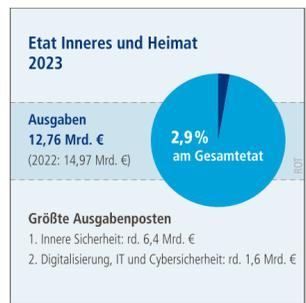
Alexander Throm (CDU) monierte „ein Minus im Sicherheitsbereich von über 1,4 Milliarden Euro“ und hielt Faeser vor, mit einer Kürzung des Innen-Etats um 2,3 Milliarden Euro auf den Stand von 2017 zurückzufallen. Faesers „Neustart“ beim Bevölkerungsschutz sei ein „Fehlstart“, weil sie beim THW um 40 Prozent kürze und beim BBK um 30 Prozent.

**Klimakrise** Jamila Schäfer bemängelte für die Grünen, dass die Abmächung in der Regierung nicht eingehalten worden sei, Cyberabwehr und Zivilschutz im Etat ausreichend zu finanzieren. Die Klimakrise zeige, dass Ereignisse wie extreme Trockenheit, Waldbrände und Flutkatastrophen zunehmen. Daher könne man sich jetzt nicht leisten, „massiv am Zivilschutz zu sparen“. Auch Investitionen in eine Stärkung der kritischen Infrastruktur und der Cyber-Resilienz dürften nicht zurückgehalten werden. Martin Hess (AfD) kritisierte, dass Faeser die Arbeit des Expertenkreises „Politischer Islamismus“ beim BMI einstelle, obwohl der politische Islam und islamistische Terrorismus eine massive Sicherheitsgefahr darstellten. Auch ihre Migrationspolitik verschlechtere die Sicherheitslage von Tag zu Tag. Effektiver Grenzschutz und Abschiebungen seien das Gebot der Stunde. Thorsten Lieb (FDP) hob hervor, dass „bei Berücksichtigung des Auslaufens der Konjunkturmittel“ ein klarer Aufwuchs im BMI-Etat festzustellen sei. Zugleich konstatierte er, dass die Beratungen über diesen

Einzelplan schwierig würden. Die Koalition wolle und werde die Schuldenbremse einhalten. Diese Herausforderung spüre man in den Kernbereichen der inneren Sicherheit, bei Cybersicherheit und Bevölkerungsschutz besonders und werde den Entwurf daraufhin genau prüfen, ob und wo Handlungsbedarf bestehe. André Hahn (Linke) kritisierte, dass im Etatentwurf Mittel beim THW und beim BBK abgezogen würden, statt den Etat aufzustocken. Vor allem bei den ehrenamtlichen Tätigen werde der Rotstift angesetzt, was inakzeptabel sei. Stattdessen solle es mehr Personal bei der Bundespolizei und beim BKA geben, obwohl dort derzeit fast 10.000 Stellen unbesetzt seien. SPD-Mann Gerster sagte, bei Klagen über Kürzungen in Faesers Etat werde verschwie-

gen, „dass der Baubereich in ein neues Ministerium überführt wurde“. Auch werde verschwiegen, dass mit den Corona-Konjunkturpaketen Investitionen in die innere Sicherheit in Höhe von zwei Milliarden Euro vorgezogen worden seien. Dabei sei klar gewesen, „dass diese Mittel zum Jahresende auslaufen“.

**Ausgabenrückgang** Der BMI-Etat 2023 soll nach dem Willen der Bundesregierung ein Ausgabenvolumen von gut 12,76 Milliarden Euro umfassen und damit mehr als 2,22 Milliarden Euro weniger als im laufenden Jahr. Mit rund 6,4 Milliarden Euro weist der Sicherheitsbereich das größte Ausgabenvolumen des Einzelplans auf, gefolgt vom Bereich Digitalisierung, IT- und Cybersicherheit mit rund 1,6 Milliarden Euro. Allein auf die Bundespolizei sollen knapp 4,15 Milliarden Euro entfallen nach gut 4,58 Milliarden Euro im laufenden Jahr. Für das BKA sollen mit gut 881 Millionen Euro rund 25 Millionen Euro weniger zur Verfügung stehen als 2022. Die Ausgaben für das BSI sollen 2023 im Vergleich zum laufenden Jahr um knapp 34 Millionen Euro auf gut 251 Millionen Euro ansteigen. Beim BBK ist im Entwurf im Vergleich zu 2022 ein Ausgabenrückgang um gut 112 Millionen Euro auf knapp 174 Millionen Euro vorgesehen. Die THW-Ausgaben sollen 2023 um rund 158 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr auf gut 386 Millionen Euro sinken. **Helmut Stoltenberg** ■



## Justizetat bleibt stabil

**RECHT** Streit um Rechtsstaat- und Digitalpakt

Im Etat von Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) soll sich im kommenden Jahr kaum etwas ändern. Der Etat ist traditionell der kleinste Einzelplan aller Ministerien. Für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Justiz sind laut Haushaltsentwurf der Bundesregierung (20/3100, Einzelplan 07) im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 953,4 Millionen Euro veranschlagt. Das sind 15,4 Millionen Euro beziehungsweise 1,6 Prozent mehr als das Soll für 2022. Die Einnahmen, die überwiegend durch das zum Geschäftsbereich gehörende Deutsche Patent- und Markenamt erzielt werden, sollen mit rund 640 Millionen Euro 4,5 Millionen Euro geringer ausfallen als in diesem Jahr. Die Debatte zum Einzelplan durchzog wie schon bei den Beratungen zum Haushalt 2022 im ersten Halbjahr der anhaltende Streit zwischen der Bundesregierung in Person des Ministers auf der einen und den Ländern auf der anderen Seite über die geplante Fortsetzung des Pakts für den Rechtsstaat und einen neuen Digitalpakt für die Justiz. Beides hatte die Koalition angekündigt. Die Länder wollen – wie bei der ersten Auflage – Geld vom Bund für neues Personal. Im Justizministerium – und in der FDP-Fraktion – hält man davon wenig. Seine Hand bleibe aber weiter ausgestreckt,

sagte Buschmann. Er wies darauf hin, dass durch die geplante Reform der Ersatzfreiheitsstrafe den Ländern Kosten erspart würden, die summiert höher lägen als die Summe des ersten Rechtsstaatspakts. Er erwarte, dass jeder Euro im Justizsystem verbleibe, forderte Buschmann. Esther Dilcher (SPD) ermahnte die Länder, „verdammte nochmal ihrer Pflicht“ nachzukommen. Justiz sei schließlich Aufgabe der Länder. Für die Grünen betonte Bruno Hönel, Bund und Länder stünden gemeinsam in der Verantwortung, vor allem bei der Digitalisierung in dem Bereich voranzukommen. „Wir nehmen Sie da beim Wort“, sagte Hönel in Richtung Buschmann. Die Union wiederum warf der Bundesregierung vor, das im Koalitionsvertrag gegebene Versprechen gebrochen zu haben. Man sei keinen Schritt vorangekommen, kritisierte Andrea Lindholz (CSU).

**Fahren ohne Fahrschein** Clara Büniger (Die Linke) forderte die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe und die Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein. Michael Spendlinger (AfD) kritisierte die Corona-Politik. Der Justizminister solle sich dafür stark machen, dass das Wort Evidenz nicht zum „Fremdwort in unserer Rechtssetzung wird“, forderte er. **scr** ■

## »Ministerium der verpassten Chancen«

**BILDUNG** Stark-Watzinger spricht von Trendwende, die Opposition von Rückwärtsgang

Für Bildungs- und Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) ist klar, die „Trendwende“ in ihrem Ressort ist gelungen. Drei Milliarden Euro mehr will die Ampelkoalition in dieser Legislaturperiode für Forschung und Bildung ausgeben. Für das Jahr 2023 sieht der Haushaltsentwurf 20,57 Milliarden Euro vor – etwa 180 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Die Erhöhung und Ausweitung des Bafögs seien ein erster wichtiger Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit, sagte Stark-Watzinger bei der Debatte zum Einzelplan 30 vergangenen Donnerstag im Bundestag.



Eine andere Bilanz zieht Unionspolitiker Thomas Jarzombek (CDU). Die Bafög-Novelle gehe nicht weit genug, bei angekündigten Vorhaben wie der Gründung des geplanten Netzwerks Dati oder dem Wissenschaftszeitarbeitsgesetz sei bisher nichts geschehen. „Fangen Sie endlich an zu arbeiten“, sagte Jarzombek in Richtung der Ministerin, sonst werde aus dem Chancenministerium „das Ministerium der verpassten Chancen“. Auch für Petra Sitte von der Fraktion Die Linke sei der aktuelle Haushaltsentwurf eher „Rückwärtsgang“ als Fortschritt. Die angekündigte einmalige Förderung für Studierende durch das Entlastungspaket sei bei den aktuellen Preissteigerungen eher „ein Tröpfchen auf dem heißen Stein“. Teilzeit- und Gaststudierende würden leer ausgehen. Hier müsse nachgeliefert werden.

**Fehlende Verlässlichkeit** Große Teile des veranschlagten Etats fallen in den Bereich Wissenschaft und Forschung. Für die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems sind 7,74 Milliarden Euro veranschlagt, davon 695 Millionen Euro für die Entwicklung des Hochschul- und Wissenschaftssystems. Die Sorge an den Hochschulen sei dennoch groß, da niemand absehen könne, wie sich die aktuelle



Hochschulen brauchen in unsicheren Zeiten verlässliche Rahmenbedingungen.

Situation entwickeln werde und welche Herausforderungen sich dadurch noch ergeben, berichtete Stephan Seiter (FDP). Die Hochschulen bräuchten verlässliche Rahmenbedingungen für langfristige Planung. Dass die Finanzierung des Forschungsschiffes Polarstern II gesichert sei, sei ein Herzensanliegen seiner Fraktion, sagte Bruno Hönel (Bündnis 90/Die Grünen). Den-

## Roth darf auf mehr hoffen

**KULTUR** Auch wenn der Regierungsentwurf für den Haushalt von Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) im kommenden Jahr mit 2,16 Milliarden Euro um 130 Millionen Euro unter ihrem Etat in diesem Jahr liegt, wird Roth am Ende der Haushaltsberatungen höchstwahrscheinlich doch wieder einen Zuwachs verzeichnen können. In den vergangenen Jahren hatten sich die Haushaltspolitik des Bundestages immer recht spendabel gezeigt, und den Etat für Roth und ihre Amtsvorgängerin Monika Grütters (CDU) gegenüber dem Regierungsentwurf erhöht. Zu den größten Einzelposten in Roths Etat zählt mit rund 322 Millionen Euro die Stiftung Preussischer Kulturbesitz (2022: 310 Millionen Euro). Der Zuwachs von zwölf Millionen Euro erklärt sich vor allem mit der Erhöhung der Mittel für die Errichtung des „Museums „Neue Nationalgalerie – Museum des 20. Jahrhunderts“, für das rund 44 Millionen Euro eingeplant sind. Die Förderung hauptstadtbedingter kultureller Maßnahmen und Veranstaltungen in Berlin ist wie im Vorjahr mit rund 35 Millionen Euro veranschlagt, die Zuschüsse an kulturelle Einrichtungen in Berlin mit 54,3 Millionen Euro (2022: 75 Millionen Euro). Rund 778 Millionen Euro sind für die Kulturförderung im Inland vorgesehen, wovon 175 Millionen für die Stärkung der Film- und Serienproduktion, weitere 46 Millionen Euro für die Filmförderung sowie rund 48 Millionen an Zuschüssen für Einrichtungen auf dem Gebiet der Musik, Literatur, Tanz und Theater. Für die Pflege des Geschichtsbewusstseins sind rund 108 Millionen Euro vorgemerkt. Weitere große Etatposten sind die Deutsche Nationalbibliothek mit 58 und das Bundesarchiv mit 184 Millionen Euro. Um vier auf insgesamt 409 Millionen Euro sollen die Förderung und die Zuschüsse des Bundes an die Deutsche Welle erhöht werden. **aw** ■

## Sportetat sinkt deutlich

**SPORT** Der Sportetat soll im kommenden Jahr deutlich niedriger ausfallen als in diesem Jahr. Grund dafür sind unter anderem wegfallende Mittel mit Corona-Bezug. Die im Etat des Bundesministeriums des Innern und für Heimat veranschlagte Titelgruppe 02 (Einzelplan 06, Kapitel 0601) sieht im Regierungsentwurf (20/3100) Ausgaben in Höhe von 296,79 Millionen Euro vor. Das sind 73,19 Millionen Euro beziehungsweise 19,8 Prozent weniger als in diesem Jahr. Fast unverändert ist der Ansatz für „Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports“, der 2023 183,4 Millionen Euro betragen soll (2022: 183,8 Mio. Euro). Die Beteiligung des Bundes an der Ausrichtung der Special Olympics World Games 2023 in Berlin soll von 17,07 Millionen Euro auf 21,45 Millionen Euro steigen. Für die Ausrichtung der stattgefundenen European Championships 2022 sind im kommenden Jahr noch 223.000 Euro im Haushalt eingestellt, in diesem Jahr sind es 23,25 Millionen Euro. Vorerst keine neuen Mittel sind für das Programm „Neustart nach Corona“ vorgesehen. Dafür hatte der Bund in diesem Jahr 25 Millionen Euro veranschlagt. Auch für die Corona-Überbrückungshilfe für Profisportvereine sind im kommenden Jahr vorerst keine Mittel veranschlagt. In diesem Jahr sind 27,11 Millionen Euro im Haushalt etatieren. **scr** ■

**A**ngesichts der Debatte über Unterstützung für die Bürgerinnen und Bürger wegen der hohen Energiepreise hat Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) davor gewarnt, die Lage in Deutschland gegen die Hilfe für die Menschen in der Ukraine oder in Afrika auszuspielen. Die Solidarität mit den aus der Ukraine Geflüchteten sei „unsere gemeinsame Stärke“, sagte sie vergangene Woche bei der Vorstellung des Haushalts des Auswärtigen Amtes für 2023. „Lassen Sie uns es dem russischen Regime nicht so einfach machen, in diesen Momenten unsere größte Stärke anzugreifen. Und das ist unser Zusammenhalt.“

Der Etat für ihr Ministerium soll im kommenden Jahr geringer ausfallen als in diesem Jahr. Laut Regierungsentwurf (20/3100) sind im Einzelplan 05 Ausgaben von 6,4 Milliarden Euro vorgesehen, was gegenüber 2022 (7,11 Milliarden Euro) einen Rückgang bedeutet. Für die Sicherung von Frieden und Stabilität soll Baerbock 3,43 Milliarden Euro ausgeben können. In diesem Jahr standen dafür noch 4,07 Milliarden Euro zur Verfügung. Kürzungen sind auch bei der humanitären Hilfe und der Krisenprävention geplant, der Ansatz soll von drei Milliarden Euro auf 2,52 Milliarden Euro schrumpfen. Es sind Botschaften, die keine Chefdiplomatin gerne überbringt. Baerbock sprach angesichts dieser Zahlen denn auch davon, dass die Menschen in der Ukraine und anderen Teilen der Welt nicht vernachlässigt werden dürfen. In einer der größten außenpolitischen Krisen dürfe nicht im Außenbereich und bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gekürzt werden. Vielmehr müsse man konstruktiv überlegen, wie man klare Prioritäten setzen könne „bei der humanitären Hilfe, aber eben auch weiter bei der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik“. Kritik am eigenen Etat – das sorgte auf den Oppositionsbänken bei manchem Abgeordneten für Unverständnis: „Warum kürzen Sie dann?“, fragte der Linken-Abgeordnete Victor Perli in einem Zwischenruf.

**Trugschluss** Jürgen Hardt (CDU) ging auf die Sorgen angesichts steigender Energiepreise und wachsender Inflation und Forderungen nach einem Ende der Sanktionen gegen Russland ein. Es sei ein Trugschluss zu glauben, man hätte „Ruhe und Frieden und wieder billiges Gas“, wenn man auf den russischen Präsidenten zugehen würde. „Putin würde sich dadurch ermutigt fühlen, fortzuschreiten“ und weitere Nachbarn angreifen. Es sei nicht nur moralisch gerechtfertigt, die Ukraine massiv zu unterstützen, sondern auch eine pragmatische Entscheidung, weil die Ukrainer „eben auch unseren Kampf kämpfen“. Hardt übte in diesem Zusammenhang Kritik an Aussagen der Bundesregierung in Bezug auf Waffenlieferungen. Mit Blick auf eine mögliche Aufstockung der Mittel für die humanitäre Hilfe signalisierte er der Koalition Verhandlungsbereitschaft.

Gabriela Heinrich (SPD) zeigte sich „nicht so glücklich“ mit einigen Ansätzen im Etat, insbesondere bei der humanitären Hilfe. Die deutsche Außenpolitik müsse in vielen Regionen die blanke Not lindern. Die Mittel dafür seien in den vergangenen Jahren zwar massiv gesteigert worden, „und das war richtig“. Das Geld habe aber trotzdem nicht gereicht. Im Sinne einer Stärkung der Zivilgesellschaft in den Partnerländern werde man außerdem darauf drängen, die Mittel für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik wieder auf die sogenannte „Kulturmilliarde“ zu erhöhen. Mit Blick auf den russischen Überfall auf die Ukraine betonte Heinrich, dass für ihre Fraktion Diplomatie immer Vorrang habe. Putin sei

# Luft nach oben

**AUSWÄRTIGES** Geplante Kürzungen bei der humanitären Hilfe sorgen nicht nur bei der Opposition für Unverständnis



Frauen im Flüchtlingslager Kaam Jiroon in Somalia stehen für eine Ration Wasser an: Die Vereinten Nationen warnen vor einer Hungerkatastrophe infolge einer Dürre in dem Land am Horn von Afrika.

aber aktuell „null an Verhandlungen interessiert“ und sei es auch nie gewesen. Michael Espendiller (AfD) warf der Bundesregierung vor, sich mit ihrer Sanktionspolitik gegenüber Russland „diplomatisch verzockt“ zu haben: Man mache „auf dicke Hose“ und rede einem Ölembargo und dem Verzicht auf russisches Gas das Wort.



„Und dann ist das Geschrei groß, wenn tatsächlich kein russisches Gas mehr kommt“. Die Sanktionen führten hierzulande nicht nur zu steigenden Preisen an den Tankstellen, beim Einkaufen, bei Strom- und Gasanschlägen der Versorger, sondern bescherten Russland auch noch höhere Einnahmen als zuvor. Alexander Graf Lambsdorff (FDP) erinnerte indes daran, dass die Wirtschaft schon vor dem Krieg in der Ukraine durch eine „borniert überharte Zero-Covid-Politik“ und die daraus folgenden Disruptionen in den Lieferketten schwer gestört“ gewesen sei. Hinzu käme auch noch Protektionismus als eine Ursache. „Wir dürfen uns dem Protektionismus nicht ergeben.“ Man müsse Handelsabkommen wie Ceta mit Kanada und Mercosur mit Südamerika voranbringen und weitere solche Abkommen schließen, „denn die Globalisierung ist die Grundlage des Wohlstands unseres Landes“. Gregor Gysi (Die Linke) monierte, dass im Krieg zwischen Russland und der Ukraine

ausgerechnet die Türkei als Vermittler auftrat, die völkerrechtswidrige Kriege in Syrien und im Irak führe und Griechenland bedrohe. „Wäre das Einnehmen der Vermittlungsrolle nicht eigentlich eine Aufgabe des Bundeskanzlers Scholz und des französischen Präsidenten Macron?“ Gysi kritisierte zudem die Hilfen der Bundesregierung angesichts steigender Preise bei Lebensmitteln und Energie als „unzureichend und Flickschusterei“. Es wäre wichtig, über bestimmte Sanktionen neu nachzudenken und andererseits die Energieversorgung der Bevölkerung in vollem Umfang zu sichern. Jamila Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) wandte sich gegen die vorgesehenen Kürzungen bei humanitärer Hilfe und auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik. Diese Mittel seien „nicht einfach nur Geschenke an andere Länder. Diese Gelder sorgen für ein Mindestmaß an Menschlichkeit“ – bei Naturkatastrophen wie derzeit in Pakistan, bei Hungerkrisen wie derzeit in Somalia, durch Unterstützung der Zivilbevölkerung in der Ukraine. **Alexander Heinrich**

# Lambrechts teure Truppe

**VERTEIDIGUNG** Das Sondervermögen lässt die Ausgaben auf das Rekordhoch von 58,6 Milliarden Euro steigen

„Eine starke Truppe“ – mit diesem Slogan warb die Bundeswehr des Kalten Kriegs in den 1980er Jahren. Um die Stärke der deutschen Streitkräfte ist es jedoch seit vielen Jahren nicht mehr zum Besten bestellt. Es mangelt an Ausrüstung und modernen Waffensystemen, von einer Vollausstattung der einzelnen Truppenteile kann keine Rede sein, in den Munitionsbeständen klaffen große Lücken und von der angestrebten Sollstärke von 203.000 Soldaten bis zum Jahr 2025 ist es mit aktuell rund 183.000 noch ein weiter Weg für das Personalmanagement der Bundeswehr. Doch eines ist die Bundeswehr ohne Zweifel wieder: eine teure Truppe. Und nach dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2023 (20/3100, Einzelplan 14) wird sie noch um einiges teurer werden. Zwar soll der reguläre Wehretat 2023 gegenüber diesem Jahr leicht um 300 Millionen Euro auf 50,1 Milliarden Euro sinken, doch Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) sollen aus dem kreditfinanzierten 100 Milliarden schweren „Sondervermögen Bundeswehr“ weitere 8,5 Milliarden Euro zufließen. Unter dem Strich stehen 58,6 Milliarden Euro.

Verteidigungsministerin Lambrecht begründete in der ersten Lesung ihres Etats noch einmal die gewaltigen Ausgaben. Zum einen habe das „ständige Zusammensparen“ der vergangenen Jahre „es der Bundeswehr unmöglich gemacht, die Landes- und Bündnisverteidigung zu gewährleisten.“ Und zum anderen habe der „brutale Angriffskrieg“ Russlands auf die Ukraine gezeigt, dass Deutschland bereit sein müsse, „auch mit militärischen Mitteln“ für seine Werte einzustehen.

**Beschaffungen** Lambrecht kündigte an, dass von 65 identifizierten Rüstungsprojekten inzwischen 41 haushalterisch abgesichert seien und zum Vertragsabschluss gebracht werden könnten. So soll die Bundeswehr nach Jahren des Zögerns ab 2026 den neuen schweren Transporthubschrauber CH-47F Chinook erhalten und das Tarnkappen-Mehrzweckkampfflugzeug F-35, das die veralteten Tornado-Jets ersetzen und somit die nukleare Teilhabe Deutschlands in der Nato erhalten soll. Zudem soll die Truppe nach Aussage Lambrechts ab 2024 über bewaffnete Kampfdrohnen verfügen. Insgesamt stehen Lambrecht laut Etatentwurf im kommenden Jahr rund acht Milliarden Euro aus dem regulären Etat und weitere 8,2 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen zur Verfügung. Begleitet wurden Lambrechts Ankündigungen von Zwischenrufen und Gelächern aus den Reihen der Unionsfraktion. Der CSU-Verteidigungspolitiker Reinhard Brandl erinnerte Lambrecht in seiner Rede dann auch daran, dass es doch ihre Partei in der vergangenen Legislaturperiode gewesen sei, die eine Entscheidung über Kampfdrohnen und einen Tornado-Nachfolger blockiert habe.

**Zwei-Prozent-Ziel** Kerstin Vieregge (CDU), Obfrau im Verteidigungsausschuss, monierte, der vorgelegte Etatentwurf stehe im Widerspruch zur Ankündigung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), gemäß der Nato-Vereinbarung dauerhaft zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben. In Anbetracht der Inflationsentwicklung sei es „nicht nachvoll-

ziehbar“ und „schlicht unverantwortlich“, dass der reguläre Etat im kommenden Jahr um 300 Millionen Euro gekürzt werden soll. Die Haushaltspolitiker Sebastian Schäfer (Grüne) und Karsten Klein (FDP) wiesen die Kritik der Union zurück. Im Gesetz über das Sondervermögen, das die Union „dankenswerterweise“ mitbeschlossen habe, heiße es, dass das Zwei-Prozent-Ziel der Nato „im mehrjährigen Durchschnitt von maximal fünf Jahren“ mit Hilfe des Sondervermögens erreicht werden soll, führte Schäfer aus. Und Klein rechnete vor, dass zusammen mit den Mitteln aus dem Sondervermögen der Bundeswehr im kommenden Jahr elf Milliarden Euro mehr zur Verfügung stünden, als in den mittelfristi-



gen Planungen der ehemaligen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) vorgesehen.

Aus der rechten Seite des Plenarsaals des Bundestages machte der verteidigungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Rüdiger Lucassen, allerdings eine ganz andere Rechnung auf. Von den rund 50 Milliarden des regulären Wehretats flössen gerade noch 19 Prozent in militärische Beschaffungen und Wehrforschung. „Der Rest geht in den laufenden Betrieb, in Lohnanpassungen, Versorgungsleistungen, Materialerhaltung, in den Betrieb von Kasernen, in Betreiberverträge oder geht durch Inflation verloren“, führte Lucassen aus. Auch das Sondervermögen werde durch die Inflation entwertet, in fünf Jahren werde es nur noch 62 Milliarden Euro wert sein.

Auf der linken Seite rechnet man im Bundestag wiederum anders. „Noch nie wurde so viel Geld in der Bundesrepublik für militärische Aufrüstung ausgegeben, und noch nie war das Leben so unsicher“, sagte die haushaltspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Gesine Lötzsch. Nach Nato-Kriterien seien es gar 64 Milliarden Euro und dies sei „mehr als für Bildung, Forschung, Familie, Senioren, Frauen, Jugend, Wohnungsbau, Forschung Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit, Verbraucherschutz, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Inneres und Heimat insgesamt vorgesehen“ seien. Ihre Forderung: Das Wehretat, von dem vor allem die Besitzer von Rüstungs-Aktien profitierten, müsse beendet werden.

Für den SPD-Haushaltspolitiker Andreas Schwarz sind die Verteidigungsausgaben hingegen „die Dividende, die wir jetzt einbringen für unsere Freiheit“ und für die „Demokratie in unserem Land und in Europa“. **Alexander Weinlein**

# »Kurzfristig und nicht ehrgeizig«

**ENTWICKLUNG** Geplante Kürzungen für das Kinderhilfswerk Unicef und UN Women sorgen für Unmut. Vertreter der Koalition kündigen Nachbesserungen an

Nach Steigerungen in den Vorjahren muss der Haushalt 2023 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Einbußen von gut zehn Prozent hinnehmen. So sieht es der Regierungsentwurf für den Einzelplan 23 des Bundeshaushalts (20/3100) vor. Stehen Ministerin Svenja Schulze (SPD) in diesem Jahr noch 12,35 Milliarden Euro zur Verfügung, so sollen es 2023 nur noch 11,08 Milliarden Euro sein. Unzufrieden damit zeigte sich nicht nur die Opposition, auch aus den Koalitionsfraktionen kamen Absichtserklärungen, den Entwurf im Zuge der Etatberatungen nachzubessern. Im Einzelnen sind für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit 4,96 Milliarden Euro vorgesehen gegenüber 5,36 Milliarden Euro 2022. Der darin enthaltene Ansatz für die bilaterale finanzielle Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten beläuft sich auf 2,29 Milliarden Euro (2022: 2,24 Milliarden Euro).

**Krisenvorsorge** Die bilaterale Technische Zusammenarbeit umfasst laut Entwurf 1,82 Milliarden Euro nach 1,97 Milliarden Euro 2022. Die Mittel für Krisenbewältigung und Wiederaufbau von Infrastruktur sollen von 878,98 Millionen Euro 2022 auf 575,63 Millionen Euro sinken. Die Re-

gierung begründet dies mit fünf Milliarden Euro, die als Mittel für die globale Krisenvorsorge im Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzverwaltung) eingestellt sind. Für die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit sollen 2,28 Milliarden Euro (2022: 2,96 Milliarden Euro) ausgegeben werden können. Nahezu halbiert werden sollen die Beiträge an die Vereinten Natio-



Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD)

nen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen. Statt 1,01 Milliarden Euro (2022) sind dafür noch 506,66 Millionen Euro eingestellt. Nicht zuletzt diese Kürzungen sorgten für Unmut. Der CSU-Abgeordnete Wolfgang Stefinger rügte die Kappungen bei den Beiträgen für das Kinderhilfswerk Unicef oder für UN Women, die Organisation für Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit. Auch beim Welternährungsprogramm werde um mehr als 60 Prozent gekürzt. „Kurzfristig und nicht ehrgeizig“ sei der Entwurf. Auch für Sanae Abdi (SPD) wird damit international eine falsche Botschaft gesendet. Die Einhaltung der Schuldenbremse könne das nicht rechtfertigen. Abdi sprach sich für eine deutliche Aufstockung aus und zeigte sich zuversichtlich, hier nachbessern zu können. Die Folgen der Klimakrise bedrohten „auch unser Wirtschaftssystem“, sagte sie. Das globale Ernährungssystem müsse von Grund auf reformiert werden. Erforderlich sei die „langfristige Ernährungssouveränität unserer Partnerländer“. Dass mehr getan werden müsste, betonte auch der CDU-Abgeordnete Volkmar Klein. Die Zunahme der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums nann-

te Klein „taktlos“ angesichts der sonstigen Kürzungen im Etat.

**Resilienz** „Es ist nicht egal, wie es den Menschen anderswo geht“, sagte Ministerin Svenja Schulze (SPD) und fügte hinzu, die fünf Milliarden zur Krisenvorsorge würden für die Entwicklungspolitik gebraucht. Sie setze hier auf die Unterstützung der Abgeordneten. Für die SPD-Haushaltspolitikerin Bettina Hagedorn steht indes noch nicht fest, wofür diese Krisenvorsorgemittel ausgegeben werden. Schulze lobte, dass im neuen Entlastungspaket der Regierung eine Milliarde Euro zur Bewältigung der Ernährungskrise vorgesehen seien. Die Entwicklungspolitik trage maßgeblich dazu bei, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Resilienz in den Partnerländern zu stärken. Es gehe nun darum, entsprechende strukturelle Veränderungen einzuleiten und umzusetzen. Der Grünen-Abgeordnete Felix Banaszak lobte, dass für den internationalen Klima- und Biodiversitätsschutz nach wie vor vier Milliarden Euro zur Verfügung stünden. Gebrauch würden allerdings mindestens sechs Milliarden Euro. Wie Abdi gab sich Banaszak optimistisch, „den Herausforderungen noch besser gerecht zu werden, als



es der Entwurf vermuten lassen mag“. Seine Fraktionskollegin Deborah Düring, betonte die Verantwortung, „für globale Gerechtigkeit zu kämpfen“. Angesichts der Krisen sei man von einer angemessenen Ausstattung noch weit entfernt.

**Risiko** Für mehr privatwirtschaftliches Engagement plädierte Claudia Raffelhüschen (FDP). Es sei nicht Aufgabe des BMZ, jedes unternehmerische Risiko eines deutschen Investments in einem Entwicklungsland abzufedern. Raffelhüschen sprach sich dafür aus, mit den elf Milliarden besser zu

wirtschaften und größtmögliche Wirkung zu entfalten, etwa durch Bürokratieabbau. Ihr Fraktionskollege Christoph Hoffmann rechnete vor, dass der Anteil des BMZ-Etats am ebenfalls schrumpfenden Gesamthaushalt des Bundes wie 2022 bei 2,49 Prozent liege. Er regte zudem an, im Kanzleramt das Amt eines Wirtschaftsbeauftragten für Afrika zu installieren.

Für Edgar Naujok (AfD) ist der Etat zu gut ausgestattet. Angesichts der Lage seien elf Milliarden Euro in keiner Weise vertretbar und grenzten an staatlich organisierte „Verschwendung von Steuergeldern“. Auch aus Sicht seines Fraktionskollegen Michael Espendiller sind elf Milliarden Euro Ausgaben, die „aufgrund der Belastungen der eigenen Bevölkerung Anlass zu Kritik geben“. Jedes Land habe die Pflicht, sich zunächst um die eigene Bevölkerung zu kümmern.

Den Entwicklungsetat auf den Stand vor der Corona-Pandemie zu kürzen, hält Cornelia Möhring (Die Linke) für „fahrlässig und verantwortungslos“. Die Streichung von Mitteln für die Vereinten Nationen sende falsche Signale. Gebraucht werde ein Strukturwandel hin zu globaler Ernährungssouveränität. Für die Abgeordnete trägt der Entwurf die „Handschrift der FDP“. **Volker Müller**



Isaac Herzog sprach sich im Parlament für eine Vertiefung der Beziehungen zwischen Deutschland und Israel aus und begrüßte den Vorschlag von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD, Foto oben, 2. v. li.), ein deutsch-israelisches Jugendwerk einzurichten. Zusammen mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier besuchte er auch die Gedenkstätte des KZ Bergen-Belsen (u. re.) Den Gedenkstein hatte sein Vater bei seinem Staatsbesuch 1987 mitgebracht. © picture-alliance/dpa/Michael Kappeler/Geisler-Fotopress/Ulrich Stamm/DBT/Florian Gaertner/photothek

# »Die Zukunft gehört uns«

**REDE** Israels Staatspräsident Isaac Herzog sendet im Bundestag klare Botschaften an Deutschland

So ungewöhnlich hat eine Bundestagsitzung selten angefangen. Israels Staatspräsident Isaac Herzog, auf seinem ersten Staatsbesuch in Deutschland eingeladen, eine Rede vor dem deutschen Parlament zu halten, beginnt diese mit einem Gebet. Er setzt sich eine schwarze Kippa auf und bittet die Anwesenden auf Hebräisch, sich zu erheben. Mit gesenkten Köpfen und vor dem Schoß gefalteten Händen stehen sie da, während Herzog in die Stille des Plenarsaals hinein das Jiskor-Gebet spricht, mit dem das jüdische Volk sich an seine verstorbenen Angehörigen erinnert, der Präsident widmet es an diesem Tag den sechs Millionen unter nationalsozialistischer Herrschaft ermordeten Jüdinnen und Juden. „Gedenke Gott der Seelen unserer Brüder und Schwestern des jüdischen Volkes, der Opfer der Shoah und ihrer Helden“, sagt er mit klarer Stimme. „Mögen sie in Frieden ruhen. Amen.“

**»Wir müssen Antisemitismus und Hass den Kampf ansagen.«**

Isaac Herzog, Staatspräsident Israels

**Schwerer Gang** Es ist nicht der erste besondere Moment an diesem Dienstag im Bundestag. Schon bei Herzogs Ankunft im Plenarsaal hatten alle Fraktionen den Gast lange mit stehendem Applaus begrüßt. Auch wenn vor ihm schon vier israelische Staatspräsidenten im Bundestag gesprochen haben, und erst im Januar diesen Jahres der Präsident der israelischen Knesset,

Mickey Levy, hier eine Rede zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus hielt, wird spürbar, wie wenig diese Termine noch immer mit politischer Routine zu tun haben.

Dass ein Besuch in Deutschland auch für ihn, 77 Jahre nach Ende der Shoah und 57 Jahre nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern, alles andere als gewöhnlich ist, machte der elfte Staatspräsident Israels in seiner emotionalen Ansprache deutlich.

„Es ist nicht leicht“, erklärte Herzog. „Wenn ich deutschen Boden betrete, kann ich der Erinnerung nicht entweichen.“ Deutschland habe seinem Volk über Tausende von Jahren „eine prächtige Heimstatt“ gegeben, aber es sei auch der Ort, „an dem die größten Gräueltaten an ihm verübt wurden“. Das Andenken daran zu bewahren, und zugleich Hass und Antisemitismus entschieden zu bekämpfen, sei „Verpflichtung und moralische Auflage“, auch gegenüber künftigen Generationen, mahnte er wie zuvor schon Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD).

Dann zitiert er die Worte eines seiner Vorgänger – die seines Vaters Chaim Herzog, der 1987 als erstes israelisches Staatsoberhaupt überhaupt Deutschland besucht hatte: „Kein Vergeben bringe ich, kein Vergessen. Nur die Toten haben das Recht zu vergeben; die Lebenden haben kein Recht zu vergessen.“

Herzog tritt auf dieser Reise oft in die Spuren seines Vaters. Etwa als er im Anschluss an seine Rede mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Bergen-Belsen besucht. Chaim Herzog hatte es 1945 als britischer Soldat mitbefreit, 1987 kehrte er dahin zurück, mit einem Gedenkstein, geschlagen aus Jerusalemer Felsen.

**Härte gegenüber Iran** Auch an die Rede, die der Vater anlässlich seines Staatsempfangs am 6. April 1987 in Berlin hielt, knüpft Herzog an vielen Stellen an. Während Chaim Herzog damals allgemein von der historischen Verantwortung Deutschlands sprach, Israel beim „Überleben zu helfen und sich all dessen zu enthalten, was zur Stärkung unserer erklärten Feinde beitragen kann“, adressiert Isaac Herzog direkt den Iran und ruft die Staatengemeinschaft zur Härte gegenüber dem Regime und dessen Plänen zur Entwicklung von Kernwaffen auf. „Wer die Shoah leugnet, wer die Daseinsberechtigung Israels bedroht, hat keinen Anspruch auf Verträge, die ihn nur bestärken“, mahnt Herzog in Anspielung auf das Atomabkommen mit Teheran, das die USA, Frankreich, Großbritannien und Deutschland gerade wieder in Kraft zu setzen versuchen. Darüber hinaus fordert er die „palästinensischen Nachbarn“ auf, „den Terror zu bekämpfen und ihn sofort einzustellen“. Deren Terrororganisationen seien auch verantwortlich für die „abscheulichen Morde“ an elf israelischen Sportlern während der Olympischen Spiele im Jahr 1972 (siehe Text unten).

Einen Tag zuvor hatte Herzog anlässlich des 50. Jahrestags des Attentats an einer Gedenkveranstaltung für die Opfer teilgenommen – nur wenige Tage, nachdem eine jahrzehntelange Auseinandersetzung zwischen der Bundesregierung und den Hinterbliebenen über Entschädigungszahlungen endlich beigelegt werden konnte. Dafür dankt Herzog Bundespräsident Steinmeier, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und der bayerischen Landesregierung ausdrücklich. „Der Staat Israel ist stolz auf seine Partnerschaft mit Deutschland“, betont er im Bundestag. Auch wenn man die Vergangenheit nicht überbrücken könne, „die Zukunft gehört uns“.

**Überwundene Mauern** Bundestagspräsidentin Bas spricht von einem „Geschenk“ angesichts der Tatsache, dass Gespräche zwischen Deutschen und Israelis wieder möglich seien, über die Vergangenheit, aber auch „die gemeinsame hoffnungsvolle Zukunft“. Auch sie erinnert an die Rede Chaim Herzogs, der vor 35 Jahren in Ber-

lin von einer „unsichtbaren Mauer zwischen unseren beiden Völkern“, gesprochen habe, „von einer Mauer, vor der wir nur schweigend stehen können“. Doch, sagt Bas an Isaac Herzog gewandt, „so unglaublich es Ihrem Vater erschien – es ist uns gelungen, die Mauer des Schweigens abzutragen“.

Zur Bekräftigung hatte Bas ihre Rede mit jenen Sätzen begonnen, die der israelische Außenminister Moshe Scharett vor 70 Jahren auf Bitte Deutschlands nicht gesprochen hat, als er – schweigend – das Luxemburger Abkommen zur Wiedergutmachung unterzeichnete (siehe Kehrseite): „Die

Weltgeschichte kennt kein Beispiel für den Vernichtungsfeldzug, den das nationalsozialistische Deutschland gegen das jüdische Volk gerichtet hat. (...) Es ist keine Sühne denkbar für die Vernichtung des Lebens dieser Millionen Unschuldigen.“ Deutschland stelle sich heute seiner Verantwortung, versicherte Bas. „Es steht fest an der Seite Israels.“

Zum Abschluss schenkt sie dem Gast ein Foto. Darauf zu sehen ist Isaac Herzogs Vater bei seinem Reichstagsbesuch im Jahr 1987. Auf der Schwarz-Weiß-Aufnahme steht Chaim Herzog zusammen mit seiner Frau und dem damaligen Berliner Ober-

bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) auf dem Ost-Balkon des Gebäudes, Diepgen zeigt auf die Mauer, die grau und unbeteiligt direkt vor ihnen die Stadt zerteilt. Doch der ernste Blick des Vaters ist in die Ferne gerichtet. Er habe den Führerbunker gesucht, in dem sich „das Drama der letzten Stunde des Dritten Reiches“ seinem logischen Ende genähert habe, erklärte er später einem „Spiegel“-Reporter. „Ich konnte nicht anders.“

Als sein Sohn fast vier Jahrzehnte später mit Bas von diesem Balkon auf die Stadt blickt, hat er ein Lächeln im Gesicht. Die Mauern sind lange weg. *Johanna Metz*

## Spätes Eingeständnis

**MÜNCHEN 72** Das »Olympia-Attentat« war auch ein Scheitern deutscher Behörden

Ein dunkler Schatten über sonst unbeschweren Spielen – so ist dieses Verbrechen in Deutschland oft gedeutet worden. Das „Olympia-Attentat“, eigentlich die Geiselnahme und Ermordung von elf Mitgliedern des israelischen Olympiateams durch palästinensische Terroristen 1972 in München, es passte so gar nicht zu dem Bild, mit dem sich Deutschland damals präsentieren wollte: Weltoffen, demokratisch und friedliebend, beschwingt und leicht wie das ikonische Olympiastadion der Architekten Günter Behnisch und Frei Otto, pastellbunt bis in die Farben der Piktogramme und die zivilen Uniformen der Polizisten, die unbewaffnet im Olympischen Dorf für Sicherheit sorgen sollten. Deutschland wollte sich mit diesen Spielen so ganz anders präsentieren als 36 Jahre zuvor mit dem dunklen nationalsozialistischen Pathos geprägten Spielen von 1936 in Berlin: Regenbogen statt Riefenstahl.

Es sollten „heitere Spiele“ sein, das sahen die beiden wichtigsten Treiber hinter dieser Großveranstaltung so: Der uner müdliche DSB- und NOK-Präsident Willi Daume genauso wie Münchens junger und ehrgeiziger Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, der der bayerischen Landesregierung mit den Spielen einen regelrechten Infrastruktur- und Modernisierungsschub bescherte. Die Geiselnahme und die Morde passten nicht in das Gesamtbild. Elf Mitglieder des israelischen Olympiateams und ein deutscher Polizist waren bei dem Attentat ums Leben gekommen, mit dem Terroristen mehr als 200 Gefangene in Israel und die RAF-Terroristen Andreas Baader und Ulrike Meinhof freipressen wollten. Die Attentäter waren am Morgen des 5. September 1972 in die Unterkunft der Sportler im Olympischen



Als Sportler getarnt gehen Polizisten im Olympischen Dorf in Stellung.

reitschaft zur Aufklärung des Geschehens sind ein weiteres dunkles Kapitel: „So gut wie tot“ seien die israelischen Geiseln bereits gewesen, wird der Münchener Polizeipräsident Manfred Schreiber kurz nach dem Geschehen sagen. Die Terroristen seien sehr professionell gewesen, die Polizei hätte es leider nicht besser machen können.

**Entschädigung** Für das Scheitern der deutschen Sicherheitsbehörden vor 50 Jahren und den unwürdigen Umgang mit den Angehörigen der israelischen Sportler hat sich Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nun im Beisein von Israels Staatspräsident Isaac Herzog entschuldigt: „Ich bitte Sie als Staatsoberhaupt dieses Landes und im Namen der Bundesrepublik Deutschland um Vergebung, um Vergebung für den mangelnden Schutz der israelischen Athleten damals bei den Olympischen Spielen in München und für die mangelnde Aufklärung danach; dafür, dass geschehen konnte, was geschehen ist“, sagte Steinmeier vergangene Woche bei einer Gedenkveranstaltung im bayerischen Fürstenfeldbruck (siehe auch Text oben). „Wir waren nicht vorbereitet auf einen solchen Anschlag und hätten es doch sein müssen.“ Nach langem Kampf haben sich jüngst die Hinterbliebenen der israelischen Opfer mit der Bundesregierung auf eine Entschädigung geeinigt: 28 Millionen Euro stehen nun als Entschädigungssumme für das entstandene Leid fest. Davon übernimmt der Bund 22,5 Millionen, der Freistaat Bayern fünf Millionen Euro und die Stadt München 500.000 Euro. Eingerichtet werden soll zudem eine israelisch-deutsche Historikerkommission, um das damalige Geschehen und den Umgang mit ihm umfassend aufzuarbeiten. *ahf*



Isaac Herzogs Vater Chaim (2. v. li.) war 1987 das erste israelische Staatsoberhaupt, das Deutschland und den Reichstag besuchte. © Bundesregierung/Arne Schambek



**M**it einer Fülle an Neueregulungen und einigen offenen Fragen geht Deutschland in den nächsten Corona-Herbst und -Winter. Der Bundestag verabschiedete vergangene Woche die Neufassung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG), das eine flexible Antwort auf die jeweilige pandemische Lage ermöglichen soll. Der in den Beratungen noch veränderte und ergänzte Gesetzentwurf (20/2573; 20/3312) der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP zur Stärkung des Schutzes der Bevölkerung vor Covid-19 beinhaltet bundesweite Auflagen sowie einen angepassten „Instrumentenkasten“, den die Länder in eigener Verantwortung nutzen können. Für den Gesetzentwurf votierten am Donnerstag 386 Abgeordnete, 313 stimmten mit Nein, drei enthielten sich der Stimme. Der Bundesrat muss dem Gesetz noch zustimmen. Der zunächst eingebrachte Rahmengesetzentwurf beinhaltet Regelungen für die Impfkampagne, die Datenerfassung und Hygienekonzepte. Demnach werden die Ermächtigungsgrundlagen für die Coronavirus-Impfverordnung (CoronaImpfV) und die Coronavirus-Testverordnung (TestV) sowie die Geltungsdauer der Impfverordnung bis Jahresende 2022 verlängert. Ferner dürfen Apotheker, Zahnärzte und Tierärzte noch bis zum 30. April 2023 Covid-19-Impfungen verabreichen. Die Länder erhalten eine Ermächtigungsgrundlage, um auch in der Pflege Regelungen zur Hygiene und zum Infektionsschutz zu treffen, etwa die Bestellung von hygienebeauftragten Pflegefachkräften in vollstationären Einrichtungen. Dafür erhalten Pflegeeinrichtungen pro Monat einen nach Größe gestaffelten Bonus von 500, 750 oder 1.000 Euro. Die Krankenhäuser werden dazu verpflichtet, die Zahl der belegten Betten sowie der aufgestellten Betten auf Normalstationen zu melden.

**Fernverkehr** Bundesweit gilt künftig eine FFP2-Maskenpflicht in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, dort ist außerdem ein Corona-Testnachweis verpflichtend. Auch im Fernverkehr (Bahn/Bus) muss eine FFP2-Maske getragen werden. Die Maskenpflicht in Flugzeugen, die ursprünglich weitergeführt werden sollte, wurde in den Beratungen hingegen gekippt. Als Gründe gaben die Koalitionäre eine Angleichung der europäischen Regelungen an sowie Bedenken von Fluggesellschaften, die Maskenpflicht an Bord nicht weiter durchzusetzen zu können. Dafür wird die Bundesregierung dazu ermächtigt, durch Rechtsverordnung anzuordnen, dass Fluggäste und Personal in Flugzeugen dazu verpflichtet werden können, eine FFP2-Schutzmaske oder eine medizinische Gesichtsmaske zu tragen, sollte die Infektionslage wieder deutlich schlechter werden.

Ferner wird die FFP2-Maskenpflicht für Patienten und Besucher bundesweit auch in ambulanten medizinischen Einrichtungen wie Arztpraxen, Tageskliniken, Dialyseeinrichtungen oder bei Rettungsdiensten eingeführt, um insbesondere vulnerable Gruppen zu schützen. Wer zum Arzt geht, soll sich nicht schon im Wartezimmer anstecken. Verlängert werden außerdem der Schuttschirm für pflegende Angehörige und die zusätzlichen Kinderkrankentage, die auch im Jahr 2023 in Anspruch genommen werden können. Kinder müssen bei einem Infektionsverdacht nicht zum Arzt, sondern brauchen nur einen negativen Selbsttest, um wieder am Unterricht oder in der Kita teilnehmen zu können.

**Länderrechte** Die Länder können vom 1. Oktober 2022 bis 7. April 2023 weitere Schutzvorkehrungen eigenständig anord-

# Der Maskendeal

**CORONA-PANDEMIE** Neue Regeln für den Herbst und Winter beschlossen



Der Maskenschutz spielt bei den neuen Corona-Regelungen eine zentrale Rolle. Künftig gilt: Maskenpflicht in Fernzügen, aber nicht in Flugzeugen. © picture-alliance/dpa/Annette Riehl

nen, so etwa eine Maskenpflicht in öffentlichen Innenräumen und an Schulen für Schüler ab der 5. Klasse, sofern dies für die Aufrechterhaltung des Präsenzbetriebs als notwendig angesehen wird. Bei Maskenauflagen in Innenräumen sind Ausnahmen im Freizeitbereich oder Restaurants vorzusehen für Personen mit Testnachweis sowie frisch Geimpfte oder Genesene. Die Koalition spricht in ihrem Konzept von „Winterreifen“ (normale Lage) und „Schneeketten“ (verschärfte Lage). Bei einer konkreten Gefahr für das Gesundheitssystem und die kritische Infrastruktur können die Länder mit einem Landtagsbeschluss weitergehende Auflagen zur Nutzung von Schutzmasken ohne Ausnahmen, Abstandsgebote oder Teilnehmerobergrenzen bei Veranstaltungen in Innenräumen

beschließen. Lockdowns, Ausgangssperren sowie pauschale Schulschließungen soll es aber nicht mehr geben. Ob die Rechnung am Ende aufgeht, hängt wesentlich von dem mutationsfreudigen Virus selbst ab. Skeptiker befürchten neue, womöglich aggressivere Virusvarianten, die im Herbst und Winter das Infektionsgeschehen dominieren könnten. Andere Experten sehen derzeit keinen Hinweis auf eine solche Verschärfung der Lage, die jetzigen Omikron-Varianten sind vergleichsweise harmlos.

**Zuversicht** In der Schlussdebatte versicherte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD): „Wir werden im Herbst die Lage im Griff haben.“ Die Bundesregierung stelle sich auf ein mittelschweres Szenario

ein. Der Minister fügte hinzu: „Egal was kommen wird, wir werden diesmal sehr gut vorbereitet sein.“ Er verwies auf vier Komponenten, die einen Unterschied zu den vorhergehenden Corona-Wintern bedeuteten: Es gebe wirksame Impfstoffe in ausreichender Menge, gute Arzneimittel, eine bessere Datenlage und nun ein neues Infektionsschutzgesetz, mit dem Bund und Länder auf jedes Szenario reagieren könnten. Lauterbach rechtfertigte die Entscheidung, künftig Schutzmasken in Fernzügen tragen zu müssen, nicht aber in Flugzeugen. Es seien deutlich mehr Menschen in Zügen als in Flugzeugen unterwegs, zudem funktioniere die Entlüftung in Flugzeugen besser als im Zug oder im Bus. Die Union hielt der Koalition vor, zu spät ein zudem handwerklich schlechtes Gesetz

vorgelegt zu haben. Tino Sorge (CDU) monierte, die Regierung habe vor der Sommerpause ein geordnetes Verfahren versprochen, stattdessen habe es absurde Diskussionen über die Maskenpflicht sowie kurzfristige Änderungen gegeben.

**Energiekosten** Der CDU-Politiker wertete den Gesetzentwurf als vertane Chance für einen Übergang zur Normalität und forderte: „Lassen Sie uns mehr Pragmatismus statt Alarmismus verfolgen.“ Sorge kritisierte, die Länder müssten Auflagen anordnen können, das ergebe aber keinen Sinn, wenn nicht klar sei, unter welchen Voraussetzungen sie einsetzbar seien. Das werde im Gesetz nicht konkret geregelt. Sorge ging auch auf die horrenden Energiekosten ein, von denen Gesundheitseinrichtungen

betroffen sind und warnte: „Es brennt überall lichterloh.“ Die Regierung unternehme nichts, um speziell Krankenhäuser in dieser Lage zu helfen. Er forderte: „Lassen Sie die Kliniken nicht im Stich.“ Maria Klein-Schmeink (Grüne) versicherte wie auch andere Redner der Koalition, den Kliniken und weiteren Gesundheitseinrichtungen solle in dieser akuten Energiemenge geholfen werden. „Da müssen wir nachsteuern.“ Die Koalition werde nicht in Kauf nehmen, dass die Gesundheitsinfrastruktur gefährdet werde. Sie äußerte sich überzeugt, mit dem neuen Infektionsschutzgesetz handlungsfähig und mit Augenmaß in den Herbst zu gehen.

**Lebensrisiko** Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) hob die aus seiner Sicht große Transparenz und Verhältnismäßigkeit der geplanten Auflagen hervor. Er erinnerte daran, dass die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite beendet worden sei, ebenso im Frühjahr die meisten Schutzmaßnahmen. „Mit dem Wissen von heute können wir sagen, es war richtig.“ Deutschland sei vergleichsweise gut durch den Sommer gekommen. Allerdings gebe es nach Ansicht von Experten keine absolute Sicherheit für den Winter, daher müsse der Staat handlungsfähig bleiben, was mit dem neuen Gesetz gewährleistet sei. Die Ermächtigungsgrundlage für die Länder sei sinnvoll, weil sie in der Pandemie inzwischen über ausreichend Erfahrung verfügten. Buschmann blickte nach vorne und erklärte, Corona werde künftig wohl „zum allgemeinen Lebensrisiko“ gehören.

**> STICHWORT**

**Zahlen zur Corona-Pandemie**

- > Infizierte:** In Deutschland sind bislang rund 32,4 Millionen Corona-Fälle offiziell registriert worden. Experten gehen davon aus, dass die Dunkelziffer noch viel höher liegt.
- > Inzidenz:** Die bundesweite 7-Tage-Inzidenz auf 100.000 Einwohner lag zuletzt bei rund 230. Vergangene Woche wurden rund 191.000 neue Fälle gemeldet.
- > Tote:** Die Zahl der Corona-Toten wird mit bislang rund 148.000 angegeben.

Quelle: RKI

Die Linksfaktion hielt der Ampel-Koalition vor, nicht systematisch genug auf die vielfältigen Krisen zu reagieren. Kathrin Vogler (Linke) sagte, es sei zweifelhaft, ob das Land wirklich gut durch den Sommer gekommen sei bei so vielen Corona-Toten. Vogler rügte zudem die unterschiedlichen Regelungen bezüglich der Schutzmasken im Fernverkehr. Offenbar sei die Koalition vor der Luftverkehrs-Lobby eingeknickt. Das Personal im Fernverkehr von Bussen und Bahnen sei genauso belastet wie das in Flugzeugen. Vogler kritisierte: „Es klingt nicht nur verwirrend und unplausibel, es ist unplausibel.“ Die AfD-Fraktion nutzte die Aussprache über die IfSG-Reform, um auf das teilweise schwere Schicksal von Menschen in der Pandemie aufmerksam zu machen. Verschiedene Redner schilderten in Kurzbeiträgen, welche dramatischen Folgen der Gesundheitsnotstand und die verfügbaren Auflagen in der Coronakrise für manche Menschen hatten. Die Abgeordneten appellierten am Schluss ihrer Redebeiträge jeweils an die Bundesregierung: „Geben Sie den Menschen ihre Freiheit und Eigenverantwortung zurück.“ *Claus Peter Kosfeld* ■

## Weiter Streit über Wahlrechtsreform

**WAHLRECHT** Kommission legt Zwischenbericht mit zahlreichen Sondervoten vor

Der Bundestag mit seinen derzeit 736 Abgeordneten soll wieder auf die Regelgröße von 598 Abgeordneten schrumpfen. Die Wahlrechtskommission, die im März damit beauftragt wurde, Vorschläge für eine Verkleinerung des Bundestages zu erarbeiten (20/1023), hat jetzt ihren Zwischenbericht vorgelegt (20/3250). Danach stehen die Chancen, dass der nächste Bundestag nur 598 Abgeordnete zählt, nicht schlecht. Unwahrscheinlich ist aber, dass ein neues Wahlrecht einvernehmlich verabschiedet wird. Der Ko-Vorsitzende der Kommission, der SPD-Abgeordnete Johannes Fechner, ist guter Dinge, dass die Verkleinerung des Bundestages „auch tatsächlich noch in diesem Jahr umgesetzt wird“.

**Sondervoten** Die Empfehlungen der Ampel-Koalition wurden mehrheitlich beschlossen. Die übrigen Fraktionen haben ihre alternativen Vorschläge – auch zur Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre und zur Verbesserung der Geschlechterparität im Parlament – in neun Sondervoten gekleidet. Vier beziehen sich auf die Bundestagsverkleinerung, davon kommen zwei von der Unionsfraktion und den von ihr benannten Sachverständigen in der Kommission, eines von der AfD-Fraktion und eines

von Halina Wawzyniak, der von der Linken benannten Sachverständigen. Unversöhnlich gegenüber stehen sich die Reformvorstellungen von Koalition und Union. Beiden Modellen gemeinsam ist, dass sie die Zahl der Mandate auf 598 begrenzen würden. Doch während das Ampelmodell die Zweitstimme, also die Stimme für eine Partei, stärken will, zielt der Unionsvorschlag darauf ab, der Erststimme, der Stimme für einen Wahlkreiskandidaten, mehr Gewicht zu geben.

**Ersatzstimme** Zentrales Element im Vorschlag der Koalition ist die sogenannte Zweitstimmendeckung. Um Überhangmandate zu vermeiden, sollen einer Partei in einem Bundesland nur so viele Wahlkreismandate zugeteilt werden, wie ihrer Landesliste nach dem Zweitstimmenergebnis Mandate zur Verfügung stehen. Haben in einem Land mehr Kandidaten einer Partei in ihrem Wahlkreis die relative Mehrheit der Erststimmen erhalten, als der Partei Listenmandate zustehen, soll den Kandidaten mit der relativ geringsten Zahl an Erststimmen kein Mandat zugeteilt werden. Das Phänomen, wonach eine Partei mehr Wahlkreise direkt gewinnt, als ihr nach dem Zweitstimmenanteil Mandate zuste-

hen, tritt verstärkt bei der CSU in Bayern auf. Nach dem aktuellen Wahlrecht müssen diese Überhangmandate durch Mandate für die anderen Parteien so lange ausgeglichen werden, bis die Sitzverteilung das Zweitstimmenergebnis spiegelt. Dieses Verfahren bläht den Bundestag auf. Beschrieben werden vier mögliche Mechanismen für die alternative Zuteilung des Wahlkreismandats, wobei die Zuteilung über eine Ersatzstimme zur Erststimme bevorzugt wird. Damit sollen Wähler zum Ausdruck bringen können, welcher Kandidat ihre „zweite Wahl“ gewesen wäre. Die Ersatzstimmen der Wähler, deren Erststimme wegen mangelnder Zweitstimmendeckung des bevorzugten Kandidaten nicht berücksichtigt werden konnte, würden dann zu den Erststimmen der anderen Wähler hinzugezählt. Der Wahlkreis ginge an den Kandidaten mit den meisten Stimmen bei gleichzeitig vorhandener Zweitstimmendeckung.

**Zwei Stimmen** Die Vorstellung, dass ein Wahlkreissieger kein Mandat erhält, wird von der Union als verfassungsrechtlich „überaus problematisch“ eingeschätzt. Das Gegenmodell der Union sieht vor, einen zu bestimmenden Anteil der 598 Mandate mit direkt gewählten Wahlkreissieger-

ten zu besetzen und einen weiteren Anteil mit Listenkandidaten der Parteien. Irgendwelche Verrechnungen zwischen den beiden Anteilen soll es nicht geben, weshalb im Ergebnis die Größe von 598 Abgeordneten eingehalten werden könnte. Die AfD wendet sich in ihrem Sondervotum gegen das Ersatzstimmenmodell der Ampel. Stattdessen will sie Wahlkreise, deren Sieger keine Zweitstimmendeckung aufweisen, unbesetzt lassen. Die Linken-Sachverständige Wawzyniak will keine Vorfestlegung auf ein Ersatzstimmen-Modell. Der Gesetzgeber müsse das beste Modell in einen Gesetzentwurf überführen.

**Wahlalter** Anders als für eine Änderung des Bundeswahlgesetzes, wäre für eine Absenkung des aktiven Wahlalters von 18 auf 16 Jahre bei Bundestags- und Europawahlen eine Grundgesetzänderung erforderlich, für die Zweidrittelmehrheiten in Bundestag und Bundesrat benötigt werden. Union und AfD lehnen die Absenkung in ihren Sondervoten ab, ebenso die Sachverständigen der Union. Zur Geschlechterparität haben Union und AfD weitere Sondervoten vorgelegt. Dieses Thema wird die Kommission, die Ende Juni 2023 ihren Abschlussbericht vorlegen soll, weiterhin beschäftigen. *Volker Müller* ■

Anzeige

### Beziehungen zwischen terroristischen Akteuren am Beispiel des westdeutschen Linksterrorismus

**Linksterrorismus zwischen Konkurrenz und Basissolidarität**  
Entwicklung und Bedingungsfaktoren der Beziehungen zwischen „Roter Armee Fraktion“, „Tupamaros Westberlin“ / „Bewegung 2. Juni“ und „Revolutionären Zellen“  
Von Dr. Jan-Hinrich Pesch  
2022, 1.270 S., geb., 169,- €  
ISBN 978-3-8487-8798-2  
E-Book 978-3-7489-3439-4  
(Extremismus und Demokratie, Bd. 41)

Das Werk widmet sich der Geschichte der „Großen Drei“ des deutschen Linksterrorismus unter einem kaum erforschten Blickwinkel: Analysiert wird die zwischen Konkurrenz und „Basissolidarität“ schwankende Interaktion zwischen der Roten Armee Fraktion, der Bewegung 2. Juni und den Revolutionären Zellen.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de  
Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

**AUFGEKEHRT**

**Das böse Erwachen?**

S püren Sie es auch schon? Dieses prickelnde Gefühl im Magen? Diese Mischung aus Nostalgie und Vorfreude? Haben Sie schon Dimndl und Lederhosen von Mottenkugeln und Staubschicht befreit? Können Sie es auch kaum mehr erwarten, sich mit Millionen von Menschen aus aller Welt durch die Reihen zu drängen, stundenlang vor Festzelten zu stehen oder das angesparte Aktiendepot für eine Tischreservierung und den Mindestverzehr aufzulösen?

In wenigen Tagen ist all dies wieder möglich. Nach zwei Jahren Abstinenz heißt es endlich wieder „O'zapft is!“ auf der Münchener Theresienwiese.

Doch Inflation und Krise machen auch vor jahrhundertalter Tradition nicht halt. Und so könnte der hemmungslose Alkoholkonsum nicht nur Lücken in das Erinnerungsvermögen, sondern auch in die Geldbörsen der Besucher reißen. Was Bierbrauer im ganzen Land bereits angekündigt, wird auch auf dem Oktoberfest zur bitteren Realität: Das flüssige Gold wird deutlich teurer. Rund 13 Euro soll die Maß kosten.

Wer sich diese Preise noch leisten kann oder findet, dass eine warme Wohnung im Winter schlichtweg überbewertet wird, ist herzlich willkommen. Zutrittsbeschränkungen oder Testpflicht gibt es keine. Und so wird sich auch ein kleines Virus nicht lumpen lassen, dem Oktoberfest einen Besuch abzustatten. Ob es sich allerdings an das Gebot „Was auf dem Oktoberfest geschieht, bleibt auf dem Oktoberfest“ halten wird, ist fraglich. Alles kein Grund zur Sorge, weiß Bayerns Ministerpräsident Markus Söder, der selbst keine Maske tragen will. Jeder sei schließlich selbst für sich verantwortlich. Auch Gesundheitsminister Lauterbach möchte in diesem Fall kein Spielverderber sein und mahnt nur zur gegenseitigen Rücksichtnahme. Na, was soll denn da noch schiefgehen? *Denise Schwarz*

**VOR 50 JAHREN...**

**Einheit gegen den Terror**

**13.9.1972: GSG9-Gründung beschlossen.** Geiselnbefreiung, Nahkampf, Schießen und Abhörtechniken. Die Ausbildungsinhalte der neuen polizeilichen Spezialeinheit in der Bundesrepublik wurden von der blutigen Realität diktiert: Während der Olympischen Spiele 1972 in Mün-



Die Spezialeinheit GSG9 des Bundesgrenzschutzes bei einer Übung (1986)

chen nahmen palästinensische Terroristen israelische Sportler als Geiseln (siehe Seite 9). Das sogenannte Olympia-Attentat setzte nicht nur der Heiterkeit des Sportereignisses ein jähes Ende. Der Befreiungsversuch, an dessen Ende 17 Tote – elf Geiseln, fünf Terroristen, ein Polizist – standen, zeigte auch, dass die Polizei mit Terrorlagen überfordert war. Die Politik zog schnell Konsequenzen. Nur wenige Tage nach der Katastrophe verkündete Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), dass eine Spezialtruppe des Bundesgrenzschutzes aufgestellt werden soll, um auf Anschläge wie in München reagieren zu können. „Mit sofortiger Wirkung wird die Grenzschutzgruppe 9 aufgestellt“, hieß es in einem Erlass des Ministeriums am 13. September 1972. Offiziell wurde die GSG9 am 26. September gegründet.

Vorher hatte die Innenministerkonferenz der Länder, die die Polizeihochschule haben, Genschers Ansinnen zugestimmt. Die GSG9 wurde in Bonn stationiert, ihre Mitglieder teilweise vom israelischen Grenzschutz und dem amerikanischen FBI ausgebildet. Im April 1973 waren die ersten beiden Einheiten der GSG9 einsatzbereit. Vier Jahre später erlangte das Kommando Berühmtheit – und Anerkennung: Nach der Entführung des Lufthansa-Flugzeugs „Landshut“ durch palästinensische Terroristen stürmte die GSG9 die Maschine in Mogadischu und befreite alle 86 Geiseln. Bis heute hatte die GSG9 mehr als 2.000 Einsätze im In- und Ausland. *Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: AUSSTELLUNG „70 JAHRE LUXEMBURGER ABKOMMEN“**



Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „70 Jahre Luxemburger Abkommen“ im Paul-Löbe-Haus führte die Holocaust-Überlebende Eva Szepesi (Foto rechts oben, Mitte) ein Zeitzeugengespräch mit ihrer Enkelin Celina Schwarz. Zuvor begrüßte der israelische Präsident Isaac Herzog (unten links) Szepesi.

**Keine Frage der Wiedergutmachung**

Ob es eine Wiedergutmachung für die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges geben könne, sei lediglich eine rhetorische Frage, hat Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) bei der Ausstellungsöffnung „70 Jahre Luxemburger Abkommen“ vergangenen Dienstag im Paul-Löbe-Haus gesagt. Denn für die Gräueltaten der Nationalsozialisten gebe es keine Form der Wiedergutmachung. Mit dem Luxemburger Abkommen können daher nur die Folgen des Leids gelindert und Verantwortung für die Opfer übernommen werden.

Am 10. September 1952 wurde das Luxemburger Abkommen zwischen Deutschland, Israel und der Jewish Claims Conference, die die Holocaust-Überlebenden vertrat, geschlossen. Die Bundesrepublik verpflichtet sich darin, Israel und die Überlebenden des Holocausts finanziell zu entschädigen.

In Israel führte bereits die Idee eines Abkommens zu Spannungen. Weite Kreise der Gesellschaft lehnten Gespräche mit dem Täterland Deutschland ab, der spätere israelische Ministerpräsident Menachem Begin sprach von

„Blutgeld“. Mit knapper Mehrheit stimmten die Abgeordneten der Knesset für die Verhandlungen.

Laut Greg Schneider, Vizepräsident der Jewish Claims Conference, war das Abkommen ein Novum, da es eine Entschädigung für Einzelpersonen vorsieht, die nach dem Krieg oftmals nichts mehr hatten, deren Leben zerstört waren. Leben wie das von Eva Szepesi, die mit ihrer Enkelin Celina Schwarz während der Ausstellungsöffnung ein Zeitzeugengespräch führte. Szepesis Biographie ist Teil der Ausstellung, die auf neun Würfeln die Entstehung und Auswirkungen des Abkommens anhand von Zahlen, Daten und persönlichen Geschichten darstellt.

In Budapest geboren, wird Szepesi mit zwölf Jahren in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau gebracht. „Ich hatte Hunger und Angst. Überall standen SS-Männer mit großen Hunden und Peitschen. Sie haben Befehle gelaufen. Ihre Schreie höre ich bis heute“, erzählte die 89-Jährige den Anwesenden auf Deutsch mit ungarischem Akzent. Ihre Stimme wirkte gefasst, während sie die Fragen ihrer Enkelin beantwortete. Nur einmal stockte Szepesi, sprach langsamer, als sie davon erzählte, wie durch die Kälte im Lager ihre Hände aufplatzten. Noch heute passiere dies, sobald es kälter werde. Überlebt habe Szepesi, weil die Wachleute sie bereits für tot hielten, als sie die Gefangenen zum Todesmarsch zusammentrieben.

Nach Ende des Krieges kehrte sie nach Budapest zurück, kam bei ihrem Onkel unter und wartete jeden Tag auf die Ankunft ihrer Mutter – 17 Jahre lang. Erst als ihre Enkelin Jahre später die Namen von Szepesis Mutter und Bruder im Buch der Ermordeten in Auschwitz findet, konnte sie endlich beginnen zu trauern.

1954 zieht sie mit ihrem Mann nach Deutschland. Sie spricht rund 50 Jahre nicht über das Erlebte, bekommt die finanzielle Entschädigung daher erst in den 1990er Jahren: „Die Unterstützung hat mir meine geliebten Menschen nicht zurückgebracht, aber es ist eine Anerkennung meines Leids“, sagte Szepesi. *Denise Schwarz*

Die Ausstellung läuft noch bis zum 5. Oktober. Anmeldung können auf [www.bundestag.de/parlamentarische\\_ausstellung](http://www.bundestag.de/parlamentarische_ausstellung) erfolgen.

**PERSONALIA**

**>Cornelia Christiane von Teichman**  
Bundestagsabgeordnete 1990-1994, FDP  
Am 18. September wird Cornelia Christiane von Teichman 75 Jahre alt. Die Ärztin aus Hamburg trat 1969 der FDP bei. 1989 wurde sie Mitglied des dortigen Landesvorstands. Teichman wirkte im Auswärtigen Ausschuss sowie im EG-Ausschuss mit.

**>Wilma Glücklich**  
Bundestagsabgeordnete 1994-1998, CDU  
Wilma Glücklich wird am 18. September 70 Jahre alt. Die Diplom-Ingenieurin aus Berlin trat 1974 der CDU bei und gehörte dem Berliner CDU-Landesvorstand an. Glücklich engagierte sich im Petitions-, im Umwelt- sowie im Städtebauausschuss.

**>Heinz Seiffert**  
Bundestagsabgeordneter 1994-2005, CDU  
Am 18. September wird Heinz Seiffert 70 Jahre alt. Der Diplom-Verwaltungswirt aus Ehingen schloss sich 1977 der CDU an und war von 1979 bis 2005 Mitglied des Kreistags des Alb-Donau-Kreises. Seiffert, der sich im Finanzausschuss engagierte, war 2004/05 finanzpolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion. Von 1982 bis 1994 amtierte er als Erster Bürgermeister Ehingens und von 2005 bis 2016 als Landrat des Alb-Donau-Kreises.

**>Reiner Krziskewitz**  
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU  
Reiner Krziskewitz begeht am 19. September seinen 80. Geburtstag. Der Buchhändler aus Bernburg war von 1958 bis 1975 CDU-Mit-

glied in der DDR und trat der Partei Ende 1989 wieder bei. 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer an. Krziskewitz engagierte sich im Finanzausschuss.

**>Elfi Scho-Antwerpes**  
Bundestagsabgeordnete 2015-2017, SPD  
Am 19. September wird Elfi Scho-Antwerpes 70 Jahre alt. Die Diplom-Ingenieurin aus Köln trat 1982 der SPD bei, ist seit 2004 dort Ratsfrau und amtierte von 2004 bis 2020 als Bürgermeisterin. Scho-Antwerpes gehörte dem Bildungsausschuss an.

**>Gerhard Rübekönig**  
Bundestagsabgeordneter 1994-2005, SPD  
Am 24. September vollendet Gerhard Rübekönig sein 80. Lebensjahr. Der Betriebsing-

nieur aus Ahnatal bei Kassel schloss sich 1969 der SPD an und engagierte sich seit 1972 kommunalpolitisch in der in jenem Jahr gegründeten Gemeinde Rübekönig, Mitglied des Post- sowie des Haushaltsausschusses, war von 2002 bis 2005 Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses.

**>Peter Götz**  
Bundestagsabgeordneter 1990-2013, CDU  
Peter Götz wird am 24. September 75 Jahre alt. Der Diplom-Verwaltungswirt aus Rastatt schloss sich 1974 der CDU an. Von 1997 bis 2013 war er Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU und gehörte dem CDU-Bundesvorstand an. Von 1985 bis 1990 amtierte er als Erster Beigeordneter in Gaggenau. Götz wirkte im Verkehrsausschuss mit.

**>Volker Rühle**  
Bundestagsabgeordneter 1976-2005, CDU  
Volker Rühle begeht am 25. September seinen 80. Geburtstag. Der Oberstudienrat aus Hamburg trat 1963 der CDU bei, war von 1989 bis 1992 Präsidiumsmitglied und von 1998 bis 2000 stellv. CDU-Bundesvorsitzender. Von 1989 bis 1992 amtierte er in der Nachfolge Heiner Geißlers als CDU-Generalsekretär. Den stellv. Vorsitz seiner Bundestagsfraktion hatte er von 1982 bis 1989 sowie von 1998 bis 2002 inne. Von 1992 bis 1998 war Rühle Verteidigungsminister. In seiner Amtszeit leitete er die Umstrukturierung der Bundeswehr nach dem Ende des Kalten Kriegs in die Wege. Von 2002 bis 2005 stand er an der Spitze des Auswärtigen Ausschusses. *bmh*

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 26. September.

**Schäuble feiert 80. Geburtstag**

Am 18. September vollendet Wolfgang Schäuble sein 80. Lebensjahr. Seit 1972 gehört er dem Deutschen Bundestag an, so lange wie kein anderer Abgeordneter. Angesichts seiner langen und einmaligen parlamentarischen Laufbahn und der Vielzahl seiner politischen Ämter nimmt er eine Sonderstellung in der deutschen Nachkriegsgeschichte ein. Von sich selbst sagte er einmal, dass er leidenschaftlicher Parlamentarier sei und dass ihn Politik fasziniere.

Persönliche Schicksalsschläge wie auch bittere Niederlagen haben seine Gradlinigkeit nicht erschüttert. Die fast sichere Nachfolge Helmut Kohls als Bundeskanzler Mitte der 1990er Jahre, sein vorzeitiger Rücktritt vom Amt des CDU-Vorsitzenden 2000 nach der CDU-Spendenaffäre und die Absicht, 2004 Bundespräsident werden zu wollen, zählen vor allem dazu. Schäuble haderte nie lange. Kaum jemand ging mit gescheiterten Hoffnungen so souverän um und keiner trug so wenig Klage in die Öffentlichkeit wie er.

Der promovierte Jurist und Rechtsanwalt aus Offenburg trat 1965 der CDU bei, gehörte von 1985 bis 2021 dem Bundesvorstand an und stand von 1998 bis 2000 an der Spitze der CDU. Von 1991 bis 2000 amtierte er als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. In der Öffentlichkeit ist Schäuble jedoch vor allem als langjähriger Minister in Schlüsselressorts ein Begriff. Von 1984 bis 1989 war er Chef des Bundeskanzleramts, von 1989 bis 1991 und von 2005 bis 2009 Innenminister sowie von 2009 bis 2017 Finanzminister. Von 2017 bis 2021 amtierte er als Bundestagspräsident.

Mit Schäubles Namen ist zudem die Ausgestaltung der Wiedervereinigung verbunden. 1990 handelte er mit der DDR den Einigungsvertrag aus und trug entscheidend dazu bei, den Sitz von Bundestag und Teilen der Bundesregierung nach Berlin zu verlegen. *Bernd Haunfelder*



© CDU-Bundesgeschäftsstelle

**PERSONALIA**

**>Karl Lamers †**  
Bundestagsabgeordneter 1980-2002, CDU  
Am 27. August starb Karl Lamers im Alter von 86 Jahren. Der Jurist aus Königswinter und langjährige Leiter der Carl-Arnold-Bildungsstätte in Bad Godesberg trat 1955 der CDU bei. Seit 1971 gehörte er dem Vorstand der CDU Rheinland an und war von 1975 bis 1981 stellvertretender Landesvorsitzender. Lamers, von 1990 bis 2002 außenpolitischer Sprecher und Vorstandsmitglied seiner Bundestagsfraktion, war von 1983 bis 2002 Mitglied des Auswärtigen Ausschusses. Er trat auch als Buchautor hervor.

**>Harry Liehr †**  
Bundestagsabgeordneter 1962-1971, SPD  
Am 24. August starb Harry Liehr im Alter von 95 Jahren. Der DGB-Angestellte aus Berlin trat 1949 der SPD bei und war von 1958 bis 1961 sowie von 1971 bis 1979 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Von 1971 bis 1975 amtierte er als Senator für Arbeit und Soziales bzw. 1975/76 für Verkehr. Liehr arbeitete im Familien- sowie im Arbeitsausschuss mit.

**>Wilfried Lorenz**  
Bundestagsabgeordneter 2013-2017, CDU  
Am 17. September wird Wilfried Lorenz 80 Jahre alt. Der Kaufmann aus Hannover schloss sich 1975 der CDU an und amtierte zwölf Jahre dort als stellvertretender Kreisvorsitzender seiner Partei. Von 1986 bis 2016 war er Stadtverordneter und gehörte von 1996 bis 2004 der Regionsversammlung Hannover an. Im Bundestag engagierte sich Lorenz im Verteidigungsausschuss.

**>Petra Merkel**  
Bundestagsabgeordnete 2002-2013, SPD  
Petra Merkel begeht am 18. September ihren 75. Geburtstag. Die kaufmännische Angestellte aus Berlin schloss sich 1974 der SPD an und war von 1989 bis 2001 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Von 2005 bis 2013 gehörte sie dem Vorstand ihrer Bundestagsfraktion an. Merkel engagierte sich seit 2002 im Haushaltsausschuss, an dessen Spitze sie von 2009 bis 2013 stand. *bmh*

**BUNDESTAG LIVE**

Topthemen vom 21. – 23.09.2022  
Digitalstrategie (Do), Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA (Do)  
Phoenix überträgt live ab 9 Uhr  
Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de): Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

**SEITENBLICKE**



Bärbel Bas, Bundestagspräsidentin:

## Es ist uns gelungen, die Mauer des Schweigens abzutragen



Bärbel Bas (\*1968)  
Bundestagspräsidentin

Sehr geehrter Herr Präsident Herzog! Sehr geehrte Frau Herzog! Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Sehr geehrte Frau Bündenbender! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident! Sehr geehrter Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts! Exzellenzen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste!

„Die Weltgeschichte kennt kein Beispiel für den Vernichtungsfeldzug, den das nationalsozialistische Deutschland gegen das jüdische Volk geführt hat. ... Es ist ... keine Sühne denkbar für die Vernichtung des Lebens dieser Millionen von Unschuldigen.“ – Zitat Ende.

Diese Sätze wurden vor 70 Jahren nicht gesagt, als das Luxemburger Abkommen unterzeichnet wurde. Der israelische Außenminister Mosche Scharett verzichtete auf die vorbereitete Ansprache. Auf Bitte Deutschlands.

Konrad Adenauer war das Abkommen mit Israel eine moralische Pflicht. Und eine Herzensangelegenheit. Er war bereit, das Abkommen gegen Widerstände durchzusetzen. Auch gegen Widerstände im damaligen Deutschen Bundestag. Adenauer wusste: Die Mehrheit der Deutschen war damals nicht bereit, die Wahrheit zu hören.

Das Luxemburger Abkommen wurde schweigend unterzeichnet.

Wir eröffnen heute im Deutschen Bundestag eine Ausstellung, die sich diesem Abkom-

men widmet. Sie zeigt, wie kontrovers die deutschen Zahlungen auch in Israel waren – auch wie zwiespältig sie von den Betroffenen empfunden wurden. Die Ausstellung wurde im Auftrag des Bundesfinanzministers von der Jewish Claims Conference und dem Knesset-Museum konzipiert. Allen Beteiligten möchte ich schon jetzt Danke sagen im Namen des ganzen Hauses.

Ich zitiere noch einmal Mosche Scharett:

„Die Weltgeschichte kennt kein Beispiel für den Vernichtungsfeldzug, den das nationalsozialistische Deutschland gegen das jüdische Volk geführt hat. ... Es ist ... keine Sühne denkbar für die Vernichtung des Lebens dieser Millionen von Unschuldigen.“

Diese Worte vor 70 Jahren – sie wurden nicht ausgesprochen. Für uns heute unvorstellbar.

Wir übernehmen heute die Verantwortung für die deutschen Verbrechen. Diese Einsicht hat sich erst im Laufe der Jahrzehnte und gegen starke Widerstände durchgesetzt. Wir verdanken sie unter anderem der Arbeit der Gedenk- und Erinnerungsstätten. Und vor allem dem Engagement vieler Opfer von einst, die die Kraft gefunden haben, über ihre Erlebnisse zu sprechen.

So wie die Auschwitz-Überlebende Eva Szepesi, die gemeinsam mit ihrer Enkelin an der heutigen Ausstellungseröffnung teilnimmt.

Sehr geehrte Frau Szepesi, herzlich willkommen im Deutschen Bundestag!

Deutschland kann nicht wiedergutmachen, was nie mehr gutzumachen ist: der millionenfache Mord an den europäischen Juden.

Umso mehr müssen wir die Erinnerung an die Opfer wachhalten. Und sie auch an künftige Generationen weitergeben. Deswegen freut es mich, auf der Tribüne auch viele junge Menschen

begrüßen zu können, die sich für ein Gedenken und gegen Antisemitismus engagieren.

Um es noch einmal sehr deutlich zu betonen: Aus der Vergangenheit folgt für uns Deutsche die Verantwortung auch für die Gegenwart.

Jüdinnen und Juden müssen in Deutschland sicher sein – deutsche Juden, israelische Juden, Juden aus aller Welt.

Es ist zutiefst schmerzhaft, wenn wir diesem Anspruch nicht gerecht werden.

So wie bei dem Attentat auf die israelische Olympia-Mannschaft in München, an dessen Opfer wir gestern erinnert haben.

Auch ich möchte Sie, Herr Präsident, und Angehörige der Opfer um Vergebung für die Fehler und Versäumnisse Deutschlands von 1972 und in den quälenden Jahrzehnten danach bitten.

Ich bin froh, dass die Bundesregierung und die Angehörigen der Opfer eine Einigung gefunden haben. Keine Entschädigungszahlung kann diese Morde ungeschehen machen oder die tiefen Wunden der Angehörigen heilen. Aber diese Einigung bedeutet eine Anerkennung ihres

Leids. 50 Jahre nach dem entsetzlichen Attentat liegt darin zwar ein spätes, aber ein wichtiges Zeichen der Verantwortung. Und es ist wichtig, dass die Geschehnisse von damals untersucht und aufgearbeitet wer-

den. Auch heute gibt es Hass, der sich gegen Juden und gegen Israel richtet. Es ist eine Schande, dass jüdische oder israelische Einrichtungen nur unter Polizeischutz sicher sind. Dass auf Demonstrationen gegen Israel gehetzt wird. Dass in sozialen Netzwerken Israels der Tod gewünscht wird.

Wir alle müssen entschieden gegen diesen Hass und diese Hetze vorgehen. Mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.

Antisemitische Taten kommen nicht aus dem Nichts. Sie werden auch möglich durch Wegsehen, durch falsch verstandene Toleranz, durch Selbstgewissheit.

Antisemitismus ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit. Nicht nur ein Problem der anderen. Der Extremisten. Antisemitismus ist mitten unter uns, in der Mitte der Gesellschaft.

Ihm in allen Formen entschieden entgegenzutreten, ist unser aller Verpflichtung.

Hinzu kommt: Antisemitismus ist subtiler geworden. Er zeigt

sich in neuen Formen, die die alte Judenfeindschaft auf den heutigen Staat Israel übertragen. Getarnt als Israelkritik gibt es Antisemitismus auch bei jenen, die sich im Dienst einer guten Sache sehen.

Dem Antisemitismus darf kein Forum geboten werden – nirgendwo auf der Welt und erst recht nicht bei uns in Deutschland!

Dies gilt übrigens genauso für jeden Versuch, die Einzigartigkeit des Holocausts zu relativieren.

Herr Präsident, Deutschland steht fest an der Seite Israels. Israels Sicherheit ist für Deutschlands Außenpolitik eine Verpflichtung. Deutschland und Israel verbinden gemeinsame Werte von Freiheit und Demokratie. Werte, die in der Ukraine auf brutale Weise verletzt werden. Es ist unerträglich, dass jeden Tag Menschen in einem Angriffskrieg leiden, vertrieben werden oder sogar sterben müssen. Darunter auch Holocaustüberlebende.

Deutschlands Beziehungen zu Israel werden immer von der Vergangenheit geprägt sein. Es ist oft gefragt worden: Können die Beziehungen zwischen Deutschen und Israelis normal sein? Eine Mehrheit in beiden Ländern bejaht das mittlerweile.

Für viele Deutsche ist Israel längst eine Herzensangelegenheit. Sie sind fasziniert von seinem Unternehmergeist, seinem technologischen Know-how, von Israels Kunst und Kultur, Landschaft und Lebenswandel – und

vor allem von seinen Menschen. Zwischen unseren Ländern gibt es einen regen Austausch, und es ist wichtig, dass möglichst viele Menschen daran teilnehmen – auch jene, die nicht studieren, in internationalen Unternehmen arbeiten oder sich privat lange Flugreisen leisten können.

Partnerschaften zwischen Betrieben können helfen, Begegnungen möglich zu machen. Der Bundestag profitiert seit vielen Jahren von einem regelmäßigen Austausch mit der Knesset. Ich würde es auch begrüßen, wenn es uns gemeinsam gelingt, ein deutsch-israelisches Jugendwerk einzurichten; zumindest werde ich mich dafür einsetzen.

Wir brauchen die persönliche Begegnung für ein tiefgreifendes und auch nachhaltiges Verständnis füreinander. 35 Jahre nach dem Luxemburger Abkommen – im Jahr 1987 – besuchte zum ersten Mal ein israelischer Präsident Deutschland. Er war auch hier im Reichstagsgebäude zu Gast. Damals stand die Mauer noch in Sichtweite. In seiner Berliner Rede sprach Chaim Herzog von einer – ich zitiere – „unsichtbaren Mauer zwischen unseren beiden Völkern, einer Mauer, vor der wir nur schweigend stehen können“.

Herr Präsident, Ihr Vater war der erste Präsident Israels, der das Reichstagsgebäude aufsuchte. Sie sind der fünfte israelische Präsident, der vor diesem Deutschen Bundestag heute das Wort ergreift.

So unglaublich es Ihrem Vater erschien – es ist uns gelungen, die Mauer des Schweigens abzutragen. Für uns Deutsche ist es ein Geschenk: Israelis und Deutsche sprechen miteinander – über die zutiefst schmerzhafteste Vergangenheit, aber auch über die gemeinsame hoffnungsvolle Zukunft.

(Beifall im ganzen Hause)

**Dem Antisemitismus darf kein Forum geboten werden – nirgendwo auf der Welt.**

**Deutschland kann nicht wiedergutmachen, was nie mehr gutzumachen ist.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

[www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

Isaac Herzog, Präsident des Staates Israel:

## Wir müssen Antisemitismus und Rassismus den Kampf ansagen



Isaac Herzog (\*1960)  
Präsident des Staates Israel

Vor etwas weniger als tausend Jahren fegte ein Sturm, ein Gewitter über die alteingesessenen jüdischen Gemeinden in Deutschland. Der erste Kreuzzug traf die jüdischen Gemeinden sehr hart. Er ließ sie ausgemergelt, bestürzt und trauernd zurück. Das Trauma schuf hier in Deutschland Aschkenas, wie die Juden es nennen, neue Praktiken des Gedenkens.

Dem uralten Schatz der jüdischen Gebete wurde ein erschütterndes Gebet hinzugefügt, das uns bis zum heutigen Tag begleitet und Teil des jüdischen Jahreszyklus geworden ist, das Jiskor-Gebet. In seiner Verzweigung, in seinem Schmerz wandte sich das jüdische Volk an Gott mit der Absicht, ihm, seinem Gott, das Gedenken zu übertragen. Als ob es verkünde und sage: Gedenke du, Gott, der Dinge, die wir nicht vergessen können.

Meine Damen und Herren, ich möchte heute als Präsident des Staates Israel, des Staates des jüdischen Volkes, meine Ansprache an Sie mit dem Jiskor-Gebet eröffnen, das ich dem seligen Andenken unserer Brüder und Schwestern widme, die von den Nazis und ihren Helfern getötet, niedergemetzelt, vernichtet wurden. – Bitte erheben Sie sich für das Jiskor-Gebet.

Gedenke Gott der Seelen unserer Brüder und Schwestern des jüdischen Volkes, Opfer der Shoah und ihrer Helden, der 6 Millionen Seelen des jüdischen Volkes, die getötet, ermordet, erdrosselt, lebendig begraben wurden, und der heiligen Gemeinden, die zerstört wurden. Möge Gott ihres Opfers gedenken, zusammen mit den Opfern aller anderen Heiligen des jüdischen Volkes und seiner Helden aller Zeiten, ihrer im Leben wie im Tod geliebten, sanften und nie getrennten Seelen. Mögen sie in Frieden ruhen. Amen.

Bitte nehmen Sie Platz.

Verehrter Präsident der Bundesrepublik Deutschland, mein guter Freund, Herr Frank-Walter Steinmeier, und Gemahlin Frau Elke Bündenbender! Verehrter Bundeskanzler, Herr Olaf Scholz! Verehrte Bundestagspräsidentin, Frau Bärbel Bas! Vielen Dank für Ihre bewegenden Worte. Verehrter Präsident des Bundesrates, Herr Bodo Ramelow! Verehrter Vorsitzender des Bundesverfassungsgerichts, Herr Stephan Harbarth! Liebe Führungspersönlichkeiten aus allen Lebensbereichen Deutschlands! Meine Damen und Herren!

Ich stehe heute vor Ihnen; ich stehe jedoch nicht alleine hier. Ich stehe hier als Entsandter. Ich stehe hier als Präsident des Staates Israel, des souveränen, demokratischen Nationalstaates des jüdischen Volkes, der Verwirklichung der Gebete zahlreicher Generationen. Ich stehe hier als stolzer Sohn des jüdischen Volkes, als Vertreter der neunten Generation von Rabbiner Shmuel Yitzchak Hillman, der in Deutschland als Gemeinderabbiner amtierte. Er selbst war Nachfahre von Rabbiner Jehzekel Katzenellenbogen, Rabbiner von Hamburg und der umliegenden Gemeinden. Ich stehe hier als Staatspräsident – begleitet von Träumen und Krisen, Schmerz und Heilung, Zerstörung und Unabhängigkeit, die miteinander verknüpft sind. Vor allem jedoch stehe ich vor Ihnen, versehen mit einem Gebot, einem Gebot, das neben den Zehn Geboten und „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ vielleicht das höchste biblische Gebot darstellt, das moralischste und am stärksten verpflichtende Gebot für jeden einzelnen Juden: Gedenke!

Die jüdische Nation ist eine Nation des Erinnerns. Das Gedenken bildet einen grundlegenden, unabdingbaren Bestandteil unserer Identität. Wenn ich demnach deutschen Boden betrete, kann ich der Erinnerung nicht entweichen. Ich nehme das Fotoalbum meines Volkes aus meinem Rucksack. In ihm befinden sich zahllose Bilder dieses Landes, Bilder von Gipfeln, Bilder von Abgründen. Darauf aufbauend möchte ich zu Ihnen hier und heute von der Vergangenheit und von der Zukunft sprechen. Ich zitiere:

tiere:

Auf meinem Tisch liegt ein Stein, darauf steht „Amen“, dreieckiges Bruchstück von einem jüdischen Friedhof, vor etwa tausend Jahren zerstört in der Stadt, in der ich geboren wurde. Ein einziges Wort, „Amen“, tief in den Stein eingemeißelt, „Amen“, hart und endgültig, Stein des Zeugnisses über alles, was je gewesen und nie mehr sein wird, „Amen“, weich und melodisch wie bei einem Gebet. Amen und Amen. Möge es so sein.

Diese Worte schrieb ein israelischer Dichter, der Jerusalemer Jehuda Ami Chai; geboren wurde er im bayerischen Würzburg als Ludwig Pfeuffer. Sie erwecken den Eindruck, er wolle sich mit seinen Worten vorsichtig zwischen Stolz und Schmerz der jüdischen Vergangenheit in diesem Land bewegen und die Kluft überbrücken, die sich zwischen dem Land seiner Geburt und seinem Heimatland aufgetan hat.

Deutschland war während Hunderten und Tausenden von Jahren eine prächtige Heimstatt für unser Volk, eine gemütliche Heimstatt, gut und schöpferisch, eine Heimstatt, in der sich das Judentum in seiner Vielfalt entwickelte, in Religion, Kultur, Geist, Politik, Wissenschaft und vielen anderen Bereichen. In Deutschland gediehen die führenden Rabbiner, die zu den bedeutendsten und den einflussreichsten in der Geschichte unseres Volkes gehören. Hier entwickelte sich die Persönlichkeit von Rabbiner Schlomo Jizchaki, „Raschi“; er gilt als der bedeutendste Kommentator von Bibel und Talmud. Hier wurden die größten Rabbiner des jüdischen Volkes ausgebildet: von Rabbi Meir von Rothenburg und vielen, die als „Harishonim“ gelten, als „die Ersten“, bis zu Rabbiner Samson Raphael Hirsch und Rabbiner Zvi Hoffmann, Angehörige der letzten Generation.

Deutschland war die Heimat herausragender Persönlichkeiten im Bereich der jüdischen Kultur, des jüdischen Geistes, der jüdischen Wissenschaft: von Moses Mendelssohn und Abraham Geiger bis zu Jom Tov Lippmann Zunz und Gershom Scholem, von Albert Einstein und Paul Ehrlich bis Emmy Noether, von Berthold Auer-

bach und Kurt Weill bis Else Lasker-Schüler. Hier müssen wir auch die Pioniere der Sozialarbeit benennen – Siddy Wronsky und Cessi Rosenblüth – und natürlich auch die einflussreichen Zionisten, die in Deutschland aufwuchsen und sich hier entwickelten, unter anderem Rabbiner Zwi Hirsch Kalischer, Moses Hess oder Otto Warburg und viele, viele mehr – in allen Bereichen des Lebens.

Sie alle wurden hier geboren; sie alle wurden hier erzogen, ausgebildet; ihre Persönlichkeiten wurden hier geformt. Sie leisteten ihren Beitrag zum Aufschwung des Judentums; sie leisteten ihren Beitrag zum Aufschwung Deutschlands. Daher ist dieses Land, Ihr Land, im Innersten und Tiefsten in der DNA meines Volkes verankert.

Aber, meine Damen und Herren – und das ist kein Geheimnis –, dieses Land, Deutschland, war der Ort, an dem die größten Gräueltaten verübt wurden, die das jüdische Volk und die gesamte Menschheit im Laufe der Geschichte zu erdulden hatten: angefangen mit Pogromen, Aufständen und Massakern, der Zerstörung ganzer jüdischer Gemeinden, die in den vergangenen tausend Jahren immer wieder auftraten, bis zum tiefsten Abgrund der Geschichte des menschlichen Zusammenlebens, der Shoah. Die Geschichte der Menschheit kennt kein Beispiel für die von den Nazis und ihren Helfern begangenen Taten zur Vernichtung des jüdischen Volkes. Nie war ein Land, wie Nazideutschland es war, verantwortlich für den Verlust jeglicher Menschlichkeit, jeglicher Barmherzigkeit, verantwortlich für die Absicht, mit so unerbittlicher Grausamkeit ein ganzes Volk auszulöschen.

Mein Vater seligen Angedenkens, der sechste Präsident des Staates Israel, Chaim Herzog, gehörte zu den Befehlshabern, die die Todeslager in Deutschland aus den Klauen des Naziraubtiers befreiten. Ich werde nie vergessen, mit welchen Worten er mir das Grauen beschrieb, das sich vor ihm auftat: der Gestank, die menschlichen Skelette in gestreifter Häftlingskleidung, die Leichenberge, die Zerstörung, die Hölle auf Erden.

Wie Sie vorhin erwähnten, Frau Bundestagspräsidentin: Im Jahre 1987 reiste er zum ersten Mal als israelischer Staatspräsident nach Deutschland. Er begann seinen Besuch im Todeslager Bergen-Belsen – vier Jahrzehnte, nachdem er es zum letzten Mal besucht hatte.

Bei seinem Besuch sprach er folgende Worte – ich zitiere –:

Kein Vergeben bringe ich und kein Vergessen. Nur die Toten haben das Recht, zu vergeben; die Lebenden haben kein Recht, zu vergessen.

Das sagt er in seinem Testament, das ich heute hier in meinem Herzen trage.

35 Jahre sind vergangen. In wenigen Stunden werde ich meinen Staatsbesuch in Bergen-Belsen abschließen. Ich möchte seine Worte hier wiederholen, vor Ihnen, den Vertretern des deutschen Volkes aus allen Fraktionen dieses Hauses. Ich erkläre: Das jüdische Volk vergisst nicht, und nicht nur aufgrund unserer Pflicht den Generationen der Vergangenheit gegenüber, sondern auch aufgrund unserer Verpflichtung gegenüber den Generationen der Zukunft.

Es ist nicht leicht. Die Auseinandersetzung mit dem Gedenken erschüttert. Sie ist von ihrem Wesen her komplex. Sie ist komplex, hart und schmerzhaft für die Deutschen, da es immer Menschen geben wird, die al-

les verleugnen, die sich als Angeklagte fühlen oder die ganz einfach die Vergangenheit ruhen lassen wollen. Auf eine ganz andere Art und Weise ist sie auch in Israel komplex, hart und schmerzvoll. Ob wir es wollen oder nicht: Das Andenken an die Shoah bildet einen grundlegenden Teil unserer nationalen Identität. Ein Volk, zu dessen historischem Gedenken so fürchterliche, unmögliche Erfahrungen und tiefste Abgründe gehören, ist kein Volk wie jedes andere.

Trotz allem, meine Damen und Herren: Auch wenn wir uns auf den Wegen des Gedenkens nicht begegnen können, müssen wir uns im Umfeld der Bedeutung begegnen, dem Gedenken Bedeutung verleihen. Das bedeutet, das Gedenken als Verpflichtung, als moralische Auflage, als Verantwortung zu sehen. Die Vergangenheit kann man nicht überbrücken. Die Zukunft jedoch gehört uns. Sie bringt eine große Verantwortung mit sich. Daher muss sie uns beiden gehören – uns beiden, uns und Ihnen. Denn nur so, nur gemeinsam, können wir dem Gedenken Bedeutung verleihen. Nur durch die Begegnung, die Vertiefung der Beziehungen, die hartnäckige gegenseitige Verpflichtung zur Freiheit, zur Menschlichkeit, zur Demokratie – neben einem beständigen Treuegelöbnis für die Freiheit und Sicherheit des Staates Israel und das Wohlergehen des jüdischen Volkes – sichern beide Völker die Bedeutung des Geden-

**Nur die Toten  
haben das Recht,  
zu vergeben; die  
Lebenden haben  
kein Recht, zu  
vergessen.**

**Das Gedenken  
bildet einen  
grundlegenden,  
unabdingbaren  
Bestandteil  
unserer Identität.**

kens, werden sie als Beispiel für die ganze Menschheit gelten.

Meine Damen und Herren, die Geschichte verbindet das jüdische Volk und den Staat Israel auf unabdingbare Art und Weise mit dem deutschen Volk – eine Verbindung des Gedenkens, der Bedeutung, die auf den Ebenen der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft ihren Ausdruck finden muss.

Auf der Ebene der Vergangenheit: Wir müssen die Shoah weiterhin lehren und erlernen, sie weiterhin ohne Einschränkung und Furcht erforschen, die Wirklichkeit schonungslos betrachten, mit allen Kräften gegen die Holocaustleugnung ankämpfen, die Faktoren besprechen, die zur Shoah führten, jeden Stein umdrehen und versuchen, zu verstehen, was unfassbar ist.

Auf der Ebene der Gegenwart: Die Hauptaufgabe, die uns tagtäglich von morgens bis abends verpflichtet, ist, die Hass verbreitenden Stimmen nicht zu ignorieren, seien sie im Netz, in den sozialen Netzwerken, auf der Straße oder in den politischen Machtzentren. Wir müssen Antisemitismus und Rassismus den Kampf ansagen – entschieden, eindeutig, kompromisslos.

Wir müssen den Weg suchen, den wir gemeinsam beschreiten, ausgerichtet auf die Werte des Friedens, der Gerechtigkeit, des gegenseitigen Respekts, der Toleranz und der Partnerschaft.

Auf der Ebene der Zukunft: Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, dass die uns auferlegte Verpflichtung der Zukunft gegenüber auch ein wirkliches Privileg bedeutet. Die Partnerschaft zwischen Israel und Deutschland ist in der ganzen Welt bekannt. Es ist unsere Aufgabe, sie zur Erreichung einer strahlenden Zukunft weiter zu vertiefen und zu entwickeln, nicht nur für unsere Länder, sondern für die ganze Welt.

Der Staat Israel ist heute ein Beispiel für Wiederaufbau, für Erfolg, für einen überragenden Beitrag an die Menschheit im Bereich der Kultur, der Medizin, der akademischen Welt, der Wissenschaft und in vielen weiteren Bereichen.

Israel hat im Laufe der Jahre in den verschiedensten Sektoren mit europäischen Ländern starke Partnerschaften aufgebaut und beteiligt sich an Bestrebungen, weltweite Krisen zu lösen, unter anderem die Klimakrise. Mein Land spielt eine große Rolle bei der Bewältigung dieser Krise und bei der Entwicklung weiterer Technologien.

Im Nahen Osten hat sich Israel zum treibenden Motor bei der Entwicklung von Partnerschaften in der gesamten Region entwickelt. Die Abraham-Abkommen folgen den vorherigen Friedensabkommen. Normalisierung, Dialog

und Annäherung erlauben es Israel, gute nachbarschaftliche Beziehungen, Erfolg zu haben und nie da gewesenes Wachstum in unserer Region aufzubauen.

Nie haben wir Kritik gefürchtet. Nie haben wir Kritik unterbunden. Eines werden wir von unseren Kritikern jedoch immer verlangen: alles auf die Wahrheit hin zu prüfen. Israel streckt seine Hand zum Frieden aus. Das ist die Wahrheit. Die herzlichen und tiefen Verbindungen mit einigen unserer Nachbarn sind wahr. Das gilt auch für die große Bedeutung, die sich daraus für die gesamte Region ergibt.

Auch das ist die Wahrheit: Seit eh und je strebt Israel – und wird es auch weiterhin tun – gute nachbarschaftliche Beziehungen und Frieden mit allen Staaten und Völkern des Nahen Ostens an. Dieses Bestreben existiert weiter, und das gilt selbstverständlich auch für unsere palästinensischen Nachbarn. Dies ist ein von Hoffnung und Glauben getragenes Ziel, das wir nie aufgegeben haben und das wir auch in Zukunft nicht aufgeben werden. Es verpflichtet uns und auch die Palästinenser, der Realität in die Augen zu sehen und alle Anstrengungen zu unternehmen, sie zum Guten zu wenden.

Unsere palästinensischen Nachbarn müssen zuallererst den Terror bekämpfen und ihn sofort einstellen. Erst gestern haben wir, Bundespräsident Steinmeier und ich, mit den Angehörigen der Opfer und mit israelischen und deutschen Führungspersonlichkeiten

den 50. Jahrestag des auf deutschem Boden erfolgten fürchterlichen Massakers begangen, bei dem elf israelische Sportler ermordet wurden, die an den Olympischen Spielen 1972 in München teilnehmen wollten.

Die palästinensischen Terrororganisationen tragen die Verantwortung für diese abscheulichen Morde – ein Verbrechen, das nicht nur die grundlegenden Werte der Menschenwürde und die Unversehrtheit des Lebens traf, sondern auch den Sport als solchen und insbesondere den Geist der Olympischen Spiele. Verantwortung tragen sie auch für weitere, nicht weniger entsetzliche Terrorakte, die seitdem verübt wurden und bis zum heutigen Tage verübt werden.

Aus diesem Anlass möchte ich Ihnen, Herr Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Herr Kanzler Scholz, der Bundesrepublik und der bayerischen Regierung für die Bemühungen danken, die die Verständigung mit den Angehörigen der Opfer ermöglicht haben. In ihrem Kern verankert ist die Übernahme der Verantwortung, Verantwortung für eine objektive historische Untersuchung und eine gewisse Linderung des Schmerzes der Angehörigen, die diesen furchtbaren Schmerz bis ans Ende ihrer Tage in sich tragen werden.

Ich danke Ihnen für die bewegende Zeremonie, die gestern mit den olympischen Verbänden und mit jungen Menschen aus Israel und aus Deutschland und natürlich auch mit den Familien der

trauernden Angehörigen in München stattfand.

Meine Damen und Herren, Israel ist Teil der internationalen Bestrebungen, die radikalen Kräfte aufzuhalten, die Terror, Tod und Zerstörung verbreiten und jeden Bürger dieser Erde bedrohen wollen. Auch in unserer Generation, zu unserer Zeit bedrohen düstere, hasserfüllte, vom Iran angeführte Kräfte nicht nur den Staat Israel, nicht nur das Gleichgewicht im Nahen Osten, sondern die gesamte Weltordnung.

Von hier, von dieser wichtigen Bühne in Berlin aus, rufe ich die Völkerfamilie dazu auf, entschieden und hart gegen den Iran und seine Pläne zur Entwicklung von Kernwaffen vorzugehen. Massenvernichtungswaffen in den Händen eines UNO-Mitgliedstaates, der tagtäglich zur Vernichtung eines anderen UNO-Mitgliedstaates aufruft – das ist unannehmbar.

Bedrohungen und Handlungen zur Vernichtung des Staates Israel sind unannehmbar. Die Vorgaben müssen ganz eindeutig sein: Wer die Shoah leugnet, wer aus Hass und Aggression handelt, wer die Daseinsberechtigung des Staates Israel bedroht, hat keinen Anspruch auf Verträge, die ihn nur bestärken, hat kein Anrecht auf Vergünstigungen oder Gelder, hat auf gar keinen Fall ein Anrecht auf Zugeständnisse.

Die internationale Staatengemeinschaft muss sich auf die richtige Seite der Geschichte stellen, muss klare Forderungen artikulieren, scharfe und notwendige Sanktionen auferlegen, eine undurchdringliche Mauer aufbauen zwischen dem Iran und Fähigkeiten, nuklear zu handeln, muss standhalten und darf nicht aufgeben.

Der Staat Israel wird sich verteidigen und mit allen Mitteln gegen die Bedrohung des Staates und seiner Bürger ankämpfen. Ich rufe die ganze Welt auf, nicht tatenlos zuzuschauen.

Meine Damen und Herren, verehrte Vertreter des deutschen Volkes, Deutschland und das deutsche Volk haben Ihr Land und Ihre Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg auf bewundernswerte und inspirierende Weise wieder aufgebaut. Deutschland hat sich einen Namen gemacht und sich zu einer im Wirtschafts- und Sicherheitsbereich führenden und verantwortlichen Großmacht entwickelt, einem Motor für Geist und Kultur, zu einem Initiator eines nie gekannten Aufschwungs in Europa und der ganzen Welt.

Deutschland ist eine führende und bedeutende Kraft in Europa und in der NATO. Gerade jetzt wird das besonders offensichtlich: bei der Unterstützung der Unversehrtheit der Ukraine und den Friedensbemühungen in der Ukraine. Ich bin davon überzeugt, dass Deutschland eine führende Rolle bei der Lösung dieser furchtbaren Tragödie spielen wird, die das ukrainische Volk betrifft. Wir alle wünschen eine möglichst schnelle Beendigung seines Leidens und die Rückkehr von Stabilität und Frieden in der Ukraine und ganz Europa.

Die bahnbrechenden Errungenschaften im Sozialversorgungsgebiet beruhen auf einer fortschrittlichen Weltanschauung. Das Umsetzen von Gleichberechtigung, die Sorge um die Schwachen, der Aufbau einer beeindruckenden, stützenden und würdevollen Infrastruktur für Bedürftige bilden einen Rahmen für Menschlichkeit und für die Würde des Menschen, was beispielgebend für ganz Europa ist und in der ganzen Welt geschätzt wird.

Der ehrenwerte Status, den das demokratische Deutschland in der Völkerfamilie genießt, der es zu einem der wichtigsten Anführer der freien Welt werden ließ, beruht auf Erfolg und vor allem auf der Verpflichtung der Vergangenheit gegenüber, aber nicht in geringerem Maße der Zukunft der Menschheit. Deutschland hat bewiesen und beweist weiterhin, dass es der Erinnerungskultur und dem Gedenken erhebliche Anstrengungen widmet. Gleichzeitig setzt es sich intensiv ein im Bereich von Innovationen des Unternehmertums, der Wissenschaft, der Technologie, der Forschung und vielem mehr, in all den Bereichen, von denen die Zukunft der Menschheit abhängt.

Der Staat Israel ist stolz auf seine Partnerschaft mit Deutschland

### Die Vergangenheit kann man nicht überbrücken. Die Zukunft jedoch gehört uns.



Ergreifende Worte im Plenarsaal: Nach seiner Rede umarmt der israelische Präsident Isaac Herzog Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

© picture alliance/dpa | Kay Nietfeld

Fortsetzung auf nächster Seite

und weiß die tiefe Freundschaft, das mutige Bündnis, das zwischen unseren Ländern geschlossen wurde, und den deutschen Beitrag zur Sicherheit und zum Erfolg Israels sehr zu schätzen. Ich bin der festen Überzeugung, dass unsere gemeinsamen Werte und die tiefe Freundschaft zwischen unseren Ländern beitragen werden zur Festigung unse-

rer Partnerschaft, zur Fortsetzung des Weges, den Israel und Deutschland gemeinsam beschreiten, Seite an Seite, Hand in Hand, auf eine erfolgreiche, hoffnungsträchtige Zukunft hin.

Meine Damen und Herren, der israelische Dichter, den ich zu Beginn meiner Worte zitierte, Jehuda Ami Chai, dessen Name aus den Satzkomponenten „Ami

chai – Mein Volk lebt“ zusammengesetzt ist, schließt den Gedichtband, indem er noch einmal den Stein auf seinem Schreibtisch in Jerusalem anspricht, den Stein aus einem Grabstein in seiner Geburtsstadt in Deutschland. Ich möchte zum Abschluss meiner Worte hier heute noch einmal aus dem entsprechenden Gedicht zitieren

und die Hoffnung aussprechen, dass seine Worte die Grundlage für unsere weitere Partnerschaft bilden, eine Partnerschaft, die von der Vergangenheit und der Zukunft genährt wird. Hier seine Worte: Trotzdem schenkt mir dieser Stein auf meinem Tisch Ruhe; ein Stein der Wahrheit, unverrückbar, weiser als alle Steine der Weisen, Stein vom

zerbrochenen Grabstein, und doch ganz, wie etwas nur ganz sein kann. Stein des Zeugnisses über alles, was je gewesen, alles, was je sein wird, ein Stein des Amens und der Liebe. Amen. Amen. Möge es so sein.

Vielen Dank an alle.

(Langanhaltender Beifall ☑ Die Anwesenden erheben sich)

## Worte der Bundestagspräsidentin zum Gedenken an Michail Gorbatschow

Bärbel Bas, Bundestagspräsidentin

# Ich verneige mich vor dem großen Weltveränderer



Bärbel Bas (\*1968)  
Wahlkreis Duisburg I

**S**ehr geehrter Herr Bundespräsident! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir trauern um Herrn Michail Sergejewitsch Gorbatschow, der am 30. August verstorben ist.

Präsident Gorbatschow war ein Mann des Friedens. Er veränderte die Welt. Zum Besseren. Er machte möglich, was über Jahrzehnte undenkbar schien: den Kalten Krieg friedlich zu beenden und die Teilung unseres Landes und unseres Kontinents zu überwinden.

Wir Deutschen haben Michail Gorbatschow viel zu verdanken.

Er hat die Geschichte unseres Landes und das Leben von Millionen Menschen verändert. Sein Mut und seine Haltung waren entscheidend für die Wiedererlangung unserer staatlichen Einheit – diesen einzigartigen und großen Moment unserer Geschichte. Das werden wir nicht vergessen.

Er war Wegbereiter der Wiedervereinigung. Mit seinem unverhofften Aufbruch in eine neue Politik hat er den Menschen in der DDR Mut gemacht, sich selbst zu ermächtigen. Glasnost und Perestroika – warum sollte das nicht auch in der DDR möglich sein? Auch sein Besuch in Ostberlin im Oktober 1989 zum 40. Staatsjubiläum der DDR trug dazu bei, dass

die Deutschen in der DDR gegen die SED-Diktatur aufbegehren.

Als Frauen und Männer 1989 in immer größerer Zahl in Plauen, in Leipzig, in Ostberlin, in Dresden, in Schwerin, in Magdeburg und an vielen anderen Orten in der DDR auf die Straße gingen, fragten sich viele: Werden wieder Panzerrollen? – Doch die sowjetischen Soldaten blieben in ihren Kasernen. Das Ende der DDR und die deutsche Wiedervereinigung erfolgten friedlich. Die US-amerikanische Publizistin Anne Applebaum schrieb – ich zitiere -: Gorbatschows radikalste Handlung war der Verzicht auf Gewalt. – Zitat Ende.

Gorbatschow versuchte letztlich nicht, das Sowjetimperium mit militärischer Gewalt oder nuklearen Drohungen zusammenzuhalten. Oder sich selbst mit Gewalt an die Macht zu klammern. Seine Politik des erklärten Gewaltverzichts und seine Aufgabe des Moskauer Herrschaftsanspruchs gegenüber den Satellitenstaaten stärkten die Bürgerrechtsbewegungen in Mittel- und Osteuropa. Seine Entscheidungen führten zur Freiheit für viele Millionen Menschen. Michail Gorbatschow selbst sagte dazu 1999, zehn Jahre nach dem Mauerfall, hier an diesem Rednerpult – ich zitiere ihn -:

... die Tatsache, dass die Wiedervereinigung gerade damals und gerade auf diese Art und Weise stattgefunden hat, ist ein Verdienst der Völker selbst.

Die Warschauer-Pakt-Staaten sollten selbst über ihren Weg entscheiden können. 1989 und 1990 respektierte Gorbatschow ausdrücklich das Selbstbestimmungs-

recht der Völker.

„Der Kalte Krieg ist zu Ende“, verkündete er im Dezember 1989 bei seinem Treffen mit US-Präsident George Bush vor Malta.

Bei seinem Gipfeltreffen mit Helmut Kohl im Nordkaukasus im Sommer 1990 stimmte er auch der NATO-Mitgliedschaft des künftigen wiedervereinigten Deutschlands zu.

Am Ende eines von zwei Weltkriegen, der Blockkonfrontation und der nuklearen Abschreckung geprägten Jahrhunderts erlebten wir einen friedlichen Wandel, der für mich im historischen Rückblick ehrlicherweise ein ganz großes Glück war. Insbesondere für unser Land. Ein Glück, für das wir Michail Gorbatschow dankbar bleiben werden.

Mit seiner Versöhnungsbereitschaft leistete er Unschätzbare für die historische Aussöhnung zwischen Deutschen und Russen. Die Frage nach den künftigen deutsch-sowjetischen Beziehungen bewegte ihn, wie er auch 1990 immer wieder an Helmut Kohl schrieb. Auch wir in Deutschland haben uns eine vertrauensvolle Partnerschaft mit Russland gewünscht. Ich sage

mit großem Bedauern, dass eine Partnerschaft mit Russland derzeit nicht möglich ist.

Gorbatschow bezeichnete Vertrauen als den „wichtigsten Faktor in der Weltpolitik“. Mit Vertrauen veränderte er die Welt. Sein Vertrauen zu Bundeskanzler Kohl und auch zu Deutschland öffnete den Weg zur Einheit unseres Landes. Für mich war er einer der großen Vertrauensstifter des vergangenen Jahrhunderts.

Dialog und Vertrauen. Das war

die Grundlage seines politischen Handelns. Er hatte den Mut, eingetretene Wege zu verlassen, die sich als Sackgassen erwiesen. Er baute Vertrauen auf zu US-Präsident Reagan. Und er setzte Vertrauen an die Stelle von Abschreckung und Konfrontation. Das war eine radikale Kursänderung. Dieses Vertrauen wuchs auch, als Gorbatschow von Kompromissen sprach. Diese Vokabel hatte man vorher selten aus Moskau gehört. So brach er ausweglos erscheinende Konflikte auf.

Gorbatschow brachte ein neues Denken in den Kreml. Er suchte die Abkehr vom Gleichgewicht des nuklearen Schreckens. Mit dem INF-Vertrag über die Vernichtung der atomaren Mittelstreckenwaffen läuteten Gorbatschow und Reagan 1987 das Ende des nuklearen Wettrüstens zwischen den Großmächten ein. Mit der Abrüstung wurde der Weg zum friedlichen Ende des Kalten Krieges bereitet. Nach vier Jahrzehnten Ost-West-Konfrontation in Europa!

Für seine Abrüstungspolitik und für seinen neuen Weg in der Außenpolitik erhielt Gorbatschow 1990 den Friedensnobelpreis.

Als Gorbatschow 1985 an die Spitze der Sowjetunion aufstieg, befand sich das Land bereits im Niedergang. Seine Bürgerinnen und Bürger lebten in Resignation. Gorbatschow wollte mit Reformen das Leben der Sowjetbürger verbessern, den Sozialismus weiterentwickeln, ihm ein menschliches Antlitz geben.

Er wollte die Angst in der Beziehung zwischen dem Volk und der Staatsführung ersetzen. Durch Dialog. Auf einmal mischte sich dieser junge Staatsmann bei seiner ersten Dienstreise in das damalige Leningrad unter das Volk. Er fragte die Menschen nach ihren Sorgen und Problemen. Und er versprach Änderungen. Seine Offenheit und sein aktives Werben um die Bevölkerung waren geradezu unerhört. Hatte doch das Volk in Angst vor der Macht gelebt und die Macht in

Angst vor dem Volk.

„Glasnost“ und „Perestroika“ gingen in den internationalen Sprachgebrauch ein. Die neuen Freiheiten weckten große Hoffnungen. Nun konnte man in der Sowjetunion frei sprechen – ohne Haft befürchten zu müssen. Sogar über die Verbrechen des Stalinismus und den Gulag wurde gesprochen. Archive wurden geöffnet. Neue Zeitungen, Bücher, Erinnerungen erschienen.

Doch den Niedergang des kolonialen Imperiums konnte Gorbatschow nicht mehr aufhalten. Die Sowjetunion war nicht mehr reformierbar. Gorbatschow, der Schritt für Schritt vorgehen wollte, entglitt die Kontrolle über sein eigenes Land. Im August 1991 wurde gegen ihn geputscht. Die Völker der Sowjetunion strebten nach Freiheit und Unabhängigkeit. Am 25. Dezember 1991 löste sich die Sowjetunion auf.

Es gibt wohl wenige Politiker, die in Deutschland so sehr verehrt wurden wie er. Und wir werden ihn als großen Freiheitsgeber in Erinnerung behalten.

Die sehr unterschiedlichen Reaktionen in Russland, Mittel- und Osteuropa und auch in Deutschland nach seinem Tod zeigen nicht nur die Vielschichtigkeit seines Wirkens. Sie zeugen auch von grundlegenden Missverständnissen und der Tragik seines politischen Lebens. Er wurde einsam im eigenen Land.

In Russland werden ihm der Zerfall des Sowjetimperiums und die Not der 90er-Jahre angelastet. Er litt unter dieser Entfremdung von seinem eigenen Volk.

Im Südkaukasus und im Baltikum erinnert man sich schmerzhaft an das brutale Vorgehen gegen friedliche Demonstranten 1989 in Tiflis, den Schwarzen Januar 1990 in Aserbaidschan und den Blutsonntag von Vilnius 1991 während seiner Amtszeit.

Es fand später – trotz aller Bewunderung und Dankbarkeit – auch eine gewisse Entfremdung

**Seine Entscheidungen führten zur Freiheit für viele Millionen Menschen.**

**Es gibt wohl wenige Politiker, die in Deutschland so sehr verehrt wurden wie er.**

mit dem Westen statt, etwa in der Bewertung der russischen Außenpolitik von Putin. Gorbatschow war vom Westen durchaus auch enttäuscht. Er machte es sich dabei aber nicht leicht; er zog sich nicht zurück, sondern engagierte sich weiter.

Gorbatschows Verdienste um das Ende des Kalten Krieges und die Wiedervereinigung unseres Landes und unseres Kontinents bleiben einzigartig. Die unterschiedlichen Reaktionen zeigen aber – wie Reinhard Vesper in der „FAZ“ vergangene Woche anmerkte –, welche Missverständnisse und Enttäuschungen seit Jahren zwischen Russland und dem Westen bestehen.

Gerade wir Deutschen haben zu lange Gorbatschows Streben nach Verständigung, Frieden und Partnerschaft als Grundlage unserer Beziehungen mit Russland vorausgesetzt. Dabei haben wir übersehen oder vielleicht auch nicht wahrhaben wollen, dass sich Russland unter Putin längst und radikal von Gorbatschows Zielen abgewandt hatte.

Die Entwicklung in seiner Heimat besorgte Gorbatschow. Er rief die Regierenden in Russland auf, keine Angst vor den Menschen zu haben und auch ihre Freiheit nicht zu unterdrücken. Gleichzeitig setzte er Vertrauen in die russische Zivilgesellschaft – besonders in die jungen Menschen. „Russlands Zukunft kann nur Demokratie bedeuten“, schrieb er 2019. Gorbatschow

war trotz aller Rückschläge und Defizite zutiefst davon überzeugt, dass es letztlich kein Zurück zur totalitären Vergangenheit gebe. Er war sich sicher, dass nur eine demokratische Entwicklung seinem Land eine Zukunft bieten kann.

Vor wenigen Jahren sagte Michail Gorbatschow in einem Interview:

Wir wollten die Mauer des Misstrauens zwischen Ost und West beseitigen, überhaupt jede Mauer zwischen Staaten, zwischen Völkern, zwischen Menschen.

Zwischen Russland und Europa klafft heute ein tiefer Graben, dort, wo nach Gorbatschows Vision ein gemeinsames europäisches Haus entstehen sollte. Mit Russland und mit einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur. Im Juni 1990 schrieb er an Helmut Kohl, dass die Überwindung des Blocksystems und die Gestaltung neuer Sicherheitsstrukturen im gesamteuropäischen Geiste zu suchen sei. Es ist Russland, das unter Putin mit diesem Geist gebrochen hat. Und das ist ein tragischer Fehler. Es ist Russland, das die Ukraine angreift und mit Waffengewalt die europäische Friedensordnung zerstört.

Gorbatschow war ein Mann des Friedens. Als Kind hatte er den Zweiten Weltkrieg erlebt. Und er wollte die Welt von ihrer größten Bedrohung befreien. Immer wieder mahnte er zur

atomaren Abrüstung und warnte eindringlich vor der Gefahr eines neuen Krieges. Eine neuerliche Konfrontation Russlands mit dem Westen blieb bis zuletzt seine größte Sorge.

Michail Gorbatschow stand für Gewaltverzicht, für Freiheit und für die Selbstbestimmung der Völker. Er stand für eine Weltordnung, in der Staaten durch Dialog und auf Grundlage des Rechts Konflikte beilegen und gemeinsame Lösungen für globale Probleme suchen. Es schmerzt uns zutiefst, dass alles, wofür er stand, heute auf so eklatante Weise verletzt und zerstört wird.

Gorbatschows Mut kann uns aber auch in diesen dunklen Stunden Zuversicht vermitteln für die großen Herausforderungen, vor denen wir jetzt stehen. Er war Humanist. Er glaubte an

die Menschen und ihre Möglichkeiten. „Man kann, wenn man will“, betonte er immer wieder. Selbst unter schwierigen Bedingungen lassen sich, so meinte er, neue Lösungen im Interesse der Weltgemeinschaft finden. Man darf nicht aufgeben. Und sein Handeln war das beste Beispiel dafür.

Die Welt muss nicht bleiben, wie sie ist. Auch nicht nach diesem brutalen Krieg, den Russland gegen die Ukraine führt. Es kann ein besseres Morgen, ein besseres Übermorgen geben. Aber der Weg dahin wird sicherlich lang und auch steinig. Wir brauchen mutige Menschen, die für eine friedliche, gerechte und nachhaltige Welt bereit sind, Risiken einzugehen und eingetretene Pfade zu verlassen, die bereit sind, neu zu denken – und neu zu handeln, Politiker und

Persönlichkeiten wie Michail Sergejewitsch Gorbatschow.

Mit ihm verliert das deutsche Volk einen treuen Freund.

Ich verneige mich vor dem großen Weltveränderer und dem großartigen Menschen.

Ich möchte Sie jetzt bitten, sich als Zeichen des Respekts, unserer Dankbarkeit und unserer Trauer im Gedenken an Michail Gorbatschow für eine Schweigeminute von den Plätzen zu erheben.

Ich danke Ihnen. Bitte nehmen Sie wieder Platz.

Wir unterbrechen die Sitzung jetzt und werden um 9.30 Uhr mit der Sitzung fortfahren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der AfD und der LINKEN)



Am vergangenen Mittwoch würdigte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas den ehemaligen Chef der Sowjetunion Michail Gorbatschow. © picture alliance / Flashpic | Jens Krick

## Worte der Bundestagspräsidentin zum Gedenken an Königin Elizabeth II.

Bärbel Bas, Bundestagspräsidentin

# Wir gedenken heute Ihrer Majestät Königin Elizabeth II



Bärbel Bas (\*1968)  
Wahlkreis Duisburg I

Nordirland.

Königin Elizabeth II verstarb gestern im Alter von 96 Jahren.

Über 70 Jahre war sie Staatsoberhaupt des Vereinigten Königreichs und der anderen Staaten des Commonwealth.

So lange wie kein britischer Monarch vor ihr. Die meisten Menschen können sich eine Welt ohne Königin Elizabeth II nicht vorstellen.

Sie war die Monarchin des Jahrhunderts.

1926 geboren, umfasste ihr Leben tiefgreifende politische und soziale Umbrüche im Vereinigten Königreich und in Europa. Sie erlebte den Zweiten Weltkrieg, das Ende des britischen Kolonialreichs, den Kalten Krieg und den

Fall des Eisernen Vorhangs, den Nordirlandkonflikt, den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Union und auch den Brexit und die Corona-Pandemie.

Sie stand für Frieden in Europa und sorgte sich schon vor Jahren, dass eine neue Trennlinie in Europa drohte.

Erst im Juni hat das Vereinigte Königreich ihr 70. Thronjubiläum gefeiert. Es waren Tage der Freude und des Stolzes auf die Queen als Staatsoberhaupt im Vereinigten Königreich und im gesamten Commonwealth.

Sie führte ein Leben im Dienst ihres Volkes – mit Klarsicht, Weisheit und großer Disziplin. Aber auch mit Humor hat sie den Zusammenhalt im Vereinigten Königreich gestärkt.

Zu Neutralität verpflichtet wirkte sie mit ihrer moralischen Autorität. Königin Elizabeth II stand für Werte und Beständigkeit – in sieben Jahrzehnten, die durch so viele tiefgreifende Umbrüche geprägt waren.

Sie war eine Ausnahmepersönlichkeit und ein Vorbild – weit über die Grenzen des Vereinigten Königreichs hinaus. Überall auf der Welt genoss sie Respekt, Bewunderung und Sympathien. Das lag auch an ihrem Einsatz für den Frieden.

Wir Deutschen sind ihr dafür zutiefst dankbar.

Während ihrer Regentschaft wurde aus den Beziehungen der einstigen Kriegsgegner Großbri-

tannien und Deutschland eine Freundschaft. Daran hatte Königin Elizabeth II – die im Zweiten Weltkrieg in der Frauenabteilung des britischen Heeres diente – erheblichen Anteil.

Bei ihrem Staatsbesuch 2015 – der ihr letzter Staatsbesuch überhaupt bleiben sollte – bezeichnete sie die Beziehungen zwischen unseren Ländern als „eine der unumkehrbaren Veränderungen zum Besseren“ in ihrer Lebenszeit. Es ging ihr, wie sie es ausdrückte, um eine „vollständige Aussöhnung“.

Immer wieder hat sie sich für diese Aussöhnung und Freundschaft stark gemacht. Welche Bedeutung unsere Verständigung für sie hatte, zeigen ihre vielen und ausführlichen Staatsbesuche in Deutschland – die uns noch in klarer und sehr guter Erinnerung sind. Auch die, die Jahrzehnte zurückliegen.

Jeder ihrer Besuche in Deutschland brachte viele Tausend Be-

Fortsetzung auf nächster Seite

**S**ehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir gedenken heute Ihrer Majestät Königin Elizabeth II, Königin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und

wunderer auf die Straße. Britische Medien berichteten 1965 über ein wahres „Queen-Fieber“ in Deutschland.

Als erstes britisches Staatsoberhaupt seit dem Zweiten Weltkrieg – und erste britische Monarchin seit 1909 besuchte die Queen 1965 die Bundesrepublik Deutschland.

Elf Tage lang reiste die Königin, begleitet von ihrem Mann Prince Philip, damals durch die Bundesrepublik. 20 Stationen umfasste diese erste Reise, darunter auch meine Heimatstadt Duisburg! Immer wieder besuchte sie danach Deutschland. So reiste sie im Oktober 1992 fünf Tage durch das wiedervereinigte Deutschland.

Deutschland hat König Elizabeth II viel zu verdanken.

Trotz aller schwierigen Phasen, die in ihre Regentschaft fielen, setzte sie sich bis an Ihr Lebensende für Zusammenhalt und Zu-

versicht ein.

In ihrer Grußbotschaft an ihr Volk zum 70. Thronjubiläum sagte sie:

„Indem wir darüber nachdenken, was wir in den letzten siebenzig Jahren erreicht haben, blicken wir auch der Zukunft mit Zuversicht und Enthusiasmus entgegen.“

Wir trauern um eine große Staatsfrau.

Der Königlichen Familie und dem Vereinigten Königreich gilt unser tief empfundenes Mitgefühl.

Wir stehen in diesem Moment der Trauer fest an der Seite des Vereinigten Königreichs.

Ich möchte Sie bitten, sich als Zeichen des Respekts, unserer Dankbarkeit und unserer Trauer im Gedenken an Ihre Majestät Königin Elizabeth II, Königin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, von den Plätzen zu erheben.



Königin Elizabeth II. und ihr Mann Prinz Philip besuchten Duisburg im Jahre 1965: Es sollte der Auftakt von vielen Staatsbesuchen der Queen in Deutschland sein. © picture alliance / ZB | Eisenbahnstiftung

## Generaldebatte zum Haushalt 2023 / 50. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages am 7. September 2022

Friedrich Merz, CDU:

# Herr Bundeskanzler, stoppen Sie diesen Irrsinn!



Friedrich Merz (\*1955)  
Wahlkreis Hochsauerlandkreis

Es ist mehr als angemessen, dass wir heute Morgen des verstorbenen letzten Staatspräsidenten der ehemaligen Sowjetunion und Generalsekretärs der KPdSU gedacht haben. Wir verdanken Helmut Kohl, George Bush und eben auch Michail Gorbatschow die Chance, dass unser Land vor über 30 Jahren die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit erreichen konnte.

Hätte Gorbatschow seinen politischen Weg weitergehen können, wären Glasnost und Perestroika die prägenden Elemente der russischen Politik nach dem Ende der Sowjetunion geblieben, dann wäre nicht nur die russische Geschichte anders verlaufen. Die gesamte europäische

Geschichte wäre anders verlaufen. Aber spätestens seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sind wir auf schreckliche Weise mit einer ganz anderen Realität konfrontiert, und diese Realität hat Folgen für ganz Europa, aber auch und ganz besonders für Deutschland.

Wir haben seit Ihrer Regierungserklärung, Herr Bundeskanzler, am 27. Februar über diese Folgen oft und intensiv diskutiert. Wir haben gemeinsame Entscheidungen getroffen bis hin zu einer Änderung des Grundgesetzes und einer gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages am 28. April über umfassende humanitäre, finanzielle und militärische Hilfe für die Ukraine. Mit diesen beiden Entscheidungen enden dann aber auch die Gemeinsamkeiten zwischen Ihrer Regierung und uns.

Soweit der Bundeshaushalt betroffen ist, über den wir in dieser Woche in erster Lesung beraten, halten Sie Ihre eigene Zusage nicht ein, Herr Bundeskanzler, der Bundeswehr – Zitat; Sie erinnern sich möglicherweise – „ab sofort jedes Jahr mehr als 2 Prozent des BIP für Investitionen in die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit zur Verfügung zu stellen.“ Der Bundeswehretat hätte

neben den 100 Milliarden Euro, die wir zusammen beschlossen haben, Jahr für Jahr ansteigen müssen. Stattdessen kürzen Sie den Etat von diesem Jahr auf das nächste Jahr um 300 Millionen Euro. Herr Bundeskanzler, wir müssen es leider feststellen: Wir können den von Ihnen gegebenen Zusagen nicht vertrauen.

Neben den rein finanziellen Fragen der Ausstattung der Bundeswehr kommen Sie und Ihre Regierung auch der eindeutigen Aufforderung des Deutschen Bundestages vom 28. April nicht nach, die Ukraine in ausreichendem Maße mit schweren Waffen zu versorgen. Nun fällt niemandem von uns leicht, zu verstehen, dass der Einsatz von Waffen den Frieden näher bringen kann. Aber lassen Sie mich zitieren aus einem Interview, das einer der renommiertesten, national und international anerkannten Politikwissenschaftler unseres Landes vor zwei Wochen der „Berliner Zeitung“ gegeben hat. Es ist Herfried Münkler. Er sagt:

Ich bin erstaunt über die Naivität eines Teils der intellektuel-

len Szene und mancher Politiker in Deutschland, die offenbar glauben, dass Putin an den Verhandlungstisch kommen wird, wenn man ihn dazu auffordert. Das Gegenteil ist der Fall: Russland

- so sagt er -

muss durch militärische Misserfolge zu Gesprächen mit der Ukraine gezwungen werden. Mit Waffenlieferungen aus dem Ausland beschleunigt man also einen Prozess, an dessen Ende Verhandlungen stehen. In Deutschland gibt es offenbar keine Kultur des militärisch-strategischen Denkens, deswegen werden diese aus Expertensicht absurden Forderungen nicht als falsch erkannt. Der Weg

- so schließt er -

an den Verhandlungstisch führt einzig über militärische Erfolge der Ukraine, die Russland die Aussicht auf den großen Sieg nehmen.

Ende des Zitats.

Herr Bundeskanzler, diese klaren Worte hätten wir einmal von Ihnen erwartet. Damit hätten Sie nicht nur in Deutschland, sondern damit hätten Sie für ganz Europa politische Führung übernommen.

Nimmt man die Worte von Herfried Münkler ernst – und wir tun das -, dann ist die Zögerlichkeit, der Ukraine noch intensiver zu helfen, ein Grund dafür, dass dieser Krieg sich verlängert.

Dieser Krieg fordert noch mehr Opfer auf beiden Seiten, als er ohnehin schon gefordert hat.

Die Länge dieses Krieges verschärft auch die wirtschaftliche Lage in Deutschland und in Europa. Wir müssen heute, meine Damen und Herren, davon ausgehen, dass vor allem Deutschland aufgrund seiner – ich sage es ausdrücklich – nicht von dieser Regierung allein zu verantwortenden Energieabhängigkeit von Russland in besonderem Maße von diesen drohenden Versorgungsengpässen betroffen sein wird. Ich habe es doch gerade gesagt: ausdrücklich nicht von Ihnen allein zu verantwortenden Abhängigkeit von russischem Gas.

Jenseits aller Details – ich werde auf zwei zu sprechen kommen – fehlt Ihnen und Ihrer Regierung aber auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht jeder Kompass. Ja, man muss es leider so sagen: Auch in der Wirtschaftspolitik fehlt dieser Bundesregierung jede Fähigkeit zum politisch-strategischen Denken.

Sie mühen und streiten sich über Wochen und Monate. Die gesamte Sommerpause ist doch von einem permanenten Streit dieser Koalition über Wochen bestimmt gewesen. Und herausgekommen ist wieder einmal ein Sammelsurium an Kompromissen auf dem Niveau des kleinsten gemeinsamen Nenners, der diese Koalition noch zusammenhält. Sie ist weit davon entfernt, sachgerechte Antworten auf diese gewaltigen Herausforderungen zu geben, vor denen wir stehen.

Lassen Sie mich, meine Da-

**Herr Bundeskanzler, wir können den von Ihnen gegebenen Zusagen nicht vertrauen.**

men und Herren, mit einer rein formalen Frage beginnen, der Frage der Zuständigkeiten. Spätestens diese Krise und das Durcheinander in Ihrer Koalition hätten Sie, Herr Bundeskanzler, zum Anlass nehmen müssen, im Bundeskanzleramt einen Energiesicherheitsrat – noch besser: einen nationalen Sicherheitsrat aus Mitgliedern der Bundesregierung und Experten von außen – einzurichten. Spätestens diese Krise wäre Veranlassung gewesen, die Zuständigkeit an sich zu ziehen. Denn Sie können die hochkomplexen Fragen der Energiepolitik und der Versorgungssicherheit unseres Landes in einer solchen existenziellen Krise doch nicht allen Ernstes einem Bundeswirtschaftsminister überlassen, der zwar, wie wir immer wieder sehen, gefällig formulieren kann, dem wir immer wieder beim Denken zuschauen dürfen, der aber ganz offensichtlich in seiner Partei und in seinem Apparat umgeben ist von einer Gruppe aus Lobbyisten der Umweltpolitik, die alles zur Strecke bringen, was auch nur einigermaßen Aussicht auf Erfolg hat, diese Krise in den Griff zu bekommen.

Mit Verlaub: Wie hilflos, Herr Habeck, Sie in diesen Fragen sind, das konnte man gestern Abend im deutschen Fernsehen beobachten. Man kann nur hoffen, dass ein Großteil der deutschen mittelständischen Unternehmer und vor allem der Bäckerinnen und Bäcker um diese Uhrzeit schon im Bett gelegen und geschlafen haben und das nicht mit ansehen mussten, was Sie da gestern Abend von sich gegeben haben; man kann es nur hoffen.

Das größte Problem, vor dem wir heute stehen, meine Damen und Herren, ist die hohe Geldentwertung. Die jahrelange Nullzinspolitik der EZB hat den Sparern in Deutschland erst die Renditen vorenthalten, und jetzt geht es an die Substanz. Und noch weitreichender sind die Folgen für unsere gesamte Volkswirtschaft. – Wissen Sie, diese Zwischenrufe, meine Damen und Herren, zeigen nur, dass Sie ganz offensichtlich keine Ahnung von dem haben, was in den privaten Haushalten und in den Unternehmen im Augenblick in Deutschland los ist. Sie haben offensichtlich keine Ahnung.

Ich gebe Ihnen mal ein Beispiel. Viele Unternehmen in Deutschland haben die Auftragsbücher im Augenblick so voll

wie schon seit Jahren nicht mehr. Aber sie können diese Aufträge nicht abarbeiten, sie geben sie zurück, weil die Lieferketten unterbrochen sind, weil die Preise durch die Decke gehen und weil sie nicht mehr in der Lage sind, die Aufträge abzuarbeiten, die sie schon seit längerer Zeit in den Büchern stehen haben. Das hat etwas mit der Inflationsrate und der Geldentwertung und den Lieferketten zu tun. Schauen Sie sich das doch bitte in Ihren Wahlkreisen einmal an. Jeder von uns bekommt jeden Tag Nachrichten und Briefe aus den Unternehmen, die genau auf diesen Sachverhalt hinweisen. Und Sie gehen mit einer bemerkenswerten Ignoranz über dieses Thema hinweg und reden nur über Hilfsprogramme, statt einmal das Thema wirklich an der Wurzel zu packen.

Sucht man in Ihrem Papier vom vergangenen Sonntag nach Lösungen zu diesem Problem, stößt man vor allem darauf – Gratulation an die FDP –, dass Sie die kalte Progression abbauen wollen. Meine Damen und Herren, es steht im Gesetz, dass Sie das ohnehin machen müssen. Sie sind dazu verpflichtet, diese Frage alle zwei Jahre zu klären. Und es gibt doch zumindest eine moralische Verpflichtung, das nicht erst im Jahr 2023, sondern jetzt im Jahr 2022 zu tun. Es wäre die richtige Antwort im Jahr der Krise gewesen, diese Entscheidung zu treffen.

Stattdessen halten Sie an der Gasumlage fest, die zum 1. Oktober nun in Kraft treten soll. Diese Gasumlage wird die Inflationsrate in Deutschland noch weiter in die Höhe treiben, sie wird die privaten Haushalte noch höher belasten, und sie wird vor allen Dingen die Unternehmen in Deutschland zu einem Zeitpunkt, zu dem sie es nun überhaupt nicht gebrauchen können, mit Tausenden, Hunderttausenden, Millionen zusätzlicher Kosten belasten, nur weil Sie in dieser Bundesregierung krampfhaft an dieser Umlage festhalten, die von Anfang an eine Fehlkonstruktion gewesen ist, und Sie nicht die Kraft haben, das jetzt hier zu korrigieren.

Es wäre richtig gewesen, diese Umlage aufzuheben. Sie können das übrigens zusammen mit uns

**Das sind doch alles Reparaturen an einem Problem, das Sie an der Wurzel nicht anpacken.**

in dieser Woche tun – ein entsprechender Antrag liegt dem Deutschen Bundestag vor – und stattdessen die relevanten Unternehmen, die Gasimporteure unter einen staatlichen Schutzschirm stellen, so wie wir das mit den Banken in der Finanzkrise und mit einigen Unternehmen während der Coronakrise einmal gemacht haben. Die Systematik, die Instrumente sind vorhanden. Sie weigern sich, auf diese Instrumente zurückzugreifen, weil Sie mit dem Kopf durch die Wand wollen und eine einmal beschlossene Entscheidung nicht zurücknehmen wollen. Das ist die Wahrheit mit dieser Gasumlage.

Nun kommt das Meisterstück dieser Regierung, nämlich die Entscheidung vom Montag dieser Woche über den Atomausstieg. Meine Damen und Herren, zunächst einmal vor der Klammer, damit das klar ist: Natürlich muss man den Menschen in einer solchen Situation helfen. Wenn die Energiepreise steigen, wenn die privaten Haushalte hoch belastet sind, muss man helfen. Und Sie haben durchaus in dem Papier vom vergangenen Sonntag einige richtige Beschlüsse gefasst. Ich nenne Ihnen nur mal zwei an der Zahl. – Sie beschweren sich doch darüber, dass wir zu viel kritisieren.

Jetzt sage ich Ihnen mal etwas, wo Sie richtig liegen: Sie haben Gott sei Dank gesehen, dass Sie die Rentnerinnen und Rentner und die Studierenden in Deutschland bei dem letzten Hilfspaket übersehen haben, und Sie korrigieren das jetzt. Aber, Herr Bundeskanzler, jetzt mal ganz im Ernst: 300 Euro für jeden Haushalt? Sie und ich bekommen das in diesen Tagen auch überwiesen. Brauchen Sie das? Brauchen wir das? Oder gibt es vielleicht in diesem Land Haushalte mit einem Durchschnittseinkommen von 1 500, 1 600 Euro netto im Monat, die eher 1 000 Euro gebraucht hätten statt 300 Euro wie alle? Es wäre besser gewesen, sich auf diejenigen zu konzentrieren, die es wirklich brauchen, statt mit der Gießkanne durchs Land zu gehen und jedem Haushalt einen solchen Betrag zu überweisen.

Ich will eine zweite Entscheidung nennen, die in der Presseberichterstattung, wie ich finde, bedauerlicherweise etwas zu sehr in den Hintergrund getreten ist: Die Entscheidung, den Tarifvertragsparteien das Angebot zu machen, einen Einmalbetrag

von 3 000 Euro zu verabreden, der dann steuer- und abgabenfrei ist, ist richtig. Und ich will von dieser Stelle auch den Tarifvertragsparteien sagen: Nehmen Sie dieses Angebot in Anspruch, damit Sie jetzt möglichst schnell den privaten Haushalten mit einer solchen Einmalzahlung helfen. Das ist eine richtige Entscheidung dieser Bundesregierung.

Aber, meine Damen und Herren, das sind doch alles Reparaturen an einem Problem, das Sie an der Wurzel nicht anpacken. Wir haben es bei dieser Gaspreisentwicklung mit einem klassischen Angebotsschock zu tun. Was macht man, wenn man einen solchen Angebotsschock erlebt? Dann versucht man doch zunächst einmal, darauf zu reagieren, indem man alle Möglichkeiten nutzt, das vorhandene Angebot, das immer noch zur Verfügung steht, auszuschöpfen, und zwar mit ganzer Kraft.

Meine Damen und Herren, das nennt man Marktwirtschaft – der eine oder andere von Ihnen wird diesen Begriff schon einmal gehört haben –, so reagiert man in einer Marktwirtschaft auf einen Angebotschock. Diese Reaktion wäre richtig gewesen im Hinblick auf die gesamte Palette der Energieversorgung, die wir in diesem Lande haben. Stattdessen wird in dieser Regierung weiter verzögert, herumlaviert, verhindert und wertvolle Zeit vergeudet.

Ich nenne Ihnen Beispiele: Da sind die Steinkohlekraftwerke, denen Sie erst die Betriebserlaubnis geben, wieder hochzufahren, wenn für mehrere Wochen die Reserven auf dem Hof liegen. Das gilt für die Biomasse. Wir haben hier darüber gesprochen: Sie wollten den Deckel aufheben. Der liegt bis heute bei 1 000 MW; er ist nach wie vor vorhanden. Aus Biomasse könnte das Zehnfache an Strom aus dem gewonnen werden, was wir heute unter diesem Deckel liegen haben. Das gilt für die Braunkohlekraftwerke, bei denen immer noch einige Blöcke stillstehen. Und das Ergebnis ist, dass wir im Jahr 2022 mehr Gas verstromt haben als in vielen Jahren vorher.

Wir sind in einem Land, in einer Zeit, in der Gas gespart werden muss, gespeichert werden muss. Und durch Ihre Blockadehaltung gegenüber anderen Formen der Stromerzeugung fahren wir in Deutschland die Gaskraftwerke hoch und erzeugen

Strom, obwohl es andere Möglichkeiten gäbe, diesen Strom zu erzeugen.

Meine Damen und Herren, und dann diese Entscheidung zur Kernenergie. Was Sie da am Montag verkündet haben, Herr Habeck – - Jetzt hat er das Parlament schon verlassen; wahrscheinlich guckt er sich gerade mal den Auftritt von gestern Abend an. Aber meine Damen und Herren, was da am Montagabend verkündet worden ist, das beruhigt möglicherweise die grüne Basis, vor allem in Niedersachsen. In Wahrheit halten Sie mit dieser Politik das ganze Land zum Narren und beschädigen möglicherweise unwiderruflich die deutschen Unternehmen, den gesamten Wirtschaftsstandort und vor allem die mittelständischen Unternehmen in unserem Land.

Damit das von dieser Stelle aus klar wird, weil Sie das hin und wieder auch anders in Deutschland verbreiten: Niemand von uns will zurück zur alten Kernenergie. – Vielleicht muss ich es für Sie noch mal wiederholen, damit Sie es verstehen: Niemand von uns will zurück zur alten Kernenergie, die wir 2011 in Deutschland beendet haben. Aber in einer – Wissen Sie, die ganze Ignoranz zu die-

sem Thema, die steht Ihnen ins Gesicht geschrieben, wenn man von dieser Stelle aus spricht.

Meine Damen und Herren, wir haben in Deutschland noch drei laufende Kernkraftwerke. Das sind die

modernsten und sichersten Kernkraftwerke der Welt. Die ganze Welt um uns herum schaut auf Deutschland. Draußen sagen die Leute: Sind diese Deutschen eigentlich verrückt geworden, in einer solchen Situation drei Kernkraftwerke stillzulegen, die in der Lage wären, 10 Millionen Haushalte sicher mit Strom zu versorgen? Das hat doch ein Niveau an Irrationalität erreicht, das kann man doch gar nicht mehr beschreiben.

Wir haben Ihnen das Angebot gemacht, in den Sommerferien eine Sondersitzung des Deutschen Bundestages mit einer Änderung des Atomgesetzes durchzuführen. Wir wären mit Ihnen gemeinsam den Weg gegangen, dies für drei oder vier Jahre zu ermöglichen, nicht mehr, aber bitte auch nicht weniger. Aber das, was Sie jetzt machen, ist doch ein fauler Kompromiss.

**Herr Habeck, wir sind mittendrin in einem massiven Stromproblem in diesem Land.**

Die beiden Atomkraftwerke, die nach Ihrem Willen im Stand-by-Betrieb bleiben sollen – und alle Fachleute sagen Ihnen, dass es hochgradiger Unfug ist, das zu machen –, müssen die komplette Mannschaft vorhalten, bleiben am Netz, sollen hochgefahren werden, wenn wir ein Problem in Deutschland haben. Ich sage Ihnen: Wir werden nicht nur ein Problem haben.

Herr Habeck, Sie haben vor einigen Wochen mal gesagt, wir hätten kein Stromproblem, wir hätten ein Gasproblem. Wir sind mittendrin in einem massiven

Stromproblem in diesem Land, und Sie haben offensichtlich bis heute nicht verstanden, dass es so ist. Wenn Sie dafür sorgen wollen, dass die Preise in Deutschland runtergehen, dass die Hilfsmaßnahmen, die wir gemeinsam vielleicht ergreifen müssen, nicht überborden und den Haushalt überstrapazieren, dann muss man auf der Angebotsseite alles tun, damit genug Strom, damit genug Energie in diesem Lande verfügbar ist. Das ist keine Frage der Netzstabilität, die Sie haben prüfen lassen. Das ist eine Frage der Stromerzeu-

gungskapazitäten in Deutschland.

- Nun regen Sie sich mal nicht auf. Die Parlamentsärztin ist da; wenn Sie wollen, gehen Sie gleich hin. Ich will noch eines zu Ihnen sagen: Wenn Sie mit Ihrer Fraktion der Meinung sind, die Probleme, die wir jetzt haben, zum Gegenstand von Auseinandersetzungen auf den Straßen in Deutschland machen zu wollen, dann werden wir Ihnen mit allem, was wir haben, und notfalls mit allen anderen zusammen hier im Parlament entgegenreten. Wir werden es nicht

zulassen, dass Sie dieses Land mit Ihrer Politik destabilisieren; das werden wir nicht zulassen. Und das machen wir dann notfalls mit allen anderen zusammen, um zu verhindern, dass Sie Ihr braunes, dunkles Süppchen kochen.

Herr Bundeskanzler, ich will es Ihnen ausdrücklich sagen: Auf Zeit muss diese Kapazität am Netz bleiben. Damit senken wir die Preise. Damit senken wir die Kosten für die Unternehmen. Damit schaffen wir Planungssicherheit für die Unternehmen in Deutschland.

Die Lage spitzt sich in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten möglicherweise dramatisch zu. Und Sie wissen das; Sie haben die Gesprächspartner, die Ihnen das gesagt haben. Das dürfte alles andere als eine Übertreibung sein. Ich sage Ihnen, Herr Bundeskanzler: Stoppen Sie diesen Irrsinn aus Ihrer Koalition, solange wir die Zeit dafür noch haben!

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU)

Olaf Scholz, Bundeskanzler:

## »You'll never walk alone«, das ist das Motto dieser Regierung



Olaf Scholz (\*1958)  
Wahlkreis 61

Verehrter Herr Kollege Merz, ich habe Ihnen eben sehr genau zugehört. Ich will Ihnen eins antworten: Unterschätzen Sie unser Land nicht! Unterschätzen Sie nicht die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes! In schweren Zeiten wächst unser Land über sich selbst hinaus. Wir haben eine gute Tradition, uns unterzuhaken, wenn es schwierig wird: Bund, Länder und Kommunen, Politik, Zivilgesellschaft, Arbeitgeber und Betriebsräte, Unternehmen und Gewerkschaften. Wer Spaltung herbeiredet, der gefährdet den Zusammenhalt in diesem Land, und das ist jetzt das Falsche.

Außerdem ist es so, dass wir in einer Situation sind, in der die Union die meisten Probleme schon als gelöst vorgefunden hat, bevor sie sie überhaupt erörtert hat. Ich will das mal ganz klar sagen: Bereits im Dezember habe ich die zuständigen Minister gefragt: Was ist eigentlich, wenn wir Schwierigkeiten kriegen mit Lieferungen aus Russland? Wir haben uns bis zum Kriegsausbruch sorgfältig darauf vorbereitet, um dann in dieser Situation Entscheidungen zu treffen, die weitreichend sind und die weitreichend auch jetzt schon umgesetzt worden sind

– etwas, auf das niemand anders sich vorbereitet hat.

Wir haben zum Beispiel entschieden – um mit dieser Bedrohung klarzukommen –, dass wir an den norddeutschen Küsten Flüssiggasterminals bauen, dass wir die Pipelines bauen, die dazu notwendig sind, damit wir unabhängig von Russland Gas nach Deutschland importieren können. Wir haben die Kapazitäten aus den Niederlanden, aus Belgien, jetzt aus Frankreich erweitert, weil wir ein Problem bedacht und uns vorbereitet haben, über das Sie damals noch nicht mal gesprochen haben. In einem Tempo, zu dem keine CDU-geführte Regierung in diesem Land je fähig gewesen ist, werden wir es schaffen. Im Januar werden die ersten dieser Terminals ihren Betrieb aufnehmen. Das ist eine Gemeinschaftsleistung in Deutschland.

Während CDU-geführte Ministerien überhaupt kein Problem darin fanden, dass die Speicher für Gas in diesem Land im letzten Jahr leer waren, haben wir mit Gesetzen und Regelungen, die wir auf den Weg gebracht haben, dafür gesorgt, dass sich das ändert. Sie haben es noch nicht mal fertiggebracht als Opposition, das eigene Versäumnis der neuen Regierung als Problem unterzuschieben. Wir hatten es schon gelöst, bevor Sie überhaupt mitbekommen haben, dass da eins war. Das ist die Wahrheit, über die wir reden müssen.

Wären wir mit den Speichern für Gas in Deutschland so unverantwortlich umgegangen, wie das die vorher verantwortlichen – der vorher verantwortliche Minister und die Regierung gemacht haben, dann – das will ich Ihnen ausdrücklich sagen – hätten wir jetzt nicht 85 Prozent Speicherka-

pazität, sondern quasi nichts, so wie im letzten Jahr. Das ist der Unterschied zwischen der Union und den Parteien, die jetzt das Land regieren. Sie haben noch nicht mal gefordert, dass wir dafür sorgen sollen, dass die Speicher voll sind, da haben wir die Gesetze schon gemacht. Sie könnten auch mal sagen, dass Sie das für eine beeindruckende Leistung halten, Herr Merz.

Dann gibt es noch ein Thema, auf das Sie gar nicht gekommen sind, über das Sie nie geredet haben, wo Sie nichts gefordert haben, als es darauf angekommen wäre. Wir haben Gesetze auf den Weg gebracht, die dafür sorgen, dass Kohlekraftwerke in diesem Land in den Betrieben gehen können, dass sie genutzt werden können, dass sie nicht abgeschaltet werden. Alles das haben wir auf den Weg gebracht. Das war eine notwendige Leistung mit großer Geschwindigkeit und großem Tempo, die wir hier auf den Weg gebracht haben.

Und sogar solche Fragen wie die, die Sie hier nebenbei angesprochen haben, sind längst dabei, gelöst zu werden, dass zum Beispiel natürlich die Kohlekraftwerke loslegen können, auch wenn sie nicht genügend gelagert haben. Dazu gehört auch die Tatsache, dass die Biomasseanlagen, die Solaranlagen alle Kraft zeigen können, die sie haben. Das alles haben wir gesetzlich vorbereitet. Sie brauchen nur noch zuzugucken, wie das geschieht. Es ist schon erledigt, bevor Sie es ausgesprochen haben.

Und wir haben ein Gesetz gemacht, wir haben die gesetzlichen Regelungen für Fuel Switch geschaffen, damit überall in Deutschland Betriebe und Unternehmen Entscheidungen treffen können, dass sie nicht auf Gas zurückgreifen müssen, sondern andere Anlagen betreiben können, damit wir gemeinsam Gas sparen und durch diesen Winter kommen. Auch das haben wir schon gemacht. Sie haben es noch nicht einmal gefordert.

Ja, ich weiß, es ist für Sie sehr enttäuschend, weil Sie sich so sehr auf das Thema Kernenergie konzentriert haben. Aber das, was wir jetzt vorbereiten, ist, dass die Möglichkeit besteht, dass wir die Kernkraftanlagen, die Atomanlagen im Süden Deutschlands, betreiben, damit es niemals einen Strommangel in Deutschland gibt, falls das in diesem Winter, im Januar, Februar und März, notwendig ist. Das ist vorbereitet, und das ist die Grundlage dafür, dass das Ganze, was Sie sich schon vor zwei Wochen als rhetorisches Konzept überlegt haben, hier heute gescheitert ist.

Sie reden einfach am Thema und an den Problemen dieses Landes vorbei. Das ist wirklich ein ganz, ganz großes Problem. Und wenn andere die Probleme lösen, die Sie noch nicht einmal erkannt haben, dann reden Sie auch noch drumherum.

Im Übrigen sind wir jetzt anders als vor einem Jahr in einer Situation, in der wir, weil wir so viel eingespeichert haben, weil wir all diese Vorkehrungen getroffen haben, weil wir all diese Entscheidungen getroffen haben, sagen können: Wir kommen wohl durch, trotz aller Anspannung durch diesen Winter mit den Vorbereitungen, die wir getroffen haben. Das hätte niemand vor drei Monaten, vor vier Monaten, vor fünf Monaten, am Beginn des Jahres sagen können. Und weil wir so früh angefangen haben, als in

Deutschland noch gar kein so großes Problembewusstsein da war, sind wir jetzt in der Lage, dass wir tapfer und mutig in diesen Winter hineingehen können und dass unser Land das überstehen wird. Das ist die Sache, die wir gemacht haben. Insofern sind Sie also schief gewickelt, wenn ich das mal so sagen darf. Sie haben einfach an dem Thema vorbeigeredet, das unser Land wirklich umtreibt.

Wir sind jetzt dabei, die nächsten Dinge zu tun, die notwendig sind, damit die Bürgerinnen und Bürger und unsere Wirtschaft durch diese Situation kommen. Wir haben bereits zwei Entlastungspakete beschlossen, und jetzt kommt das dritte, weil wir ganz konkret gucken, was zu tun ist, wie wir es schaffen können, dass die Bürgerinnen und Bürger, dass die Unternehmen dieses Landes, sowohl der Mittelstand als auch die großen Unternehmen, die Möglichkeiten haben, die sie brauchen, damit sie weiter produzieren können, damit die Arbeitsplätze erhalten bleiben, damit man sich das Leben leisten kann. Ich finde, es ist richtig, dass wir das getan haben. Wir haben zwei erste Pakete von knapp 30 Milliarden Euro bereits beschlossen, jetzt kommt noch eins dazu, das knapp 65 Milliarden Euro umfasst – alles zusammen eine ziemlich große Summe. Es dient dazu, dass die Bürgerinnen und Bürger durch diese Zeit kommen, dass die Unternehmen durch diese Zeit kommen und dass die Arbeitsplätze gesichert werden. „You'll never walk alone“, das ist das Motto dieser Regierung.

Ich bin sicher: Unser Land wird über sich hinauswachsen. Wir werden zusammenhalten. Wir werden die Herausforderungen bestehen, vor denen wir jetzt stehen. Und wir werden die Probleme lösen, die wir miteinander haben, weil wir niemanden alleinlassen mit seinen Herausforderungen. Dazu dienen auch all die Entscheidungen, die wir jetzt getroffen haben, zum Beispiel die Entscheidung, zu sagen, dass, nachdem in diesem Monat die Energie-

**Sie haben einfach an dem Thema vorbeigeredet, das unser Land wirklich umtreibt.**

an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezahlt wird, diese auch an Rentnerinnen und Rentner und Studenten gezahlt werden soll. Das ist eine Entlastung in einer schwierigen Zeit, wo alles teurer wird. Richtig, dass wir das tun!

Wir machen eine Bürgergeldreform, die dafür sorgt, dass diejenigen, die sehr wenig Geld haben, auch durch diese Zeit kommen können, indem sie unterstützt werden.

Aber vor allem sorgen wir dafür, dass all diejenigen, die in diesem Land arbeiten, aber auch Rentnerinnen und Rentner, die einmal gearbeitet haben, all die Unterstützung bekommen, die sie brauchen, damit sie das finanzieren können, was an teureren Lebenshaltungskosten bei ihnen ankommt. Und das ist geschehen mit den Dingen, die ich schon genannt habe, aber zum Beispiel auch mit der größten Wohngeldreform seit der Einführung des Wohngelds in diesem Land. 2 Millionen Berechtigte statt 700 000! Das wird unglaublich viele Familien in diesem Land besserstellen: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringen Einkommen und Rentnerinnen und Rentner. Eine richtige, eine notwendige Entscheidung!

Zum Beispiel werden wir dafür sorgen, dass Familien unterstützt werden. Das Kindergeld wird erhöht. Die Schritte, die für das nächste und das übernächste Jahr vorgesehen waren, ziehen wir zusammen und machen sie in einem Schritt mit 18 Euro. Wir sorgen dafür, dass der Kinderzuschlag erhöht wird. Da geht es für manche Familien um ein paar Hundert Euro im Jahr, die sie mehr zur Verfügung haben. Eine richtige, eine notwendige Entscheidung in dieser Zeit!

Wir sorgen dafür, dass diejenigen, die wenig verdienen und denen wir mit Steuerentlastungen wenig helfen können, eine Entlastung bekommen, indem wir die Sozialversicherungsbeiträge, die sie zahlen müssen, absenken, und sorgen dafür, dass bis zu einem Einkommen von 2 000 Euro die Progressionszone bei den Sozialversicherungsbeiträgen fortgesetzt wird. Das sind über 1,3 Milliarden Euro netto Entlastung für diejenigen, die am wenigsten in diesem Land verdienen und von Steuersenkungen sonst nichts hätten.

Nicht zu vergessen, dass gerade jetzt, wenn das stattfindet, zum 1. Oktober der Mindestlohn auf 12 Euro angehoben wird. In einer solchen Zeit eine dringend notwendige Entscheidung, für die wir uns lange eingesetzt haben, meine Damen und Herren!

Und wir entlasten die Bürgerinnen und Bürger, indem wir in

großem Umfang Steuersenkungen beschließen, mit denen wir auf die Inflation reagieren, und das flächendeckend organisieren mit der Anhebung des Freibetrages, mit dem Steuersenkungen verbunden sind, übrigens verknüpft mit lauter Maßnahmen, die wir jetzt auf den Weg bringen oder schon auf den Weg gebracht haben, wie zum Beispiel, dass die Rentenbeiträge in voller Höhe vom Steuereinkommen abgezogen werden können. Das sind in den nächsten beiden Jahren zusammen 5 Milliarden Euro Entlastung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Eine richtige Entscheidung und eine notwendige Entscheidung!

Und wir haben dafür gesorgt, dass die Arbeitnehmerpauschale bzw. die Pendlerpauschale angehoben werden; das wird auch im nächsten Jahr weiter gelten. Auch das gehört zu den Dingen, die alle zusammen dazu beitragen, dass wir eine Möglichkeit haben, durch diese Zeit zu kommen.

Und für uns ist auch wichtig, dass wir uns nicht nur auf uns allein beschränken. Ich habe schon vor der Sommerpause in der Konzertierte Aktion mit Unternehmensvertretern, mit Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, mit den Gewerkschaften, mit der Wissenschaft, mit der Bundesbank über die Frage gesprochen, was wir machen können, wenn wir uns unterhaken. Deshalb ist die Konzertierte Aktion eine notwendige Antwort des Zusammenhalts auf diese Krise. Wir werden deren Entscheidungen und die Aktivitäten der Unternehmen unterstützen, indem wir sagen: Wenn jetzt wegen dieser Preissteigerungen und der höheren Energiekosten die Sozialpartner, die Gewerkschaften und die Arbeitgeber, vereinbaren, dass es höhere Sonderzahlungen gibt, dann werden wir die bis zu 3 000 Euro steuer- und abgabenfrei ermöglichen. Das ist eine konkrete Botschaft des Zusammenhalts in Deutschland und eine Botschaft der Sozialpartnerschaft.

Sie sehen also: Wir haben sehr viel gemacht, um die drängenden Probleme vieler Bürgerinnen und Bürger in den Griff zu bekommen. Und wir werden das auch weiter tun, weil das notwendig ist. Die Maßnahmen, die wir gemacht haben, haben ja auch große Erfahrungen mit sich gebracht. Viele hier haben sehr skeptisch diskutiert – ich erinnere mich an einige Äußerungen aus der Union, wenn ich das richtig erinnere –, ob wir das 9-Euro-Ticket ein-

führen sollten. Ich sage ausdrücklich: Das war eine große Sache. Die Skeptiker hatten nicht recht. Deshalb wird es eine Fortsetzung geben. Wir sorgen für eine Lösung, um mit bundesweit abonierbaren, digital buchbaren Tickets zu einem vertretbaren Tarif die Nutzung des Nahverkehrs überall in Deutschland möglich zu machen. Eine gute Entscheidung, aus der Krise gewachsen, aber für viel, viel längere Zeit sinnvoll!

Natürlich müssen wir die Herausforderungen bewältigen, die mit den steigenden Energiekosten verbunden sind. Wir haben also, als Sie noch nicht daran gedacht hatten, das Problem, wie wir die Energieversorgung Deutschlands sichern, schon gelöst. Das ist nicht einfach gewesen; denn die CDU/CSU, die Partei, die die komplette Verantwortung dafür hat, dass Deutschland entschieden hat, aus der Kohle und aus der Atomenergie auszusteigen, hatte niemals die Kraft, in irgendetwas einzusteigen. Sie waren unfähig, den Ausbau der erneuerbaren Energien herbeizuführen. Sie haben Abwehrkämpfe gegen jede einzelne Windkraftanlage geführt. Jeder Abwehrkampf der letzten Jahre schadet unserem Land noch heute. Das waren Sie!

Dafür haben Sie auch immer sehr breitflächig gemogelt. Die letzte Mogelei kam vor der letzten Bundestagswahl vom unionsgeführten Wirtschaftsministerium. Mit Absicht wurde die Wahrheit, dass wir bis zum Ende dieses Jahrzehnts einen Anstieg der Stromproduktion von 600 Terawatt auf 800 Terawatt brauchen, verschwiegen! Erst als der Bundestag in die Sommerpause ging, wurde es veröffentlicht. Das ist unverantwortliche CDU-Politik, die uns in die jetzige Situation gebracht hat.

Herr Merz, hören Sie genau zu: Als ich in der Bundesregierung vorgeschlagen hatte, wir sollten an den norddeutschen Küsten Flüssiggasterminals bauen, und wir dazu einen Brief entwickelt hatten, hat ein Mitglied der Bundesregierung, vermutlich von der CDU, das dem „Spiegel“ gesteckt, damit sich alle darüber aufregen. Hätten wir es mal getan, will ich ausdrücklich sagen, dann müssten wir das jetzt nicht in diesem Tempo machen. Eine Partei, die bis heute fast jede Windkraftanlage persönlich bekämpft, hat bis-

her überhaupt nichts dazu beigetragen, wie wir die Energieversorgungsprobleme der Zukunft lösen. Das ist die Wahrheit.

Wir dagegen haben in diesem Jahr schon mehrere Gesetze auf den Weg gebracht und werden noch weitere auf den Weg bringen, die zu dem notwendigen schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien führen: Offshorewind, Onshorewind, Solaranlagen, ein starkes, leistungsfähiges Netz und selbstverständlich alles, was dazugehört.

Wir hätten schon ein paar Probleme weniger, wenn es nicht den heroischen Kampf der CSU in Bayern gegeben hätte, dafür zu sorgen, dass noch nicht alle Übertragungsnetzleitungen in den Süden Deutschlands errichtet worden sind. Das war das, was Sie gemacht haben. Dafür tragen Sie die Verantwortung. Es war unverantwortlich, das zu tun. Es ist gut, dass Sie in der Opposition sind – damit wir die industrielle Modernisierung unseres Landes schaffen, damit wir wettbewerbsfähig bleiben und damit wir uns nicht mehr vor den Problemen dieses Landes drücken.

Ja, wir müssen unabhängig werden von Gasimporten aus Russland, und das werden wir mit großer Geschwindigkeit tun. In Wilhelmshaven, in Stade, in Brunsbüttel, in Lubmin werden neue Terminals entstehen. Wir haben mit unseren Freunden an den westeuropäischen Küsten gesprochen, mit den Niederlanden, mit Belgien, dass sie die Terminals und die Leitungskapazität ausbauen, mit Frankreich, das uns das erste Mal Gas liefern wird. Wir haben Probleme gelöst, da hatten Sie noch gar nicht mitbekommen, dass die überhaupt existieren. Das ist das, was wir zustande gebracht haben. Mit den Terminals im Norden und mit denjenigen an den westeuropäischen Küsten werden wir eine sichere Energieversorgung für Deutschland gewährleisten.

Dazu gehört natürlich – und das will ich auch sagen –, dass wir jetzt, nachdem wir die Versorgungssicherheit zum großen Thema gemacht haben, auch das Problem der Preise in den Griff bekommen. Deshalb ist es richtig, zu sagen: Wir werden das Design des Strommarkts verändern. Wir werden nicht zulassen, dass die hohen Preise, die heute für Strom aus Gaskraftwerken gezahlt werden, dazu führen, dass jemand, der, mit Windkraft, mit Wasserkraft, mit Solarenergie, mit Braunkohle oder Steinkohle oder

Nuklearenergie Strom produziert, extra große Profite macht, sondern wir werden diese zusätzlichen Gewinne abschöpfen, um die Bürgerinnen und Bürger mit einer Strompreisbremse zu entlasten. Das ist die richtige Antwort, und wir haben sie gegeben.

Natürlich werden wir uns mit der Frage der Gaspreise auseinandersetzen müssen und auch mit den hohen Preisen für Kohle und Öl, die damit zusammenhängen. Wir haben uns darum gekümmert. Wir diskutieren jetzt zusammen mit Europa darüber, wie wir das Thema in den Griff bekommen; denn anders als beim Strommarkt ist es ja so, dass, wenn wir aus anderen Ländern importieren, die Preise anderswo bestimmt werden. Wir müssen es trotzdem schaffen, dass sich das ändert. Wir kümmern uns jetzt im Eiltempo darum – vorher hat sich niemand darum gekümmert –, dass wir mit den ganzen Terminals, über die ich eben gesprochen habe, jederzeit Gas aus aller Welt importieren können. Dann müssen wir nur den Weltmarktpreis bezahlen und nicht die höheren Preise, die heute durch diese fehlenden Importstrukturen aufgerufen werden.

Wenn wir das geschafft haben, dann geht es darum, diese Preise nach unten zu bekommen. Das werden wir mit unseren Freunden in Europa und mit allen hier in Deutschland erörtern; denn das ist eine Sache, die wir nicht auf sich beruhen lassen. Die Preise für Energie müssen runter. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Preise auch bezahlen können. Dafür werden wir sorgen.

Wir erleben eine Zeitenwende – ich habe das hier im Deutschen Bundestag gesagt. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung zertrümmert und ist unverändert eine riesengroße Bedrohung für Frieden und Sicherheit in Europa. Es war die Verständigung der letzten Jahrzehnte, dass man Grenzen nicht mit Gewalt verschiebt. Es ist nichts anderes als Imperialismus, was der russische Präsident versucht: sich einfach Teile des Nachbarterritoriums oder das ganze anzueignen. Man darf ihn nicht missverstehen. Er hat das ja alles öffentlich gesagt, in Aufsätzen geschrieben. Es gibt überhaupt nichts daran zu deuteln, was seine Absicht ist.

Deshalb unterstützen wir die Ukraine mit unseren Verbündeten. Wir tun es schon sehr lange, und wir tun es sehr effektiv, auch mit den notwendigen schweren Waffen, mit Artillerie, mit Möglichkeiten zur Luftverteidigung

**Das sind ernste Zeiten, in denen der Zusammenhalt von allergrößter Bedeutung ist.**

**Ich bin sicher: Unser Land wird über sich hinauswachsen. Wir werden zusammenhalten.**

und all dem, was wir auf den Weg gebracht haben, den modernsten Waffen, die exakt jetzt in dem Gefecht im Osten der Ukraine gebraucht werden. Wir werden das auch weiter tun – das ist unsere Verpflichtung –, so lange, wie es notwendig ist. Was wir getan haben, ist sehr umfangreich.

Aber eines unterscheidet uns ganz offensichtlich von Ihnen – Sie haben es heute bekannt –: Wir werden keine deutschen Alleingänge machen. Das wäre ein

schwerer, unverantwortlicher Fehler. Ich sage ausdrücklich an die Union gerichtet: Wer für Alleingänge plädiert, sollte dieses Land nicht regieren!

Was wir tun, ist eingebettet in das gemeinsame Handeln mit unseren Verbündeten, insbesondere den Vereinigten Staaten von Amerika. Wer mich verstehen will, wer genau begreifen will, was die Regierung leitet, der braucht nur den Aufsatz von Präsident Biden in der „New York Times“ zu lesen, wo er

exakt das erzählt hat, was ich Ihnen hier auch sage: Wir werden als Verbündete handeln. Wir werden keine Entscheidungen treffen, die dazu führen, dass der Krieg, den Russland verbrecherischerweise gegen die Ukraine führt, zu einer Eskalation, zu einem Krieg zwischen der NATO und Russland, führt. Aber wir werden das Notwendige tun. Und genau entlang dieser Linie, eng eingebettet in das Bündnis mit unseren Freunden aus aller Welt, unterstützen wir die Ukraine

so lange, wie es notwendig ist.

Das sind ernste Zeiten, in denen der Zusammenhalt einer Gesellschaft von allergrößter Bedeutung ist. In diesen Zeiten muss sich immer wieder beweisen, zu was wir miteinander fähig sind. Ich bin überzeugt: Wir sind ein Land, das diesen Zusammenhalt auch hat, das in der Lage ist, die schwierige Zeit zu bewältigen, in der wir uns jetzt befinden, und das auch in der Lage ist, den Weg in die Zukunft zu beschreiten. Das haben wir ge-

macht mit weitreichenden Entscheidungen in diesem Jahr; weitreichenderen Entscheidungen, als sie in den letzten Jahrzehnten über alle Zeit hinweg getroffen worden sind, in einem einzigen Jahr. Das ist die Aufgabe der Regierung, und das werden wir auch weiter so tun.

Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP – Abgeordnete der SPD erheben sich)

Dr. Alice Weidel, AfD:

## Kommen Sie zurück auf den Boden der Tatsachen!



Alice Weidel (\*1979)  
Landesliste Baden-Württemberg

Gott sei Dank ist die Nabelschau zwischen Herrn Merz und dem Bundeskanzler vorbei. Sie haben damit eindeutig gezeigt, dass Ihnen die Ernsthaftigkeit fehlt für die Lage, in der sich unser Land befindet. Deutschland steuert in den schwersten Sturm seit Bestehen der Bundesrepublik. Millionen Existenzen stehen auf dem Spiel. Zahllosen Bürgern droht die Verarmung, der mittelständischen Wirtschaft der Zusammenbruch, den Staatsfinanzen dauerhafte Zerrüttung. Und auf der Brücke des Staatsschiffs steht der Kapitän der „Titanic“, will von Eisbergen nichts wissen und beschwichtigt die Leute mit hohlen Durchsagen; wir haben es gerade gehört.

Mit so einer Besetzung kann die Reise nur im Desaster enden: ein Bundeskanzler, der in einen Steuer- und Finanzskandal verwickelt ist und sich an nichts erinnern kann, ein Wirtschaftsminister, der die Bürger schröpft, um Lobbyisten und Energiekonzernen zu geben, aber von ökonomischen und technologischen Zusammenhängen überhaupt gar keine Ahnung hat und nicht mal weiß, was Insolvenzen sind – wie er es gestern Abend in einer Talkshow von sich gegeben hat –, ein Finanzminister, der Schulden systematisch verschleiert, eine In-

nenministerin, die auf dem linken Auge blind ist, beim Islamismus wegschaut und den Verfassungsschutz als Etabliertenschutz missbraucht, ein Justizminister, der willkürlich Grundrechte einschränkt, ein von einem Virus besessener Gesundheitsminister, der laufend Wirres und Unsinniges von sich gibt, eine Verteidigungsministerin, die mit militärischem Gerät offenbar nur dann etwas anfangen kann, wenn es zum Urlaubsvehikel taugt, und schließlich eine grüne Außenministerin, die verspricht, an der Seite der Ukraine zu stehen, gleichgültig, wie hart und verheerend die Sanktionspolitik für die eigenen Bürger wird. „Egal, was meine deutschen Wähler denken“ – das ist offenbar das Motto dieser Bundesregierung.

Ihr Amtseid, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, wird zum Meineid. Ideologische Fantasien und arrogantes Festhalten an Fehlentscheidungen sind Ihnen wichtiger. Ihr verbohrt festhalten am Abschalten der letzten Kernkraftwerke ist dafür der beste Beleg. Sie ruinieren dieses Land wirtschaftlich, um die irrationalen Dogmen der grünen Klientel und Lobbyisten zu bedienen.

Sie haben allen Grund, einen heißen Herbst und Winter zu fürchten; denn die Bürger haben jedes Recht, Herr Merz, gegen eine solche Regierung und gegen eine solche Politik auf die Straße zu gehen. Natürlich haben sie das Recht: Galoppierende Inflation, eine sterbende Währung und explodierende Energiepreise bedeuten für Millionen Bürger mehr als nur ein bisschen Frieren, wie ih-

nen gönnerhaft von oben mitgeteilt wird. Auch für Haushalte der Mittelschicht geht das an die Existenz. Sie können ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen, ihre Rücklagen, Renten- und Versorgungsansprüche werden rasant entwertet. Ihnen droht Verarmung und Abhängigkeit von öffentlicher Fürsorge, die aber endlich ist, wie wir heute bereits sehen in der Schröpfung der Steuerzahler bis in die Existenzvernichtung. Viele, die heute noch ihre Familien ernähren können, werden ihre Arbeit verlieren. Reihenweise stellen mittelständische Unternehmen bereits jetzt die Produktion ein, weil sie die Energierechnung nicht mehr stemmen können, wie Bäcker und Düngerefabriken, Porzellan- und Glashersteller, Gießereien und Aluminiumwerke. Inflation und Energiekrise zerstören den unternehmerischen Mittelstand und die bürgerliche Mittelschicht.

Ihr Entlastungspaket hat für unseren Mittelstand und für unsere Mittelschicht nichts übrig. Sie versprechen Zuschüsse, die die arbeitende Bevölkerung selbst bezahlen muss. Sie verteilen Geld, das Sie dem Bürger vorher mehrfach weggenommen haben, und stellen das als Wohltat dar. 60 Prozent der deutschen Haushalte müssen ihre gesamten Einkünfte nach Steuern für die Lebenshaltung einsetzen, zum Sparen bleibt nichts mehr. Das zeigt eine Sparkassenstudie; Sie müssen nicht mit dem Kopf schütteln hier bei den Grünen, Sie müssen einfach die Studien lesen. Dass Sie das nicht wollen und auch keine Ahnung davon haben, das beweisen Sie mit Ihrer Politik. Wenn das das grüne Wirtschafts-

wunder ist, das im Wahlkampf angekündigt wurde, dann Danke für nichts. Und Ihre scheinheiligen Appelle und Durchhalteparolen an die Bürger, sich einzuschränken, Opfer zu bringen und kalt zu duschen, Waschlappen zu benutzen für die Ukraine, für die Energiewende oder für das Klima, die können Sie sich sparen. Das wollen die Leute nicht hören.

Um in dieser Krise zu bestehen, muss unser Land die Ursachen von Inflation und Energiekrise angehen. Davon habe ich von Ihnen nichts gehört in dieser Aussprache. Inflation und Energiepreise ziehen schon seit mehr als einem Jahr an. Beide Entwicklungen sind das direkte Resultat einer schlechten jahrzehntelangen Politik. Die Energiekrise ist hausgemacht. Sie ist direkte Folge der Energiewende, die mit Ihrem Abschaltwahn und horrenden Steuern und Abgaben Strom künstlich verknappt und verteuert hat und uns in eine einseitige Abhängigkeit von russischem Erdgas geführt hat. Das ist doch die Wahrheit. Die Grünen sollen doch nicht so tun! Es ist Ihr angestrebtes Ziel, die Energiekosten in die Höhe zu treiben und damit die Nachfrage einzuschränken. Das Ziel haben Sie damit ja jetzt erreicht.

Die Inflation ist zudem das Resultat der maßlosen Geldschöpfungs- und Nullzinspolitik der EZB zur Finanzierung hochverschuldeter und aufgeblähter Staatshaushalte. Zweieinhalb Jahre Lockdown-Politik und eine kopflose Sanktionspolitik als Reaktion auf den Ukrainekrieg haben das Kartenhaus zum Einsturz gebracht. Die Konsequenzen liegen auf der Hand. Nur Ihre Regierung will sie nicht sehen und die entsprechenden Maßnahmen nicht ergreifen.

Erstens. Die Steuern müssen runter, Senkung der Energiesteuern, der Mehrwert- und der Einkommensteuer, Streichung der CO<sub>2</sub>-Abgabe und eine echte

Streichung und Abschaffung des unsäglichen EEG.

Zweitens. Die EZB muss in die Pflicht genommen werden, ihren Auftrag zu erfüllen und für stabiles Geld zu sorgen.

Drittens. Die Staatsausgaben müssen auf das Wesentliche konzentriert werden: innere und äußere Sicherheit, Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit und öffentlicher Ordnung, Schluss mit Ideologienpolitik, Klientelversorgung und Geldverteilen in alle Welt.

Viertens. Illegale Migration und Einwanderung in die Sozialsysteme liegen schon wieder über dem Niveau von 2015. Aber Sie öffnen die letzten Schleusen und senden neue Migrationssignale durch fast schon bedingungslose Einbürgerung.

Fünftens. Das Energieangebot muss ausgeweitet werden. Wir müssen Energieerzeugung und Energieimporte entmoralisieren. Das heißt im Klartext: Schluss mit der Ressourcenvergeudung für Windkraft und Photovoltaik. Sie sind nicht krisenfest und nicht versorgungssicher. Windkraft trägt nur einen Bruchteil der installierten Leistung zur Versorgung bei, Kernkraft nahezu 100 Prozent.

Sechstens: Normalisierung der Gasimporte aus Russland und, wenn erforderlich, Öffnung von Nord Stream 2. – Ja, natürlich.

Siebtens: Laufzeitverlängerung für die noch aktiven Kernkraftwerke, Reaktivierung der zuletzt stillgelegten und natürlich der Bau neuer Kernkraftwerke. Wir brauchen die Kernkraft für eine saubere, sichere und bezahlbare Energie. Schön, dass die CDU das jetzt auch allmählich zu begreifen scheint. Herr Merz, Ihrer Partei, die seit 16 Jahren nach der grünen Pfeife tanzt, haben wir diese Misere überhaupt erst zu verdanken. Die Energiewende ins Nichts ist das Resultat Ihrer Politik und von 16 Jahren Merkel. Die Fortsetzung der Energiewende und der Missbrauch der Krise, um sie noch zu forcieren, mün-

**Ihr Entlastungspaket hat für unseren Mittelstand und unsere Mittelschicht nichts übrig.**

**»Egal, was meine deutschen Wähler denken« – das ist offenbar das Motto der Regierung.**

den im sicheren Ruin.

Die Bürger dieses Landes, die arbeitende Bevölkerung und der Mittelstand, die Industrie brauchen Freiheit und Luft zum Atmen und nicht immer neue Vorschriften und Gängeleien. Und schon gar nicht brauchen sie – auch noch in dieser Lage; das muss man sich einmal vorstellen – ein neues Infektionsschutzgesetz. In den meisten Ländern

wird das Coronavirus bereits wie ein saisonales Grippevirus behandelt, ohne Maßnahmenchaos, Maskenzwang und Impfnötigung. Das Gesetz, das Sie morgen zur Abstimmung stellen wollen, macht den Ausnahmezustand zur Dauereinrichtung und die Grundrechtseinschränkungen zum Regelfall. Schämen Sie sich!

Es ist ein Armutszeugnis für die FDP, dass sie sich dafür her-

gibt; da nützt auch ein Herr Kubicki nichts. Aber vielleicht – das ist so meine Vermutung – wollen Sie sich jetzt schon eine Handhabe sichern, um Demonstrationen gegen Ihre Politik durch die Hintertüre des Infektionsschutzes zu verbieten. Frau Faeser lässt ja keine Gelegenheit aus, um regierungskritische Demonstrationen in die Rechtsradikalismusecke zu stellen. Was für eine Bankrotter-

klärung für diese Regierung, welche die Demonstrations- und Meinungsfreiheit mit Füßen tritt.

Beenden Sie die deutsche Geisterfahrt in der Corona-, Energie- und Migrationspolitik! Kommen Sie zurück auf den Boden der Tatsachen! Korrigieren Sie Ihre falsche Politik, statt immer neue Fehlentscheidungen zu treffen! – Ja, das steht Ihnen gut zu Gesicht, der Spott der Grünen. Mer-

ken Sie sich das.

Die Menschen werden sich merken, wie Sie hier reagieren, wie dieses Land hier geradewegs an die Wand fährt durch Ihre Politik. Und wenn Sie nicht willens oder fähig sind, Ihren Kurs zu ändern, dann treten Sie bitte ab; denn das wäre das beste Entlastungspaket für unser Land.

(Beifall bei der AfD)

Britta Haßelmann, Bündnis 90/Die Grünen:

## Wir wissen: Nur gemeinsam sind wir stark in dieser Zeit



Britta Haßelmann (\*1961)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Erst einmal möchte ich mich bedanken, Frau Präsidentin, für unsere Gedenkstunde hier und Ihre Worte für Michail Gorbatschow. Vielen Dank dafür. Ich glaube, es war wichtig und notwendig, dieses Signal an diesem Tag zu senden und damit die Parlamentsdebatte zu eröffnen.

Meine Damen und Herren, ja, wir streiten und ringen heute im Parlament zwischen den demokratischen Kräften über die Fragen: Was sind die richtigen Maßnahmen? Was sind die Lösungen? Die einen sehen Versäumnisse, und die anderen sehen: Wir tun etwas. Aber eines eint uns an diesem Morgen: dass nämlich klar ist, dass wir als Demokratinnen und Demokraten zusammenstehen gegen die Rattenfänger von rechts. Und wenn es eines Beweises bedurft hätte, dann wären es der Beitrag von Alice Weidel und das Video, das gerade in den Social-Media-Kanälen läuft. Da wünscht sich nämlich ein Teil der Fraktion der AfD, dass es noch härter kommt, dass es noch schlimmer wird, dass sich die Krise manifestiert. Darin sehen Sie als AfD mit Ihren Lügen, Ihrer Propaganda und Ihrer Menschenfeindlichkeit eine Chance für das Anwachsen der AfD. Meine Damen und Herren, egal wo Herr Merz, Herr Scholz oder Britta Haßelmann stehen: Das werden die

demokratischen Kräfte im Land verhindern, und darüber bin ich froh.

Meine Damen und Herren, wir führen hier eine inhaltliche, sehr kontroverse Debatte in Krisenzeiten. Herr Merz, ich wünsche mir, dass Sie einen Blick auf die Wirklichkeit werfen – der ist zwingend notwendig – und sich ihr auch stellen. Wer, meine Damen und Herren, hat uns in diese zementierte Abhängigkeit geführt?

Der Krieg Putins gegen die Ukraine dauert an. Heute, nach 196 Tagen, ist die Situation für die Menschen so schrecklich, so dramatisch, so zerstörerisch, dass für uns feststehen muss, dass unsere Solidarität uneingeschränkt gilt, dass wir als Deutscher Bundestag unsere Unterstützung, humanitär, wirtschaftlich und auch mit Waffen, die sie dringend brauchen, garantieren und die Ukraine wissen lassen: Ihr seid nicht allein, wir lassen euch nicht im Stich. Das ist das Signal, das wir senden müssen. Und der Krieg Putins gegen die Ukraine ist die Krise, aus der viele andere Krisen erwachsen. Ich denke oft an das Leid, die Folgen der Zerstörung für die Menschen in der Ukraine.

Aber wer hat uns in diese zementierte Abhängigkeit von Russland, von fossilen Energien geführt? – Da sagt doch gerade einer: „Rot-Grün!“ Ich glaube, ich spinne. Leute!

Herr Bilger, Sie haben 16 Jahre regiert, und wir wissen, dass Sie es waren, die den Ausbau der erneuerbaren Energien blockiert haben, wo Sie nur konnten. Sie haben auf Bundesebene und auf Länderebene, da wo Sie Regierungsmehrheiten hatten, alles getan, um dem Ausbau der Erneuerbaren, um Energieeffizienz, Energieein-

spaarung, modernen Technologien, die uns daran hindern, weiterhin CO2 auszustoßen und in die Atmosphäre zu schleudern, entgegenzuwirken. Das ist Ihre Verantwortung und das Ergebnis von 16 Jahren unionsgeführter Regierung.

Und da Sie das nie glauben wollen, helfe ich Ihnen mit einer Gedankenstütze: Wer hat eigentlich dafür gesorgt, dass der größte Gasspeicher in Deutschland 2015 an Gazprom ging? Es war Ihr Bundeswirtschaftsminister, der uns dahin geführt hat; das war die Verantwortung von Peter Altmaier. Die letzte Bundesregierung hat bis zuletzt an Nord Stream 2 festgehalten. Auch diese große Fehlentscheidung haben Sie gemeinsam zu verantworten, während wir davor gewarnt haben; auch daran erinnert sich heute nicht wirklich gerne jemand.

Jetzt zu den Rufen für ein Gasembargo aus Ihrer Fraktion. Soll ich Ihnen die Presseberichte zeigen? Herr Merz, Sie standen doch in der ersten Reihe. Ich bin froh, dass wir das nicht getan haben. Wo wären wir denn heute in der Krisenbewältigung? Was müssten wir den Menschen zumuten, wenn wir uns auf diese Fehlentscheidung eingelassen hätten? Ihre ideologische Debatteführung im Hinblick auf Atomenergie ist doch entlarvend. Da sagt hier einer mit großen Augen: Nein, wir sind auch nicht für die Verlängerung der Nutzung von Atomenergie. – Gleichzeitig kommt im fünften Satz: Aber vielleicht für drei bis vier Jahre oder bis zum Ende der Energiekrise.

Herr Merz, wissen Sie eigentlich, was das heißt? Das bedeutet die längere Nutzung der Atomenergie. Das heißt Ausstieg vom Ausstieg. Den hatten Sie doch

schon einmal; das haben Sie hinter sich. Sie sollten sich einmal damit beschäftigen; denn drei bis vier Jahre halten die Brennstäbe überhaupt nicht. Sie müssten neue Brennstäbe besorgen. Und damit sind wir beim Ausstieg aus dem Ausstieg, und der ist uns schon einmal teuer gekommen, gerade wegen Ihnen und Ihrer Fehlentscheidungen in der Regierungszeit 2009 bis 2013.

Meine Damen und Herren, kaum eine Debatte wird so faktenfrei geführt wie diese. Der vorliegende Stresstest zeigt ganz eindeutig: Eine Verlängerung der Nutzung der Atomenergie ist nicht gerechtfertigt. Und das ist gut so, meine Damen und Herren. Es handelt sich um eine Hochrisikotechnologie. Wir haben den Auftrag, und zwar gesetzlich – auch vom Bundesverfassungsgericht –, dass wir uns um die Gefahren für die Bürgerinnen und Bürger Sorgen machen müssen. Und was nicht

geht, ist, dass Sie weiterhin lamentieren und polemisieren und solche primitiven Formeln wie „Drei plus drei plus drei“ von Andi Scheuer aus Bayern ernsthaft hier in die Debatten einführen. Ihr Andreas Scheuer aus der CSU ist dafür, dass wir drei neue Kernkraftwerke bauen. Das soll ein Beitrag zur Krisenbewältigung im Hier und Jetzt sein? Wissen Sie, wie lange der Bau eines Atomkraftwerkes dauert? Offenbar nicht. Bis Bayern hat sich das nicht herumgesprochen. Der Mann hat ja auch nur Verantwortung dafür, irgendwelche Dinge in die Welt zu pusten, aber für sonst nichts. Auf die Endlagerfrage gibt es keine Antwort, gerade nicht von CDU und CSU außer dem Satz „Nur nicht in Bayern“, meine Damen und Herren. Und deshalb lassen Sie uns zu den Fakten zurückkommen. Wir holen jetzt nach, was jahrelang versäumt wurde, dass nämlich die Priorität auf dem Ausbau der Erneuerbaren, der Energieeffizienz liegt, und daher reicht es auch mit Ihrem Polemisieren gegen Robert Habeck; denn

er hat, allen voran an der Spitze, gerade verdammt viel zu tun und leistet vieles. Es spricht doch aus jeder Pore der Neid. Wenn ich höre, dass manche sagen, es täte manchem gut, so finde ich, es täte manchem von Ihnen gut, erst zu denken, dann zu sprechen.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt drei Entlastungspakete auf den Weg gebracht. Das ist doch wirklich wichtig und notwendig; denn wir können doch nicht sagen, wie weit wir jetzt sind, wie sich die Krise weiter entwickeln wird. Es wird viele Menschen in unserem Land hart treffen. Das wissen wir. Und wir sind längst nicht am Ende mit unseren Unterstützungspaketen. Wir sind im Krisenmodus – ja –, und wir werden vieles tun müssen: sozial abfedern, in erneuerbare Energien investieren und die ökologische und soziale Transformation der Wirtschaft weiter begleiten. Wer heute so tut, als wäre die eine Maßnahmen die

Richtige und damit wäre alles getan, streut den Menschen doch Sand in die Augen. Wir können doch nur das Signal ausgeben: Wir nehmen eure Sorgen und Ängste wahr. Wir wissen, viele Menschen haben Angst vor Abstieg und vor Armut. Und wir federn das ab.

Ob wir in zwei Monaten mehr tun müssen, weitere Dinge auf den Weg bringen müssen, das wird sich zeigen, das weiß heute noch niemand, weil noch niemand weiß, wohin die Krise noch geht und wie tief sie greifen wird. Deshalb ist es wichtig, das Signal auszusenden: Wir bauen mit Kraft an der sozial-ökologischen Transformation, am Ausbau der Erneuerbaren. Wir machen uns in Sachen Energieversorgung unabhängig, was jahrelang versäumt wurde. Wir versuchen, gemeinsam mit Wirtschaft, Handwerk und dem Mittelstand – Ja, ja, ja. – Wir tun alles dafür, in dieser Krise zu stabilisieren. Darum geht es im Moment. Wir haben in dieser Wo-

Fortsetzung auf nächster Seite

**Es täte manchem von Ihnen gut, erst zu denken, dann zu sprechen.**

**Wir können doch nur das Signal ausgeben: Wir nehmen eure Sorgen und Ängste wahr.**

che die Haushaltsplanberatungen, die ein klares Signal geben in Bezug auf die Frage: Wo wollen wir investieren? Da geht es nicht nur um die nationalen Fragen. Es geht auch um die internationale Verantwortung, die wir haben. Klimaschutz, Umwelt, Natur, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfen für die Krisen – all das ist notwendig. Hier ist jede Kraftanstrengung notwendig. Wenn wir nach Pakistan sehen, wenn wir die Hitzeentwicklung in Europa in diesem Sommer, auch hier bei uns, ansehen, dann wissen wir, was Sie uns hinterlassen haben, nämlich lauter Baustellen, die wir jetzt im Hinblick auf die Bekämpfung der Klimakrise angehen müssen. Sie zeigen sich in so einer Dramatik, dass wir auch im Rahmen des Haushaltes Akzente setzen müs-

sen, die unsere internationale und nationale Verantwortung deutlich unterstreichen. Das ist wichtig.

Gleichzeitig ist mit dem dritten Entlastungspaket ein Signal gesendet worden, dass wir die Menschen hier im Land, die wenig haben, zielgenau unterstützen wollen. Gehen Sie nicht so darüber hinweg. Ja, ich höre Kritik – allgemein – am Entlastungspaket. Wo sind Sie denn mit Ihrer Verantwortung beim Thema Bürgergeld, bei den Menschen, die wenig haben? Wir machen gerade die größte Regelsatzerhöhung, die es seit Einführung von Hartz IV gibt. Das ist der erste Schritt. Wir behandeln gleichzeitig das Wohngeld, den Heizkostenzuschuss, die Frage der Energiepreispause; alles wichtige soziale Abfederungen. Sie werden

dazu beitragen, dass sich Not lindert. Natürlich bleibt es dabei, dass viele Menschen in einer kritischen Situation sind. Wir werden immer wieder überlegen, ob die Maßnahmen, die wir auf den Weg bringen, reichen oder ob wir noch nachsteuern müssen, wie zum Beispiel beim kleinen Handwerk, den Bäckereien, den Fleischereien oder der Kulturszene. Wir müssen doch gemeinsam als Parlament das Signal aussenden: Wir lassen euch nicht im Stich. Wir überlegen uns immer wieder: Wo können wir ansetzen? Was können wir tun? Das ist verantwortliches Handeln, meine Damen und Herren.

Weil ich gerade über diejenigen gesprochen habe, die wenig haben. Ich finde es infam, wie Markus Söder für Beifall im Bierzelt beim Gillamoos über Menschen

gesprochen hat, die wenig Geld haben und in Grundsicherung leben. Mein Eindruck ist: Sie kennen die Lebenswirklichkeit von Menschen, die arm sind, überhaupt nicht. – Ja, ich glaube schon. Ich habe lange genug als Sozialarbeiterin gearbeitet. Ich glaube, dass Markus Söder damit ein Zeichen ausgesendet hat. Ihm ist jedes Mittel recht zur parteipolitischen Profilierung, und sei es auf dem Rücken von Menschen, die arm sind, die wenig haben. Ich finde es infam, dass mit so etwas der Wahlkampf eingeleitet wird, den Sie im nächsten Jahr vor sich haben. Ich finde das unzulässig, aber vielleicht muss jeder für sich verantworten, was er tut. Aber die Abwertung von Menschen ist ein Mittel, bei dem wir gemeinsam sagen sollten: Das ist nicht unser Ding. Das

tun wir nicht, meine Damen und Herren.

Ich glaube, wir sind gerade in wirklich schwierigen Zeiten. Niemand wird sagen: Durch die eine oder andere Maßnahme ist die Krise vorbei. – Wir versuchen alles. Wir geben alles zur Krisenbewältigung, um den Ausbau der Erneuerbaren voranzubringen und uns unabhängig zu machen. Wir nehmen unsere internationale Verantwortung wahr, weil wir wissen: Nur gemeinsam sind wir stark in dieser Zeit. Die Zeitenwende sozial und nachhaltig zu gestalten, darum geht es jetzt, meine Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Amira Mohamed Ali, Die Linke:

## Hier wird bestenfalls gekleckert, es wird eben nicht geklotzt



Amira Mohamed Ali (\*1980)  
Landesliste Niedersachsen

Millionen Menschen in Deutschland haben Angst. Sie haben Angst vor dem Brief des Energieversorgers, der die Preise verdoppelt oder sogar verdreifacht. Sie haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Immer mehr Unternehmen sind von der Insolvenz bedroht oder bereits drin. Diejenigen, die ein paar Ersparnisse haben, haben Angst, dass dieses kleine Polster von der Inflation aufgefressen wird, und all die vielen Millionen, die keine Ersparnisse haben, wissen überhaupt nicht mehr, wie sie über diesen Winter kommen sollen.

Die aktuellen Preissteigerungen fressen im Schnitt ein ganzes Monatseinkommen pro Jahr auf. Das hat dramatische Folgen nicht nur für die direkt betroffenen Menschen, sondern auch für die gesamte deutsche Wirtschaft. Dieser Kaufkraftverlust wirkt schon jetzt verheerend.

Herr Scholz, Sie haben sich in Ihrer Rede einen guten Teil der

Zeit an Friedrich Merz abgearbeitet, um zu zeigen, wer hier der tollere Hecht im Teich ist. Ich meine, das erfreut vielleicht Ihre Fanbase hier im Raum, aber es ist der Lage in diesem Land wirklich nicht angemessen. Das muss ich einmal sagen. Herr Scholz, Sie werden nicht müde, zu behaupten, dass keiner alleingelassen würde. Leider stimmt das nicht, und das wissen die Menschen auch. Das wird nicht dadurch besser, dass Sie sich den Worten einer berühmten Fußballhymne bedienen und immer wieder „You'll never walk alone“ erklären. Es stimmt nicht. Denn was Sie hier als sogenanntes Entlastungspaket vorlegen, ist – ich muss es so sagen – einfach eine Frechheit.

Bevor ich da ins Detail gehe, gucken wir uns nur einmal die groben Zahlen an. Das neue Entlastungspaket soll ein Volumen von 65 Milliarden Euro haben. Alle drei Entlastungspakete sollen ein Gesamtvolumen von 96 Milliarden Euro haben. Ob die Zahlen stimmen, ist übrigens zweifelhaft. Aber selbst wenn sie stimmen, ist das immer noch weniger Geld, als Sie über Nacht für das Sondervermögen für die Bundeswehr einfach aus dem Ärmel gezogen haben. Das waren runde 100 Milliarden Euro. Dafür wurde die Schuldenbremse ausgesetzt. Für die Unterstützung der Bevölkerung wird

sie es nicht. Und während die Koalition sich über die 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr über Nacht einig war, wird über die Entlastungen für die Bevölkerung gestritten und gerungen, wochenlang, damit man bloß nicht aus Versehen jemanden bedenkt, der es Ihrer Meinung nach nicht verdient hätte. Und auch hier wird bestenfalls wieder gekleckert. Es wird eben nicht geklotzt; dabei wäre das dringend notwendig.

Sie konnten sich ja nicht mal dazu durchringen, dass Maßnahmen, die nachweislich die Inflation gebremst haben – der Tankrabbatt, das 9-Euro-Ticket –, verlängert werden. In meinem Wahlkreis in Niedersachsen kostet das Regionalticket jetzt wieder 190 Euro statt 9 Euro im Monat. Meinen Sie, die Pendler geben Ihnen recht, wenn Sie denen sagen: „You'll never walk alone“?

Es soll jetzt eine Nachfolgeregelung kommen. Sie ist ziemlich kompliziert, und vor allem soll sie über die Länder mitfinanziert werden. Sie wissen aber, dass viele Länder das finanziell überhaupt nicht stemmen können. Das ist doch eine Luftnummer, das ist die Wahrheit.

Ich meine, Sie stellen sich hier ernsthaft hin und versuchen, es als großen sozialen Wurf zu verkaufen, dass Sie den Rentnerinnen

und Rentnern nach massivem Druck von uns, von der Linken, von Sozialverbänden, von der Öffentlichkeit endlich auch das mickrige Energiegeld in Höhe von 300 Euro zukommen lassen wollen. Studierende kriegen sogar nur 200 Euro. Beides reicht überhaupt nicht aus, um die tatsächlichen Teuerungen abzufangen. Das ist doch einfach nur ein Witz, Kolleginnen und Kollegen.

Kommen wir mal zum Kindergeld. 18 Euro Erhöhung, ja, Wahnsinn! Dass Ihnen das nicht peinlich ist. Im Koalitionsvertrag steht die Kindergrundsicherung drin. Die kommt nicht; stattdessen kommt diese lächerliche Erhöhung. Sie speisen das in Ihr Entlastungspäckchen ein, damit Sie behaupten können, für Kinder wäre auch was drin. Wissen Sie eigentlich, wie viel teurer Schulhefte, Stifte und andere notwendige Dinge geworden sind? Jetzt zum Schulanfang ist es für viele Familien ein echtes Problem, sich das leisten zu können. Das ist die Wahrheit. Die Lebensmittelpreise sind im letzten Jahr im Schnitt um 20 Prozent gestiegen. Die Kindergelderhöhung macht nicht mal 10 Prozent aus. Das heißt, dass die Eltern, die das Kindergeld brauchen, um über den Monat zu kommen, jetzt bei sich sparen müssen, um ihre Kinder noch ernähren zu können. Das ist bereits jetzt die Realität in vielen Familien. Was meinen Sie denn, wie gut das bei denen ankommt, wenn Sie immer wieder sagen: „You'll never walk alone“?

Kommen wir jetzt zum Bürgergeld. Ich meine, das klingt vielleicht besser, aber es ist leider nichts anderes als Hartz IV, Hartz IV für Arme; das ist leider wörtlich

gemeint. Die Erhöhung um 50 Euro ist nicht mal der Inflationsausgleich, nicht mal ansatzweise. Das ist in Wirklichkeit überhaupt keine Erhöhung. Die Menschen in Grundsicherung werden weiter von Ihrer Politik abgehängt; das ist die Wahrheit.

Und was sagen Sie all den vielen, die seit Jahren gezwungen sind, bei der Tafel anzustehen, und die jetzt nicht mal mehr dort genug Lebensmittel kriegen, weil auch die Tafeln unter Druck sind? Stellen Sie sich da daneben, und sagen Sie denen: „You'll never walk alone“? Ich glaube, nicht. Das betrifft inzwischen schon 2 Millionen Menschen in unserem Land. Die müssen zur Tafel gehen; die Tendenz ist steigend.

Laut dem Forschungsinstitut für Wärmeschutz in München müssen Menschen in schlecht gedämmten Wohnungen bei den aktuellen Preisen bereits mit Energiekosten von rund 4 500 Euro pro Jahr rechnen. Letztes Jahr waren das noch 1 800 Euro. Die Kosten haben sich mehr als verdoppelt. In Einfamilienhäusern, auch wenn sie gedämmt sind, steigen die Energiekosten von 2 800 auf 7 200 Euro pro Jahr. Diese Preisexplosion muss gestoppt werden. Aber leider tun Sie das nicht, und Ihre angekündigte Strompreisbremse ist leider jetzt schon eine Luftnummer, einmal, weil die Teuerungen eben nicht nur den Strombereich betreffen, sondern den gesamten Energiebereich, aber vor allem, weil diese Strompreisbremse nur dann kommen soll, wenn sie durch eine Übergewinnsteuer gegenfinanziert wird, die wiederum davon abhängt,

**Was Sie hier als sogenanntes Entlastungspaket vorlegen, ist einfach eine Frechheit.**

**Zwei Millionen Menschen in unserem Land müssen zur Tafel - die Tendenz ist steigend.**

dass die EU-Kommission dafür grünes Licht gibt. Andere Länder haben längst eine Übergewinnsteuer eingeführt. Warum verstecken Sie sich hinter Brüssel? Sie sagen: Erst wenn es in Brüssel nicht klappt, dann wird eine nationale Regelung erwogen. Sie tun ja so, als hätte die Lösung dieser Probleme noch ewig Zeit. Nein, die Menschen brauchen jetzt die Unterstützung!

Darum wären auch Direktzahlungen, die wirklich Wirkung entfalten, jetzt wichtig. Wir fordern mindestens 125 Euro pro Monat, also 1 500 Euro pro Jahr, für jeden Haushalt mit kleinem und mittlerem Einkommen. Denn der Kaufkraftverlust ist verheerend. Immer mehr Betriebe, Bäckereien, Friseure, die die Preise aufgrund der steigenden Kosten erhöhen mussten, sehen, dass ihre Kunden wegbleiben, weil sie einfach nicht mehr das Geld haben, da hinzugehen. Der Chef des ifo-Instituts Clemens Fuest sagte über die Maßnahmen der Bundesregierung, dass diese die Rezession in diesem Winter nicht verhindern werden – ein vernichtendes Urteil. Das Institut der deutschen Wirtschaft rechnet damit, dass es bei den steigenden Preisen 300 000 zusätzliche Ar-

beitslose im Jahr 2023 geben wird. Haben Sie den Mitarbeitern im Jobcenter schon durchgestellt, was sie den verzweifelten Menschen von Ihnen ausrichten sollen: „You'll never walk alone“? Sagen Sie denen zum Trost: „Irgendwann kommt vielleicht mal eine Strompreisbremse, wenn Brüssel mitspielt“? Das reicht nicht.

Kolleginnen und Kollegen, dieser Energiemarkt muss reguliert werden, das ist die Wahrheit. Wenn man einmal gesehen hat, dass der Markt es nicht richtet, dann doch jetzt. Wir brauchen eine funktionierende staatliche Preisaufsicht, und wir brauchen eben auch einen Preisdeckel für die gesamte Energie für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Das ist dringend notwendig.

In Frankreich wurde ein Preisdeckel eingeführt. Da übernimmt der Staat die Differenz zwischen dem festgelegten Verbrauchspreis und dem tatsächlichen Marktpreis. Warum geht das nicht bei uns? Ja, ich weiß ja

die Antwort: Dafür ist angeblich kein Geld da; denn es gibt ja die Schuldenbremse, das Lieblingskind von Herrn Lindner. Ich möchte es Ihnen mal sagen: Wenn Sie trotz dieser historischen Krise lieber an Ihrem Fetisch „Schuldenbremse“ festhalten wollen, anstatt zu verhindern, dass immer größere Teile der Bevölkerung in die Armut getrieben werden, dann ist das einfach nur verantwortungslos.

### Die Kriegsmaschinerie rollt unbeeindruckt von europäischen Sanktionen leider weiter.

Wenn Sie trotz dieser historischen Krise, die die Bevölkerung in ihrer Breite trifft, nicht einmal darüber nachdenken, die Vermögensteuer wieder einzuführen, wie SPD und Grüne das noch im Wahlprogramm hatten, dann ist auch das einfach nur verantwortungslos. Ich meine: Wenn nicht jetzt, wann dann, bitte?

Wenn Sie in dieser Lage, in der von allen Menschen Solidarität erwartet wird, in der angeblich alle den Gürtel enger schnallen sollen, nicht dafür sorgen, dass diejenigen mit dem weitesten Gürtel, denen das überhaupt

nicht wehtun würde, wenn sie ihn ein bisschen enger schnallen würden, die teilweise ihr Vermögen in der Krise noch satt vermehren konnten – die Multimillionäre, die Milliardäre –, sich zumindest ein Stück weit angemessen an den Krisenkosten beteiligen, dann fällt mir wirklich absolut nichts mehr dazu ein. Das ist inakzeptabel; es ist unsozial, das nicht zu tun.

Natürlich darf man bei all dem nicht vergessen, dass die Preisexplosion durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verursacht worden ist. Dieser Angriffskrieg kann nicht akzeptiert werden; man musste darauf reagieren. Wir als Linke unterstützen die Sanktionen gegen Putins Machtapparat, gegen die mächtigen Oligarchen, gegen die russische Rüstungsindustrie. Was wir aber kritisieren, das sind Sanktionen, die hauptsächlich die russische Bevölkerung treffen und die in Deutschland, in Europa, im Globalen Süden mehr Schaden anrichten als bei denjenigen, denen man eigentlich schaden sollte, nämlich Putins Kriegsmaschinerie. Wir stellen aber fest: Die Kriegsmaschinerie rollt unbeeindruckt von europäischen Sanktionen leider

weiter. In Ländern des Globalen Südens gibt es bereits ernsthafte Versorgungslücken, weil sie beim weltweiten Preiskampf um das Erdgas eben nicht mithalten können. Auch hier bei uns drohen weitere extreme Preissteigerungen, ebenfalls Versorgungslücken. Beides wird zum Wegbrechen ganzer Industriezweige führen. Das darf man nicht geschehen lassen, Kolleginnen und Kollegen.

Darum fordern wir von der Bundesregierung Folgendes: Es muss alles unternommen werden, um auf diplomatischem Wege einen sofortigen Waffenstillstand zu erreichen, damit Friedensverhandlungen beginnen können. Dieser Krieg muss so schnell wie möglich enden.

Zweitens. Sie müssen mit Russland in Verhandlungen über die Gaslieferungen treten, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Das erwartet die Bevölkerung zu Recht. Ich nehme Sie beim Wort, Herr Scholz: Sie haben gesagt, die Sanktionen dürfen Europa nicht härter treffen als Russland. Bitte handeln Sie entsprechend.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Christian Dürr, FDP:

## Diese Bundesregierung stellt sich der Verantwortung



Christian Dürr (\*1977)  
Landesliste Niedersachsen

Wie einige von Ihnen auch hatte ich am Sonntag die Gelegenheit, mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten Denys Schmyhal zu sprechen. Er hat mir in sehr eindringlichen Worten geschildert, was zurzeit das Ergebnis des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine ist.

Frau Mohamed Ali, Sie sagen, man müsse jetzt mal mit Russland in Verhandlungen treten, man müsse mit denen reden. Wissen Sie was? Der Weg zum Telefon ist immer offen. Aber die Wahrheit

ist: Russland will genau das, was gerade passiert, auch das, was den Menschen in der Ukraine widerfährt. Das ist kein Versehen russischer Politik; es ist Absicht russischer Politik, dass Menschen in der Ukraine sterben, meine Damen und Herren. Das ist das Fürchterliche an diesem Krieg, Frau Mohamed Ali.

Wir spüren die finanziellen Auswirkungen – ich komme darauf gleich zu sprechen –, während in der Ukraine jeden Tag Menschen sterben, ihr Zuhause verlieren oder das Land verlassen müssen. Ich habe Ministerpräsident Schmyhal wie viele von Ihnen auch in diesen Gesprächen die Solidarität der Bundesrepublik Deutschland noch einmal zum Ausdruck gebracht.

Zur Einordnung dessen, was passiert: Russland, Wladimir Putin führt einen physischen Krieg gegen die Menschen in der Ukraine; aber er führt eben auch einen Krieg mit Nahrungsmitteln und mit Energie gegen die gesamte Welt. Deswegen ist es so wichtig, dass der Westen weiter zusammensteht, meine Damen und Her-

ren. Deswegen ist es so wichtig, dass die NATO derzeit gestärkt wird. Deswegen ist es so wichtig, dass wir mit unseren transatlantischen Freunden in diesen Tagen, auch was das Thema Waffenlieferungen betrifft, auch was das Thema „finanzielle Unterstützung der Ukraine“ betrifft, zusammenstehen. Der Zusammenhalt der westlichen Staatengemeinschaft ist die ganz zentrale Antwort in diesen schwierigen Tagen für die gesamte Welt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich will als Erstes auf das Thema Energieversorgung, das in vielen Reden heute Morgen schon unterstrichen worden ist, zu sprechen kommen. Die oberste Prämisse in den nächsten Monaten ist: Die Preise an den Energiemärkten müssen sinken. Diese Preise, meine Damen und Herren – das muss man sehr klar aussprechen –, sind derzeit für niemanden zu tragen, nicht für die privaten Haushalte in Deutschland, nicht

für die Unternehmen. Und sie sind nicht nur für die energieintensiven Unternehmen nicht zu tragen; selbst der Einzelhändler um die Ecke kann sich zwanzigfach höhere Stromkosten schlicht und einfach nicht leisten. Aktuell betragen sie etwa das Zehnfache; aber selbst das führt zu katastrophalen Entwicklungen gerade bei mittelständischen Unternehmen. Das ist die Ausgangssituation.

Herr Kollege Merz, wir müssen auch darüber sprechen, was in den letzten Jahren passiert ist, um für die Zukunft zu lernen. Daher fand ich Ihre Aussage sehr interessant. Sie haben gesagt: Diese Regierung trägt nicht allein die Verantwortung für die Abhängigkeit von Russland. – Wissen Sie was? Diese Bundesregierung stellt sich

der Verantwortung. Die Verantwortung in jedem Fall trägt diese Bundesregierung nicht, aber sie ist gewählt, um jetzt Verantwortung zu übernehmen, und das tun wir, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es geht um die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Erdgas. Dass es da keine leichten Antworten gibt, haben die Reden heute Morgen deutlich gezeigt.

Herr Merz, ich will auch daran erinnern, was Sie am 10. März die-

ses Jahres gesagt haben. Sie waren der erste Politiker aus der Unionsfraktion, der gesagt hat: Man muss die Erdgaslieferung, die Energielieferung aus Russland sofort einstellen. Das ist es, Herr Merz, was Sie am 10. März gesagt haben. Niemand ist glücklich über diese Abhängigkeit. Sie ist eine ökonomische Katastrophe und auch geopolitisch für uns eine Herausforderung. Aber, Herr Merz, zur Wahrheit gehört: Diese einfachen Antworten gibt es nicht. Weder das Einstellen der Erdgaslieferung noch irgendwelche Deckel – ich komme darauf gleich zu sprechen – sind eine perfekte Antwort. Diese Bundesregierung – ich wiederhole es – stellt sich dieser Verantwortung für die Lage, die Vorgängerregierungen verursacht haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Jetzt will ich sagen, was wir tun. Über die Gasumlage ist viel gesprochen worden. Wir werden jetzt die Mehrwertsteuer auf diese Gasumlage senken und sie zielgerichteter ausrichten. Denn es ist für viele Kunden, für viele Unternehmen natürlich geradezu eine Überraschung. Sie wussten bisher gar nicht, von wem der Lieferant das Erdgas bezogen hat. Es ist doch niemand, kein Unternehmen, kein Mittelständler, dafür verantwortlich zu machen, dass er russisches Erdgas über seinen Ver-

Fortsetzung auf nächster Seite

sorger bezogen hat und jetzt eine dramatische Preissteigerung auf ihn zukommt. Deswegen brauchen wir dort eine Umlage. Das zum Thema Gasmarkt.

Ich komme auf den Strommarkt zu sprechen, der hier auch viel besprochen worden ist. Meine Damen und Herren, es ist kein Geheimnis, dass in der Frage der Weiternutzung der Kernenergie meine Partei eine eigene Auffassung dazu hat, auch was die drei bestehenden Kernkraftwerke betrifft. Aber genauso richtig ist es, dass wir auf diesem Strommarkt jetzt etwas tun. Deswegen ist es die Entscheidung des Koalitionsausschusses, sich für eine Strompreisbremse nicht nur auf europäischer Ebene einzusetzen, sondern gegebenenfalls auch national den Schritt zu gehen, das bestehende System der EEG-Umlage zu nutzen, damit die Strompreise in Deutschland für alle Menschen, für alle Unternehmen nach unten gehen. Das ist die richtige Antwort in dieser Krise, auch wenn sie ordnungspolitisch nicht leicht ist; das sage ich ganz offen. Aber es ist die richtige Antwort in dieser Krise, damit die Strompreise runtergehen, meine Damen und Herren. Das ist unendlich wichtig als Signal für die Märkte und für die Unternehmen in Deutschland.

Herr Merz, was schlagen Sie denn vor? Bei der Problembeschreibung sind wir mit Blick auf die Abhängigkeit von Russland ja einer Meinung. Aber was haben Sie denn vorgeschlagen?

Für den Strommarkt haben Sie etwas sehr konkret vorgeschlagen. – Ja, Sie waren auf der Zugspitze. Ich habe mich beim Lesen des Papiers gefragt, ob das bisweilen auch mit der dünnen Luft da oben zusammenhing. Sie haben für den Strommarkt das spanische Modell vorgeschlagen. Sie sagen: Es braucht einen Gaspreisdeckel an der Stelle, und das Erdgas soll aus dem Strommarkt herausgenommen werden. – Wir sehen gerade, was in Spanien passiert. In Spanien finanzieren die spanischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gerade den Stromexport nach Frankreich, meine Damen und Herren, da der subventionierte Strom billiger ist. Es kann doch kein Modell für Deutschland sein, dass unsere Steuerzahler am Ende des Tages über den Bundeshaushalt für subventionierten Strom zahlen. Herr Merz, das ist keine Option für Deutschland. Die Strompreis-

bremse ist die richtige Antwort, und deswegen hat die Bundesregierung diese auch gegeben.

Für den Gasmarkt schlagen Sie in Ihrem Papier von der Zugspitze einen Gaspreisdeckel vor. Wissen Sie, wer den gerade verteidigt hat? Frau Mohamed Ali von der Linkspartei. Also, Sie sagen: Am besten soll das über den Bundeshaushalt geregelt werden. Der Bundeshaushalt wird die Differenz zwischen diesem Deckel und dem Marktpreis tragen. – Meine Damen und Herren, mit Ihren Vorschlägen suggerieren Sie eines, nämlich dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die gestiegenen Energiepreise decken können. Ich sage in aller Klarheit: Ja, wir werden an diesen Märkten Veränderungen vornehmen. Aber eines gehört zur Wahrheit: Der Staat, die Gemeinschaft der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, kann diese Energiepreise nicht schultern. Das würde die staatliche Gemeinschaft in Deutschland überfordern. Diese Wahrheit muss man aussprechen. Alles andere, Herr Merz, ist eine Illusion. Ich will das an dieser Stelle deutlich sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich habe es vorhin gesagt: Putin hat diese Krise ausgelöst. Aber wir wissen doch alle, dass der Reformstau in diesem Land angesichts dieser Krise wie unter einem Brennglas deutlich wird, meine Damen und Herren. Deutschland ist bei der Digitalisierung hinterher. Wir sind beim Klimaschutz hinterher. Wir haben in den letzten Jahrzehnten viel Geld dafür ausgegeben, aber am Ende des Tages wenig erreicht. Die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist wegen zu starker Abhängigkeiten gefährdet; das muss mal gesagt werden.

Wir sind in Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten aus vielen Technologien ausgestiegen. Aber wir hätten zum gleichen Zeitpunkt mit aller Macht auch in neue Technologien einsteigen müssen, meine Damen und Herren. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist nicht in dem nötigen Maße vorangekommen. Vor allen Dingen fehlt der Ausbau in dem Maße, dass er konventionelle Energie hätte ersetzen können. Wo war denn seinerzeit der Einsatz für den Ausbau der Stromnetze? Wo war denn seinerzeit der Einsatz für die Grundlastfähigkeit auch erneuerbarer Energien? CO<sub>2</sub>-neutrale, aber gleichzeitig tragbare Kapazitäten müssen doch die



Aufgrund der aktuellen Energie- und Gaskrise wird das Atomkraftwerk Isar 2 vorerst im Standby-Modus bleiben. ©picture alliance / SVEN SIMON | Frank Hoermann / SVEN SIMON

Zukunft sein für die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt. Da sind die Fehler gemacht worden. Für Sie waren Erneuerbare ein Feigenblatt im Landschaftsbild. Für uns sind die Erneuerbaren die wirtschaftliche Grundlage der Zukunft der Bundesrepublik Deutschland, liebe Kolleginnen und Kollegen, um das auch einmal deutlich zu sagen.

Ich komme nun zum dritten Entlastungspaket, das der Koalitionsausschuss am Wochenende erarbeitet hat.

Der Inflationsausgleich für die arbeitenden Menschen in diesem Land steht bei diesem Paket an oberster Stelle, und das richtigweise. Da muss ich noch einmal auf das eingehen, was Sie, lieber Herr Kollege Merz, in Ihrer Rede gesagt haben. Sie haben gerade in Richtung der Bundesregierung behauptet, das stünde ja eh im Gesetz, das passiere sozusagen automatisch, wir hätten also nur den Gesetzestext aufgeschrieben. Ich würde da ganz gerne eine Wette eingehen: Ich möchte den Paragraphen im Einkommensteuergesetz sehen, wo das, was Sie, Herr Merz, behauptet haben, drinsteht. Die Wahrheit ist doch: Die Union hatte nie den Mut, den Abbau der kalten Progression in das Einkommensteuergesetz zu schreiben. Die Wahrheit ist: Das, was Sie hier behaupten, ist schlicht falsch. Ja, andere europäische Länder machen das, Deutschland macht es bedauerlicherweise bisher nicht. Und weil das nicht der Fall ist, wird diese Ampelkoalition die hart arbeitende Mitte in Deutschland entlasten. Das ist ein ganz wichtiges Signal des Koalitionsausschusses, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir werden uns natürlich auch um diejenigen kümmern,

die nicht im Arbeitsleben sind, um die Rentnerinnen und Rentner, um die Menschen in Ausbildung, um die Studierenden, und zwar mit einer weiteren Energiepauschale. Wir werden das Kindergeld erhöhen. Wir werden die Homeoffice-Pauschale im Steuerrecht entfristen. Wir senken die Umsatzsteuer auf Gas; ich erwähnte es vorhin. Wir setzen die Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises zum 1. Januar aus, damit die Menschen und Unternehmen nicht zusätzlich belastet werden. Und mit Blick auf die steuerliche Absetzbarkeit der Rentenbeiträge: Das Problem der Doppelbesteuerung, von unionsgeführten Bundesregierungen nie gelöst, wird diese Bundesregierung lösen, meine Damen und Herren.

Es wird auch ein bundesweites Nahverkehrsticket geben. Und da es ja manche Bundesländer in Deutschland gibt, in denen die Union entweder den Ministerpräsidenten stellt oder mit in der Regierung ist, habe ich folgenden Appell an Sie: Unterstützen Sie Verkehrsminister Volker Wissing bei dem revolutionären Vorhaben, ein digitales Deutschlandticket bundesweit anzubieten, anstatt hier hin und her zu reden! Da müssen die Länder jetzt über ihren Schatten springen. Das zu tun, wäre eine Revolution für unseren öffentlichen Personennahverkehr, meine Damen und Herren.

Es sind also die Familien der Mitte, aber auch all jene, die es momentan schwer haben, die von diesem dritten Entlastungspaket profitieren.

Ich habe mir an der Stelle noch mal angeschaut, was auf der Zugspitze so passiert ist und was in den letzten Tagen so gesagt worden ist. Herr Merz sagte ja: Das waren richtige Schritte.

– Ich anerkenne, dass Sie sagen, die Entlastungen, die Abschaffung der kalten Progression und manches mehr seien richtige Schritte, die wir als Regierungskoalition gehen. Ich habe mir angeschaut, was Sie fordern – Sie haben es hier eben wiederholt -: für das untere Drittel der Einkommen eine Pauschale von 1 000 Euro – das wäre eine Belastung für den Bundeshaushalt von etwa 16 Milliarden Euro -, für jedes Kind noch einmal 1 000 Euro – das wären etwa 5 Milliarden Euro an Belastung für den Bundeshaushalt – und der vorgeschlagene Gaspreisdeckel; das würden etwa 38 Milliarden Euro an Belastung für den Bundeshaushalt ausmachen. – Ich will mich nicht auf den Euro festlegen. – Ich habe das aber mal zusammengerechnet, was Sie offensichtlich nicht getan haben. Wir reden hier über 50 Milliarden Euro an zusätzlicher Belastung für den Bundeshaushalt, meine Damen und Herren. Ich frage: Wer soll das bezahlen? Sie fordern einen Gaspreisdeckel anstelle einer Umlage. Ich frage: Wer soll das bezahlen? – Sie fordern eine Subventionierung der Gasverstromung anstelle der Strompreisbremse. Ich frage: Wer soll das bezahlen, meine Damen und Herren? – Der Gaspreisdeckel, bei dem Sie sich mit der Linkspartei einig sind, soll aus dem Haushalt finanziert werden. Aber die sind wenigstens so ehrlich und sagen, dass sie die Schuldenbremse ohnehin abschaffen wollen. Meine Damen und Herren, die Stabilität unseres Landes ist in diesen Tagen gefragt. Und eines – das will ich zum Schluss sagen – darf auf gar keinen Fall passieren, nämlich dass wir, indem wir den Bundeshaushalt überfordern, indem wir am Ende des Tages eine expansive Geld- und Ausgabenpolitik machen, die Inflation zusätzlich anheizen.

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss und will in aller

**Aber, Herr Merz, zur Wahrheit gehört: Diese einfachen Antworten gibt es nicht.**

**Deutschland ist bei der Digitalisierung hinterher. Wir sind beim Klimaschutz hinterher.**

Kürze noch eine Anmerkung machen. – Ich habe mir angeschaut, was Sie noch vorschlagen. Sie schlagen eine Abwrackprämie für Haushaltsgeräte vor. Das klingt ja erst mal nett. Aber ich frage mich: Welcher Ökonom in der Welt gibt

zurzeit die Empfehlung, in Zeiten der Inflation Nachfragepolitik anstatt Angebotspolitik zu machen? Ich habe vorhin gesagt, was die Bundesregierung alles macht. Aber, mit Verlaub, Herr Merz, ökonomisch sind Sie doch gerade auf

der Fehlspur; ökonomisch laufen Sie doch falsch. In Zeiten der Inflation muss man doch Angebotspolitik machen – und das tun wir -: Planungsbeschleunigung, Digitalstrategie, Gigabitnetze, Investitionen in die Bildung, in die Ver-

kehrsinfrastruktur, mehr Freihandelsabkommen und mehr Einwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt. Ökonomisch – ich hätte fast nicht geglaubt, dass ich das jemals aussprechen werde – sind so manche Jungsozialisten in der

SPD zurzeit marktwirtschaftlicher unterwegs als die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alexander Dobrindt, CSU:

## Sie sollten diesem Wirtschaftsminister den Stecker ziehen



Alexander Dobrindt (\*1970)  
Wahlkreis Weilheim

Herr Bundeskanzler, Sie haben sich heute wieder des Begriffs der Zeitenwende bedient. Das gehört inzwischen zur Regelmäßigkeit in Ihren Reden. Aber es gibt jetzt einen entscheidenden Unterschied: Bei Ihrer „Zeitenwende“-Rede vom 27. Februar hatten Sie die Unterstützung, weil Sie zu notwendigen Entscheidungen bereit waren. Diese Unterstützung haben Sie in dem Moment verloren, als Sie aufgehört haben, diese Zeitenwende zu gestalten. Das ist der entscheidende Unterschied.

Herr Bundeswirtschaftsminister Habeck, Sie haben uns im Sommer mitgeteilt, dass Sie die Energiedebatte entlang der Fakten führen. Zitat: „Fakt ist: Wir haben ... ein Gasproblem, kein Stromproblem.“ Mit Fakten hat dieser Spruch schon mal rein gar nichts zu tun, Herr Habeck. Sie haben gemeinsam mit den Übertragungsnetzbetreibern einen Stresstest gemacht und diesen am Montag vorgestellt. Die Netzbetreiber haben sehr deutlich darauf hingewiesen, dass die Energiesituation in Deutschland massiv angespannt ist. Die Fachleute haben erklärt, dass eine „geordnete Abschaltung von Verbrauchern“ ein mögliches Szenario ist. „Geordnete Abschaltung von Verbrauchern“, das heißt übersetzt nichts anderes als: Regionale Blackouts sind denkbar. Die Netzsicherheit sei nur durch Strom aus dem Ausland zu gewährleisten. Ob der aber zu diesem Zeitpunkt zur

Verfügung steht, ist vollkommen unsicher. Die Fachleute haben Ihnen auch ins Stammbuch geschrieben, dass die drei Kernkraftwerke einen Beitrag leisten, die Lastunterdeckung zu vermeiden. – Herr Habeck, was ist daran eigentlich so schwer zu verstehen? Wer bei dieser Analyse – „Netzsicherheit gefährdet“, „regionale Blackouts denkbar“ – zu der Entscheidung kommt, die drei Kernkraftwerke nicht weiterbetreiben zu lassen, der handelt nicht entlang der Fakten, sondern schlicht verantwortungslos. Das ist die Wahrheit, Herr Habeck.

Interessant war in dem Zusammenhang übrigens auch, dass am Montag, kurz bevor Sie den Stresstest auf Ihrer Pressekonferenz präsentiert haben, Bundesfinanzminister Christian Lindner öffentlich mitgeteilt hat, dass die drei Kernkraftwerke weiterlaufen sollen. Zitat:

In diesen Zeiten sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, den Strompreis für die Menschen und die Betriebe zu reduzieren.

Was ist daran eigentlich so schwer zu verstehen? – Wir brauchen mehr Kapazitäten im Strommarkt, um die Preise zu reduzieren. Sie aber nehmen in einer Zeit der größten Energieknappheit Kapazitäten aus dem Netz. Sie schicken sie in die Reserve – und das in einer Zeit, wo die Menschen schon am Ende mit ihren Reserven sind und die Preise nicht mehr zahlen können.

Herr Bundesminister Habeck, Sie ignorieren die Ergebnisse dieses Stresstests. Sie riskieren Blackouts. Sie setzen Bürger und Betriebe in diesem Land einem massiven Stresstest aus – und das alles, damit Ihre grünen Wahlkampfkollegen in Niedersachsen ihr schönes Plakat „Bye-bye, AKWs“ nicht abhängen müssen. Das ist die Wahrheit hinter Ihrer Entscheidung. Sehr geehrter Bundeskanzler, wenn dem grünen Energieminister in Deutschland die grüne Parteibasis wichtiger ist als die Ver-

sorgungssicherheit unseres Landes, dann sollten Sie als Bundeskanzler diesem Wirtschaftsminister den Stecker ziehen. Das ist Ihre Aufgabe an dieser Stelle.

Herr Bundeskanzler, Sie haben heute ja auch über die LNG-Terminals gesprochen. Wir hoffen übrigens, dass Sie damit erfolgreich sein werden. Aber erklären Sie uns doch bitte mal an dieser Stelle: Wie kommt es eigentlich zustande, dass die Steuerungsgruppen, die Arbeitsgruppen, die die Energiezusammenarbeit und die Lieferung von LNG aus Katar organisieren sollen – die Einsetzung dieser wurde zwischen dem Wirtschaftsminister mit dem Land Katar schriftlich vereinbart –, nach Auskunft des Bundeswirtschaftsministeriums bis heute kein einziges Mal getagt haben? Können Sie erklären, was das mit einer vorsorglichen

Energieversorgung in Deutschland zu tun hat? Sie reden über LNG. Ihr Bundesminister Habeck hat aus Katar keinen einzigen Kubikmeter Gas mitgebracht, aber den Menschen haufenweise Sand in die Augen gestreut. Das ist es doch, was dahintersteht.

Sie, Herr Bundeskanzler, haben an dieser Stelle auch sehr leidenschaftlich über die Gasspeicher in Deutschland gesprochen. Sie haben darüber gesprochen, dass sie nicht gefüllt worden wären. Ja, der größte Gasspeicher Rehden ist deswegen nicht gefüllt worden, weil er an Russland verkauft worden ist. Aber, Frau Haßelmann, nur zur Aufklärung, falls Sie sich nicht daran erinnern: Ja, dieser Verkauf war falsch. Aber derjenige, der den Verkauf zugelassen hat, war Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel von der SPD und niemand anderes.

Hier scheinen ja so manche Irrtümer weiterzugehen. Der Bundeskanzler hat angesprochen, dass er sich für Flüssiggas-

terminals besonders eingesetzt hat, und sich darüber beschwert, dass sein entsprechender Brief an die Vereinigten Staaten von Amerika an die Öffentlichkeit durchgestochen wurde. Nur als Hinweis: Die Deutsche Umwelthilfe hat diesen Brief veröffentlicht. Außerdem haben Sie, Herr Bundeskanzler, in diesem Brief angeboten, 1 Milliarde Euro zusätzlich für den Bau von Terminals auszugeben, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika auf Sanktionen gegen Nord Stream 2 verzichten. Herr Bundeskanzler, die Frage ist doch nicht: „Wer hat den Brief durchgestochen?“, die Frage ist, ob Sie vorher mit Gerhard Schröder darüber gesprochen haben. Darum geht es.

Sie vonseiten der Ampel rühmen sich hier ja gegenseitig für Ihr neues Entlastungspaket: 300 Euro für Rentner – dass die Erkenntnis reichlich spät kam, geschenkt; wir unterstützen dieses Anliegen –, Wohngeld, Kinderzuschlag, Hartz IV. Das sind durchaus sinnvolle Maßnahmen. Aber was ist eigentlich mit den Men-

### Der Mittelstand ist ganz besonders von dieser aktuellen Situation betroffen.

schens, die sich nicht auf Transferzahlungen in diesem Land stützen können? Die mit mittleren, mit kleinen Einkommen verweisen Sie, Herr Dürr, wie gerade gehört, auf die kalte Progression und darauf,

dass Sie dafür ja im nächsten Jahr großzügige Entlastungen vorsehen. Ich nenne Ihnen mal ein Zitat vom Bundesfinanzminister aus dem August:

... wir sollten diese demokratisch nicht legitimierten Einnahmen zurückgeben. Das ist kein gönnerhafter Akt, sondern in mehrfacher Hinsicht geboten...:

Die Rückgabe dieser nicht legitimierten Einnahmen wollen Sie den Menschen jetzt als große Entlastung verkaufen. Das ist definitiv keine kluge Politik an dieser Stelle.

Der Mittelstand ist ganz besonders von dieser aktuellen Situation betroffen. Wir erleben aktuell bereits die ersten Insolvenzen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung rechnet Ihnen vor, dass die Zahl der Insolvenzen im Herbst deutlich ansteigen wird. Teile des Mittel-

stands, die kleinen Betriebe, die Handwerker, sie ächzen unter den Lasten der explodierenden Energiepreise, und Sie wollen nicht ausreichend gegensteuern. Die Energiepreisexplosion wird, wenn sie nicht bekämpft wird, nur zu einer einzigen Frage bei den Mittelständlern, den Handwerkern, den kleinen Unternehmen führen: Abwanderung oder Einstellen des Geschäftsbetriebs? Das sind die Alternativen, vor denen diese Unternehmen stehen. Sehr geehrter Herr Bundeswirtschaftsminister, Sie rechnen ja – anders als die Wirtschaftsinstitute – offensichtlich nicht mit einer Insolvenzelle. Zumindest haben Sie uns das gestern Abend über die Medien mitgeteilt. Aber Sie können sich vorstellen, dass bestimmte Branchen – wörtlich – erst mal nicht mehr produzieren oder verkaufen. Beim besten Willen – mit Verlaub, Herr Minister –, es ist den Menschen scheißegal, wie Sie das nennen, wenn sie arbeitslos werden. Aber es ist ihnen nicht egal, wenn Sie an dieser Stelle nichts dagegen unternehmen. Herr Dürr, Sie haben unsere Vorschläge, die wir auf der Zugspitze beraten haben, hier an vielen Stellen zitiert. Ich frage einmal umgekehrt: Wie halten Sie es denn eigentlich in dieser Ampelkoalition mit Ihren Anliegen? Sie selber haben angesprochen, Sie wären ja dafür, dass die Kernkraftwerke weiterlaufen. SPD und Grüne sind dagegen. Sie wollen die Schuldenbremse einhalten. SPD und Grüne stellen das tagtäglich infrage. Sie behaupten, Sie wollen Entlastungen für Bürger und Betriebe. Offensichtlich war das mit SPD und Grünen nicht zu machen. Mittelstand schützen – Ihr Thema fällt offensichtlich in dieser Koalition aus. Den ländlichen Raum – das haben Sie adressiert – wollen Sie unterstützen. Diese Regierung macht Politik gegen den ländlichen Raum.

Technologieoffenheit: Was ist mit dem Verbrennungsmotor? Sie konnten sich am Schluss nicht durchsetzen, dass er mit alternativen Kraftstoffen weiter betrieben wird.

Mal ganz ehrlich, Herr Dürr: Was machen Sie eigentlich in dieser Koalition, in dieser links-gelben – oh, Verzeihung –, in dieser links-minigelben Koalition? Das ist die Wahrheit hier.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Rolf Mützenich, SPD:

## Wir wollen die Freiheit der Menschen vor Furcht und Not



Rolf Mützenich (\*1959)  
Wahlkreis Köln III

Vor gerade einmal zwölf Monaten hat die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler der Regierung das Vertrauen ausgesprochen, um Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit bei uns und in Europa zu stärken. Das war kein Irrtum des Souveräns und auch kein Betriebsunfall der Demokratie, wie manche versuchen, uns einzureden oder herbeizutexten. Die Mehrheit der Menschen wollte diese Regierung. Sie wollte Kompetenz, Erfahrung und Seriosität im Bundeskanzleramt. Sie wollte Olaf Scholz, und wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind stolz, dass er einer von uns ist.

Meine Fraktion will dieses Vertrauen im kommenden Haushaltsjahr tief verankern. Um Arbeit zu sichern und den Klimawandel und die Pandemie zu bewältigen, brauchen wir ein verantwortliches Gemeinwesen und eine gerechte Politik. Dafür wird sich die SPD-Bundestagsfraktion in den nächsten Wochen einsetzen. Es wird in der zweiten und dritten Lesung ein guter Haushalt sein; das sagen wir heute zu, meine Damen und Herren.

Es geht um mehr. Ja, vor dem Hintergrund alter und neu entfesselter Kriege brauchen wir militärische Sicherheit, die zugleich in die tägliche Suche nach Frieden eingebettet bleiben muss. Diplomatie, meine Damen und Herren, und der Versuch, Spannungen zu mindern, sind keine Prinzipien von gestern, sondern aktueller denn je. Das hat die Bundestagspräsidentin heute in ihrer Würdigung von Präsident Gorbatschow nachhaltig beschrieben. Wir stehen in dieser Tradition, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Eine Politik, die das Innere und Äußere zu verbessern sucht, erfordert Ernsthaftigkeit und Kompetenz und keine Beliebigkeit, Herr Kollege Merz. Ich würde gerne an

drei Beispiele aus den letzten Wochen erinnern:

Noch im Juli haben Sie eine steuerliche Erleichterung für alle gefordert, auch für diejenigen mit großen Vermögen. Als sich dann plötzlich der Wind in der Innenpolitik drehte, haben Sie gesagt: Na ja, vielleicht muss das untere Drittel auch bedacht werden. – Herr Kollege Merz, das ist alles heiße Luft. Sie hätten vor einigen Monaten den Beweis antreten können, als es um den Mindestlohn gegangen ist. Damals haben Sie sich enthalten. Ein tatkräftiges Ja wäre erforderlich gewesen.

Ich kann es Ihnen vor Augen führen. Meine Fraktion war in Dresden. Dort profitieren ab 1. Oktober 55 000 Beschäftigte alleine von diesem Mindestlohn. Wenn man meint, ein soziales Herz zu haben, hätte es sich gehört, zuzustimmen, statt sich hier nicht nur in Beliebigkeit zu verheddern, und letztlich zu sagen: „Ja, das machen wir“ und: „Das ist die richtige Entscheidung“, meine Damen und Herren.

Im März haben Sie sich hier einem kompletten Lieferstopp für russisches Gas das Wort geredet. Ich frage Sie, Herr Merz: Wie sähen die Speicherstände heute aus? Wie sähen der Herbst und Winter für die Verbraucherinnen und Verbraucher aus? Es tut mir leid, Ihre energiepolitische Weitsicht geht gegen null, auch heute, Herr Kollege Merz.

Im Juni haben Sie sich dann – ich kann es nicht verschweigen – für ein Eingreifen der NATO starkgemacht, falls Atomkraftwerke in der Ukraine angegriffen werden. Leider, wie andere auch, können Sie sich offensichtlich nicht mehr vorstellen, dass es wenigstens noch die Chance für Diplomatie und Alternativen zum Militärischen geben muss. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen oder Herr Grossi, der Chef der Internationalen Atomenergie-Organisation, haben das jedoch bewiesen. Im Namen meiner Fraktion danke ich den Mitarbeitern der Internationalen Atomenergie-Organisation, die in die Ukraine gereist sind, um zu versuchen, ein Schutzschild gegen weitere Angriffe auf dieses Atomkraftwerk aufzubauen.

Herr Merz, Sie meinen, Sie müssten hier einen Kronzeugen

– den man ja schätzen kann – mit einem langen Zitat bedienen. Professor Herfried Münkler hat im Jahre 2002 in einer Vielzahl seiner Publikationen und Bücher prognostiziert – ich zitiere -: „Der klassische zwischenstaatliche Krieg ist ein historisches Auslaufmodell“. Ich finde, man sollte sich überlegen, ob wissenschaftliche Vergesslichkeit und Besserwisseri zu einem Zitat dienen, lieber Kollege Merz.

Deswegen sage ich: Besonnenheit, Klarheit und Kompetenz sind derzeit gefragt und keine Sprüchekloperei. So kann man kein Land regieren. Deswegen haben wir als Koalitionsparteien am Wochenende ein drittes, ein umfangreiches Entlastungspaket auf den Weg gebracht – kraftvoll und gerecht. Wie die beiden anderen Koalitionfraktionen auch haben wir uns in der Sommerpause inhaltlich damit beschäftigt. Wir haben nicht jeden Tag ein neues Thema durch die Medien getrieben. Zumindest haben wir keine Vorschläge zur Körperhygiene hinterlassen.

Stattdessen haben wir in Dresden ein kraftvolles Papier beschlossen. Es war für uns, für diejenigen, die für uns verhandelt haben, wichtig, das auch im Koalitionsausschuss durchzusetzen. Es kommt in den nächsten Wochen darauf an, diese Beschlüsse so schnell wie möglich in die Tat umzusetzen. Da, wo Nachbesserungen erforderlich sind, wird meine Fraktion das Notwendige tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und ja, in der Tat bedeutet das mehr, als nur ein paar Stellschrauben zu drehen. Es bedeutet auch ein systematisches Eingreifen in das, was sozusagen im Geheimen, im Verborgenen funktioniert, nämlich die geheimen Kräfte des Marktes. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren schon beim Thema Wohnungsmarkt anderer Meinung, als wir uns für die Mietpreisbremse eingesetzt haben. Genauso ist es jetzt beim Strommarkt. Es ist richtig, dass wir den europäischen Weg gehen. Aber gleichzeitig gilt: Wenn Europa nicht die Kraft aufbringt, dann werden wir – wie andere Länder in der Europäischen Union auch – ungerechtfertigte Gewinne vom Strommarkt abschöpfen. Und ja, wir wollen Vergleichbares auch für die anderen Teile des Wärme-markts auf den Weg bringen. Wir bieten unsere Fachlichkeit auch für diese Arbeitsgruppe an, die sich in den nächsten Wochen weitere Vorschläge für diesen Markt überlegen wird.

Meine Damen und Herren, bei diesem Entlastungspaket geht es nicht um Almosen, wie manchmal behauptet wird. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war immer tief verankert in unserer Seele, in unserer programmatischen Bekenntnis: Wir wollen keine Almosen. Wir wollen soziale Rechte, die die Bürgerinnen und Bürger am Ende auch einklagen können. Deswegen schaffen wir ein neues Bürgergeld, meine Damen und Herren, und wir schaffen die Ausweitung des Kreises der Wohngeldberechtigten im Rahmen einer Wohngeldreform, die es verdient, sich dafür einzusetzen.

Zum Schluss will ich darauf hinweisen: Es ist doch nicht falsch, die Menschen, die es unmittelbar brauchen, konkret zu entlasten – auch das haben wir im dritten Entlastungspaket auf den Weg gebracht -: Rentnerinnen und Rentner, Studierende, die Schülerinnen und Schüler, die bisher nicht davon profitiert haben, die Fachschü-

ler und die Auszubildenden. Das ist wichtig. Dafür, dass das noch in diesem Jahr kommt, stehen wir ein. Es ist gut vorgesorgt, dass das in diesem Haushalt finanziert werden kann.

Und ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist auch ein Angebot an andere Institutionen und Akteure in diesem Land gemacht worden, die sich in dieser Krise nicht verstecken dürfen. Auch das ist etwas, was die DNA der Sozialdemokratie betrifft. Wir alle wollen, dass sie ihren Beitrag leisten. Der Staat geht durch diesen Beschluss jetzt in Vorleistung. Ich appelliere an die Tarifvertragsparteien, an die Unternehmen: Geben Sie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Sicherheit! Wir geben die Sicherheit, dass 3 000 Euro im Jahr als Einmalzahlung abgaben- und steuerfrei ist. Das ist ein gutes Angebot in dieser Krise, meine Damen und Herren.

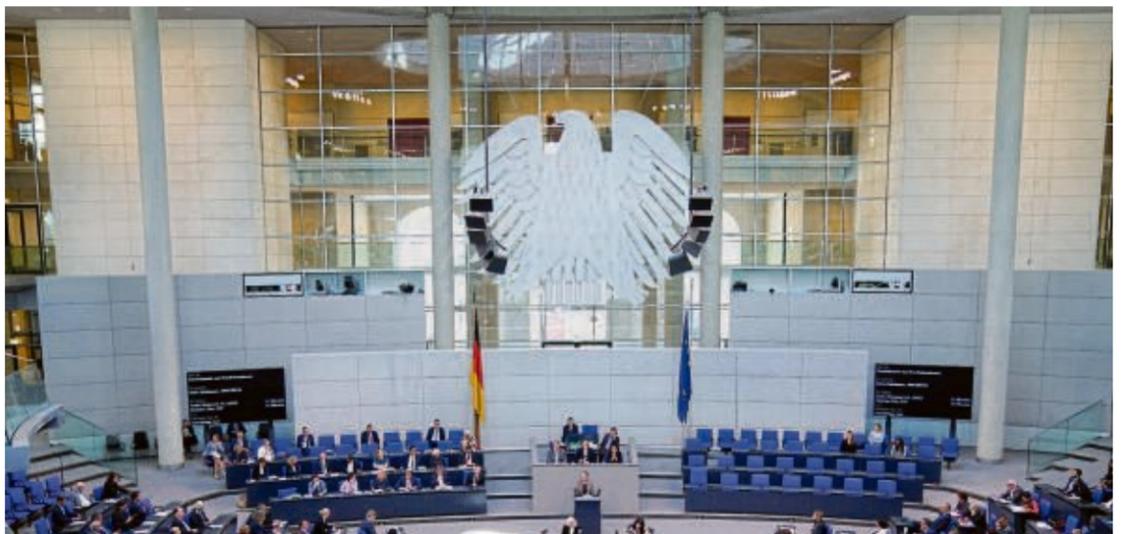
Wir wollen die Freiheit der Menschen vor Furcht und Not. Das ist unser Auftrag und unser Streben zugleich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Besonnenheit,  
Klarheit und  
Kompetenz sind  
derzeit gefragt  
- keine Sprüchekloperei.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Tino Chrupalla (AfD), Andreas Audretsch (B90/Die Grünen), Otto Fricke (FDP), Kerstin Radomski (CDU), Saskia Esken (SPD), Marc Jongen (AfD), Claudia Roth (Staatsministerin für Kultur und Medien), Anikó Merten (FDP), Johann Wadepuhl (CDU), Helge Lindh (SPD), Erhard Grundl (B90/Die Grünen), Linda Teuteberg (FDP), Christina Schenderlein (CDU), Verena Hubertz (SPD), Stefan Seidler (fraktionslos), Paula Piechotta (B90/Die Grünen), Sepp Müller (CDU), Carsten Schneider (Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland) Johannes Huber (fraktionslos), Julian Pahlke (B90/Die Grünen), Matthias Helferich (fraktionslos) und Matthias Hauer (CDU).



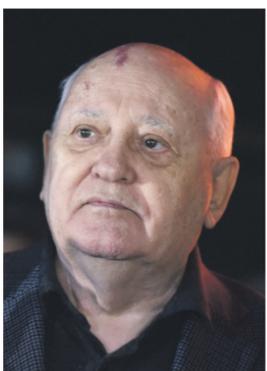
Am vergangenen Mittwoch debattierte der Bundestag über das Budget des Bundeskanzlers für das kommende Haushaltsjahr.

© picture alliance / Flashpic | Jens Krick

leicht  
erklärt!

# Michail Gorbatschow

## Leben und Taten



Im folgenden Text geht es um Michail Gorbatschow.

Das war ein bekannter Politiker. Und zwar aus dem Land: Sowjet-Union.

Am 30. August ist er gestorben.

Im folgenden Text werden verschiedene Fragen beantwortet:

- Wer war Michail Gorbatschow?
- Was hat er in seinem Heimat-Land gemacht?
- Welche Bedeutung hatte er für Deutschland?

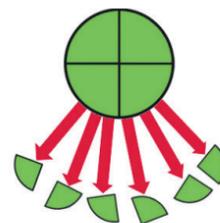
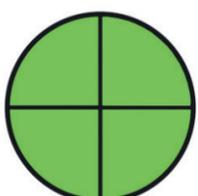
### Was war die Sowjet-Union?

Im folgenden Text wird oft von einem Land mit dem Namen Sowjet-Union geschrieben.

Darum soll dieses Land hier kurz erklärt werden.

Die Sowjet-Union war ein Land, das es von 1922 bis 1991 gab.

Sie bestand aus mehreren Teil-Ländern.



In den Jahren 1990 und 1991 haben sich die Teil-Länder von der Sowjet-Union getrennt.

Sie wurden zu eigenen Ländern.

Das größte dieser neuen Länder ist Russland.

Die Sowjet-Union gibt es darum heute nicht mehr.

Später im Text gibt es noch mehr Infos zur Sowjet-Union.

### Michail Gorbatschows Lebenslauf

Michail Gorbatschow war ein Politiker aus der Sowjet-Union.

Er wurde im Jahr 1931 geboren.

Seine Eltern waren Bauern.

Als Kind und Jugendlicher arbeitete auch er in der Land-Wirtschaft.

Später hat er dann Jura studiert.

Und noch etwas später dann noch Agrar-Wissenschaften.

Das ist die Wissenschaft, die sich mit der Land-Wirtschaft beschäftigt.

Nach seinem ersten Studium wurde er Politiker.

Zuerst hat er als Politiker in seiner Heimat-Gegend gearbeitet.





Mit der Zeit ist er in immer höhere Positionen aufgestiegen.

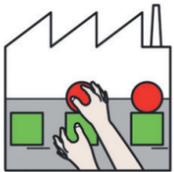
Ab dem Jahr 1970 übernahm er dann auch Aufgaben als Politiker für die ganze Sowjet-Union.

Und im Jahr 1985 wurde er zum mächtigsten Politiker in der Sowjet-Union.

### Gorbatschows neue Politik

Um 1985 gab es in der Sowjet-Union viele Probleme.

Vor allem mit der Wirtschaft.



Mit dem Fach-Wort „Wirtschaft“ meint man alles, was mit der Herstellung von Waren und dem Verkauf von Waren und Diensten zu tun hat.

Zur Wirtschaft gehören also sehr viele Dinge.

Zum Beispiel, wie viele Firmen es in einem Land gibt.

Und wie erfolgreich sie sind.

Wie viele Arbeits-Plätze es in einem Land gibt.

Wie viel Geld die Menschen in einem Land verdienen.



Der Wirtschaft in der Sowjet-Union ging es um das Jahr 1985 schlecht.

Zum Beispiel:

- Die Leute hatten zu wenig zu essen.
- Sie konnten nicht alles kaufen, was sie wollten.
- Es gab nicht genug Wohnungen.

Darum wurden die Menschen immer unzufriedener.

Michail Gorbatschow wollte das ändern.

Dazu wollte er in der Sowjet-Union viele Dinge verändern.

Dazu muss man wissen:

Die Sowjet-Union war eine Diktatur. Eine Diktatur ist eine besondere Art, wie ein Land geführt wird.



Zu einer Diktatur gehört zum Beispiel:

- Die Menschen haben nur sehr wenige Freiheiten.
- Nur ganz wenige Personen bestimmen in der Politik. Die meisten Menschen werden nicht gefragt.
- Es gibt keine richtigen Wahlen.
- Man darf nicht einfach sagen, was man denkt.
- Manchmal wird einem verboten, das eigene Land zu verlassen.

### Offenheit und Umbau

Michail Gorbatschow hatte den Plan: Um die Sowjet-Union zu verändern, müssen die Bürger mehr Freiheiten bekommen.

Die Diktatur muss also verändert werden.

Diese Politik von Gorbatschow wird oft mit 2 Wörtern aus der russischen Sprache beschrieben.

Das eine Wort heißt: Glasnost. Das ist das russische Wort für: Offenheit.

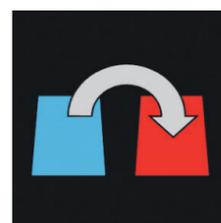
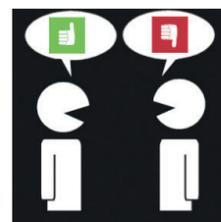
Damit war vor allem gemeint: Die Politiker in der Sowjet-Union sollen offener mit den Bürgern umgehen.

Bis zu diesem Zeit-Punkt durften die Politiker alles entscheiden, was in der Sowjet-Union passiert. Und die Bürger mussten das befolgen.

Das wollte Gorbatschow ändern.

Die Politiker sollten mehr erklären, was sie machen.

Und die Menschen im Land sollten ihre Meinung zu den Entscheidungen der Politiker sagen können.



Das andere Wort, mit dem Gorbatschows Politik beschrieben wird, lautet: Perestroika. Das ist das russische Wort für: Umbau.



Gorbatschow wollte die Wirtschaft der Sowjet-Union verbessern.

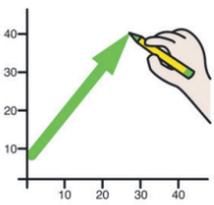
Er wusste: Um das zu schaffen, muss man die Sowjet-Union auch in vielen anderen Bereichen neu gestalten.

Zum Beispiel in der Politik. Oder auch in der Gesellschaft.

Die neue Offenheit und die Neugestaltung der Sowjet-Union passierten zusammen.

Durch die Offenheit konnte man Fehler in der Politik und anderen Bereichen besser erkennen.

Und durch die Neugestaltung sollten die Fehler dann behoben werden.



## Folgen der neuen Politik

Die Politik von Gorbatschow hatte große Folgen.

Nicht nur für die Sowjet-Union. Sondern für die ganze Welt.

2 der wichtigsten Folgen waren:

- das Ende vom Kalten Krieg
- das Ende der Sowjet-Union



## Das Ende vom Kalten Krieg

Seit dem Jahr 1947 herrschte auf der Welt der Kalte Krieg.

Das war ein Streit zwischen der Sowjet-Union und ihren Partner-Ländern auf der einen Seite. Und den USA und ihren Partner-Ländern auf der anderen Seite.

Beide Gruppen stritten darum, wer auf der Welt das Sagen hat.

Der Kalte Krieg war eine große Gefahr für die gesamte Welt.

Außerdem war er für die Beteiligten sehr teuer.

Gorbatschow brauchte für seine neue Politik aber Geld.

Deswegen bemühte er sich darum, Frieden mit den USA zu schließen.

Das gelang im Jahr 1990.

Damit war der Kalte Krieg zu Ende.



## Das Ende der Sowjet-Union

Gorbatschow hat den Menschen in der Sowjet-Union mehr Freiheiten gegeben.

Diese neue Freiheit haben sie genutzt.

Wie schon gesagt, war die Sowjet-Union aus mehreren Teil-Ländern zusammengesetzt.

Immer mehr dieser Teil-Länder haben damals gesagt: Wir wollen unabhängig von der Sowjet-Union werden.

Schließlich hat sich die Sowjet-Union dann aufgeteilt.

Und zwar in 15 verschiedene Länder.

Zum Beispiel:

- Georgien
- die Ukraine
- Russland

Das war im Jahr 1991.

Damit gab es die Sowjet-Union nicht mehr.

## Gorbatschow und Deutschland

Für Deutschland hat Gorbatschow noch eine ganze besondere Bedeutung.

Im Kalten Krieg war Deutschland nämlich in 2 Länder aufgeteilt.

Das eine Land war die Bundes-Republik Deutschland.

Das andere Land war die Deutsche Demokratische Republik.

Kurz: DDR.

Die Bundes-Republik hielt im Kalten Krieg zu den USA.

Die DDR hielt zur Sowjet-Union.

Die beiden deutschen Länder waren also Gegner.



Die DDR war ein Partner-Land von der Sowjet-Union.

Von diesen Partner-Ländern gab es mehrere.

Sie hatten eine ganz besondere Beziehung zur Sowjet-Union.



Sie gehörten zwar nicht dazu. Aber die Sowjet-Union konnte bestimmen, welche Politik in diesen Ländern gemacht wurde.

Die Länder waren also nicht frei, sondern wurden von der Sowjet-Union kontrolliert.

Und sie waren wie die Sowjet-Union Diktaturen.

Auch diese Länder bekamen von Gorbatschow mehr Freiheiten.

Sie trennten sich dann von der Sowjet-Union.

Und wurden zu ganz eigenständigen Ländern.

So ist es auch mit der DDR gewesen.

Die Menschen in der DDR verlangten mehr Freiheiten.

Sie wollten mitbestimmen, was in ihrem Land passiert.

Gorbatschow hatte nichts dagegen.

Deswegen konnten dann auch die Politiker der DDR nichts mehr gegen die Wünsche der Bürger machen.

Sie mussten sie erfüllen.

Die DDR wurde damit zu einem freien Land.

Und ungefähr ein Jahr später vereinigte sie sich mit der Bundes-Republik Deutschland.

Aus den 2 deutschen Ländern wurde also eines.

Die Bundes-Republik Deutschland, die wir heute kennen.

Das wäre wahrscheinlich nicht passiert, wenn Gorbatschow es nicht unterstützt hätte.



### Kritik in Russland

In Deutschland finden viele Leute gut, was Gorbatschow gemacht hat.

Das ist aber nicht überall so.

Zum Beispiel in seiner Heimat Russland.

Dort finden viele: Gorbatschow ist schuld daran, dass die Sowjet-Union auseinandergefallen ist.



### Kurz zusammengefasst



Michail Gorbatschow war ein Politiker aus der Sowjet-Union.

Er wurde im Jahr 1931 geboren.

Ab dem Jahr 1985 war er der mächtigste Politiker in der Sowjet-Union.

Er hat dort viele Veränderungen bewirkt.

Die haben unter anderem zum Ende vom Kalten Krieg geführt.

Zum Ende der Sowjet-Union.

Und zur Wieder-Vereinigung Deutschlands.

In Deutschland und in anderen Ländern wird Gorbatschow für seine Leistungen sehr respektiert.

In Russland hat er aber sehr viele Kritiker.

Michail Gorbatschow ist am 30. August 2022 im Alter von 91 Jahren gestorben.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: [www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

### Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten  
Werk

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Einen Ratgeber mit den Regeln der Leichten Sprache finden Sie auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Titelbild: © picture-alliance / dpa / Frank Kleefeldt. Portrait Gorbatschow: © picture alliance / dpa / Jens Kalaene. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukvve.nl](http://www.ukpukvve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 37-38/2022  
Die nächste Ausgabe erscheint am 26. September 2022.